

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Böswillige Deserteure am Schandpfahl	1
N. WOROBJOW — Fünf Jahre volksdemokratisches Bulgarien	4
A. LEONTJEW — Der Zusammenbruch des Mythos vom wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas	7
L. SEDIN — Imperialistische Intrigen rings um Albanien	12
P. WASSILJEW — Eine Fälschung von Creech Jones und die malaiische Wirklichkeit	15
I. SOTNIKOW — Senator Malones Geständnisse	17
internationale Umschau (Notizen)	18
T. SOLOWJOWA — Quer durch die sowjetische Besatzungszone Deutschlands (Reisenotizen)	22
Kritik und Bibliographie:	
N. BALASCHOW, M. STROGOW — Föngjuißang über Kuomintangchina	26
Leserbriefe:	
A. RAFIKOW — Rassistische Wahnideen der türkischen Chauvinisten	29
Chronik der internationalen Ereignisse	32
Beilagen:	
Note der Sowjetregierung an die jugoslawische Regierung.	
Die Unionskonferenz der Friedensanhänger 25.—27. August 1949. (Schluß.)	

Nr. 37

Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Böswillige Deserteure am Schandpfahl

AM 29. AUGUST trat die Sowjetregierung mit einer Note hervor, die die Fahnenflucht der Belgrader Clique aus dem Lager der Demokratie und des Sozialismus ins Lager des Imperialismus und Faschismus vollständig enthüllt.

An die Wand gedrückt von den in der Note der Sowjetregierung vom 11. August hinsichtlich der jugoslawischen Territorialansprüche an Österreich angeführten Tatsachen, wollten die Titoleute ihre Abmachung mit den Imperialisten über den Verzicht auf die nationalen Ansprüche Jugoslawiens auf Slowenisch-Kärnten und den Verrat an den Interessen der Slowenen vertuschen und vor dem Volk verbergen. Zu diesem Zweck brachten sie eine neue Verleumdung aufs Tapet und beschlossen insbesondere, zu behaupten, im Jahre 1945 habe J. W. Stalin, der Vorsitzende des Ministerrats der Sowjetunion, in einem Schreiben an den damaligen österreichischen Bundeskanzler Renner die Unveränderlichkeit der österreichisch-jugoslawischen Grenze garantiert, und deshalb habe die Sowjetregierung angeblich Jugoslawiens Forderung nach Übergabe Slowenisch-Kärntens an Jugoslawien auch nicht unterstützen können.

Die Lüge und Doppelzüngigkeit der jugoslawischen Regierung kehren sich stets gegen sie selbst.

In der Sowjetnote vom 29. August wird der vollständige Wortlaut des erwähnten Briefes an Renner angeführt. Er enthält nicht ein Wort über die Garantie der österreichischen Grenzen, nicht einmal eine Anspielung darauf, daß eine Korrektur dieser Grenzen zugunsten Jugoslawiens unmöglich sei. In dem Brief ist von ganz anderem die Rede. Den Anlaß zu dem Brief gaben gewisse Umstände, die die Integrität und Unabhängigkeit Österreichs bedrohten. Erstens bestand ein englischer Plan zur Bildung einer sogenannten Donaumonarchie aus Österreich, Ungarn und einem Teil Süddeutschlands. Zweitens bestanden Pläne zur Aufteilung Österreichs unter die Nachbarstaaten, Pläne, die von gewissen nationalistischen Kreisen der slawischen Staaten, namentlich Jugoslawiens, unterstützt wurden. Diese Pläne bedrohten Österreich mit der Aufteilung und mit dem Verlust der Unabhängigkeit, und gegen sie machte die Sowjetregierung, die die Unabhängigkeit

und die souveränen Rechte der Völker immer und überall konsequent verteidigt, entschiedene Einwände. Der wahre Demokratismus, so wird in der Sowjetnote betont, geht davon aus, daß das Prinzip der Selbstbestimmung der Nation auf alle Nationen anzuwenden ist, darunter auch auf die besiegten.

Die Sowjetvertreter, die die Integrität und Unabhängigkeit Österreichs verteidigten, unterstützten zugleich auf internationalen Beratungen der Nachkriegszeit entschieden die berechtigten Forderungen Jugoslawiens nach einer Korrektur der österreichischen Grenze zu seinen Gunsten und nach Übergabe Slowenisch-Kärntens an Jugoslawien. Hätte die jugoslawische Regierung die nationalen Rechte ihres Landes ehrlich und aufrecht verteidigt und nicht vor den Imperialisten kapituliert, so hätte sie angesichts dieser sowjetischen Unterstützung Slowenisch-Kärnten zweifellos erhalten.

Aber das Belgrader Häuflein von Deserteuren, das aus dem Lager der Demokratie und des Sozialismus ins Lager des Auslandskapitals und der Reaktion übergelaufen ist, nahm eine andere Haltung ein. Es traf hinter dem Rücken der Sowjetunion eine Geheimabmachung mit den imperialistischen Mächten. Das wird durch neue Tatsachen bestätigt, die in der Sowjetnote der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden, vor allem aber durch ein Dokument wie den Brief Kardeljs an A. J. Wyschinski vom 20. April 1947 über den Verzicht der jugoslawischen Regierung auf Slowenisch-Kärnten. Dies Dokument enthüllt restlos die gaunerischen Machenschaften der Titobande, die jetzt selbst ihre eigenen unsauberen Taten leugnen will.

Schon im Sommer 1947 informierte die jugoslawische Regierung England über ihren Verzicht auf die Territorialansprüche hinsichtlich Slowenisch-Kärntens. Tito und Kardelj führten hierüber im Juni 1947 in Belgrad Verhandlungen mit dem englischen Minister Noel-Baker. Diese Verhandlungen hielten sie vor der Sowjetregierung geheim. Die Belgrader Doppelzüngler verheimlichten vor der Sowjetunion absichtlich, daß England bereits über den jugoslawischen Verzicht auf Slowenisch-Kärnten unterrichtet war, und schlugen der Sowjetregierung in provokatorischer

Weise vor, sie solle in eigenem Namen einen Antrag stellen, in dem der Verzicht Jugoslawiens auf Slowenisch-Kärnten formuliert sei. Sie rechneten auf diese Weise, sich hinter dem Rücken der Sowjetunion verkriechen und versuchen zu können, die Verantwortung für den Verzicht auf Slowenisch-Kärnten auf die Sowjetunion abzuwälzen. In der Note der Sowjetregierung wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die jugoslawische Regierung sich sowohl 1947 als auch später doppelzünglerisch verhielt, indem sie sich als Kämpferin für Slowenisch-Kärnten ausgab, während sie in Wirklichkeit in einer Geheimabmachung mit Vertretern der englischen Regierung darauf verzichtet hatte.

Welche Ziele verfolgte diese doppelzünglerische Diplomatie? Ihr Ziel war die künstliche Entfaltung von Meinungsverschiedenheiten im Außenministerrat. Tito und seine Handlanger gossen Wasser auf die Mühle der aggressivsten imperialistischen Kreise Englands, der USA und Frankreichs, die die Kriegshysterie anfachten und feindliche Stimmungen gegen die Sowjetunion austreuten. Es ist ganz offensichtlich, daß

„in diesem Falle die jugoslawische Regierung als Widersacher und Gegner der Sowjetunion, als Agentur ausländischer Imperialistenkreise auftrat“.

Dies schmutzige Spiel ist endgültig aufgedeckt. Die entlarvten Überläufer, die aus dem Lager der Demokratie ins Lager des Imperialismus desertiert sind, suchen einen Ausweg in der maßlos niederträchtigen, verleumderischen Erfindung, die Sowjetvertreter hätten sie zur Abmachung mit den Westmächten „getrieben“. Die jugoslawische Regierung sei zu Zugeständnissen in der Frage der Territorialansprüche an Österreich angeblich nur deshalb bereit gewesen, weil die Sowjetregierung es verlangt habe.

Über die ungenierte Frechheit dieser Behauptungen kann man sich nur wundern. Liegen doch die Stenogramme der Beratungen der Viermächtevertreter in Moskau, Wien und London von 1947, 1948 und 1949 vor, wo die Sowjetvertreter für alle territorialen und anderen jugoslawischen Ansprüche an Österreich eintraten.

Die Note der Sowjetregierung enthüllt mit unerbittlicher Logik die verlogenen Behauptungen der jugoslawischen Rädelsführer. Bekanntlich hat der Sowjetbotschafter in Jugoslawien im August v. J. die Stellungnahme der Sowjetregierung erneut bestätigt, der zufolge eine Einschränkung der jugoslawischen Territorialansprüche unzeitgemäß war. Die Sowjetregierung erklärte sich mit den Vorschlägen der jugoslawischen Regierung, die in dem Brief Kardeljs über den

Verzicht der jugoslawischen Regierung auf Slowenisch-Kärnten dargelegt waren, nicht einverstanden. Kardeljs Brief läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er nicht als Antwort auf irgendwelche „Forderungen“ der Sowjetvertreter, sondern von Kardelj aus eigener Initiative geschrieben war.

Die kläglichen Versuche der Belgrader Deserteure, die Verantwortung von sich abzuwälzen und die Wahrheit vor dem Volke zu verbergen, sind enthüllt. Die Titoclique, die Jugoslawien in einen faschistischen Kerker verwandelt hat und die Rolle eines Lakaien der imperialistischen Kriegsbrandstifter übernahm, kann ihre Verbrechen weder verhehlen noch rechtfertigen. Umsonst glauben die Drahtzieher der Belgrader Presse, man könne die Sowjetnoten totschweigen. Die Wahrheit kann nicht verborgen noch totgeschwiegen werden. Das jugoslawische Volk wird unausbleiblich diejenigen streng zur Verantwortung ziehen, die nicht nur seine Lebensinteressen verraten, sondern auch die Samen internationaler Zwistigkeiten austreuen und die Sache des Friedens unterwühlen.

Mit außerordentlicher Wirkungskraft hat die Note der Sowjetregierung die jugoslawischen Verräter als böswillige Deserteure gebrandmarkt, die sich aus ihrer Schmach ein einträgliches Geschäft machen, mit ihrer Fahnenflucht als einer Art Heldentum prahlen, dasselbe Lager, aus dem sie fortgelaufen sind, anzuklaffen suchen und sich schamlos rühmen, dies Lager stets anklaffen zu können. Das ist wie in der Fabel Krylows: „El seht doch, was das Möpschen kann, es bellt den Elefanten an.“

Wie reagiert die Weltöffentlichkeit auf die Note der Sowjetregierung an die jugoslawische Regierung? Sie reagiert ganz unzweideutig. Im Lager der imperialistischen Kriegsbrandstifter wird Tito angespornt, man klopft ihm auf die Schulter und lockt ihn mit Anleihen. Die schmutzige Verleumdungskampagne, die die Titoleute gegen die Sowjetunion entfesselt haben, wird von ihren imperialistischen Brotherren zu neuen Provokationen gegen das Sowjetland, zu einer weiteren Vergiftung der internationalen Atmosphäre ausgenutzt. Die Presse der amerikanischen Monopole gibt ohne Umschweife zu, daß Tito den Zwecken des Staatsdepartements diene.

Im Lager der Demokratie, im Lager der Gegner des Imperialismus wird das Verhalten der Belgrader Faschisten unwiderruflich und endgültig verurteilt. Die Stellung der Sowjetregierung wird von der demokratischen Öffentlichkeit aller Länder, der ganzen Welt restlos unterstützt.

Die Äußerungen der Presse in den Ländern der Volksdemokratie sind von gerechtem Zorn und

von Entrüstung über die Belgrader Clique durchdrungen. Die rumänische Zeitung „Romania Libera“ schreibt:

„Die Verachtung, die die Sowjetmenschen der Titoclique zeigen, — die Verachtung und der Haß gegen die abscheulichen Verräter des Sozialismus, gegen die gemeinen Agenten der Kriegsbrandstifter, gegen diejenigen, die auf Befehl der Imperialisten das Pulverfaß auf dem Balkan in Brand zu stecken suchen, — wird von der ganzen fortschrittlichen Menschheit geteilt.“

In weiten Kreisen aller Länder ist die Fahnenflucht der Titoclique ins Lager des Imperialismus ein Gegenstand entschiedener Verurteilung. Die holländische Zeitung „De Waarheid“ schreibt:

„Die Titoclique ist ins Lager des Imperialismus und Faschismus desertiert. Sie handelt jetzt nach Instruktionen der westlichen Monopolherren. Die neue Sowjetnote reißt der verräterischen Titoclique endgültig die Maske vom Gesicht und zeigt dem jugoslawischen Volk, welchen Schaden diese Clique Jugoslawien selbst und der Sache des proletarischen Internationalismus zufügt.“

Die demokratische Presse Chinas weist darauf hin, daß das chinesische Volk aus dem Verrat der Titoclique seine Schlußfolgerungen ziehen müsse. Das Schanghai Blatt „Takungpao“ schreibt, die Titoclique sei

„nicht nur ein Kettenhund des amerikanischen Imperialismus, sie hat ihre Heimat nicht nur verkauft, sondern ist auch ein Tyrann, der das jugoslawische Volk unterdrückt“.

Das „Neue Deutschland“ bemerkt in einem redaktionellen Artikel:

„Nicht nur die Sowjetmenschen und die sowjetische Öffentlichkeit sehen in der jugoslawischen Regierung böswillige Deserteure. Auch die fortschrittliche deutsche Öffentlichkeit verfolgt mit wachsendem Abscheu den Weg Titos und seiner Clique aus dem Lager der aufrechten Menschen, die schwer um den Frieden kämpfen, in das Lager derer, die zynisch und doppelzüngig den Krieg zu erzwingen suchen.“

Die Leute, die ins Lager des Imperialismus desertiert sind, hoffen natürlich auf die Unter-

stützung ihrer imperialistischen Brotherren. Diese niederträchtigen Berechnungen werden sich nicht erfüllen. Die außenpolitischen Kombinationen dieser Gauner scheitern ebenso wie die Innenpolitik dieser Betrüger, die zu behaupten suchen, sie seien drauf und dran, mit dem Geld der Wall Street in Jugoslawien „den Sozialismus aufzubauen“. Die tschechoslowakische Zeitung „Rudé Právo“ schreibt:

„Die Titofaschisten wird dasselbe Geschick ereilen, wie es alle Deserteure zu ereilen pflegt. Die von allen ehrlichen Menschen verachteten Titodeserteure werden der gerechten Strafe nicht entgehen.“

Das ist die einhellige Meinung der internationalen demokratischen Öffentlichkeit. Die Schanghai Zeitung „Hsinwenshipao“ verurteilt die Titoclique und spricht die Überzeugung aus, daß

„die aufrechten und treuen Kommunisten und die breiten Massen des jugoslawischen Volkes, gestützt auf die Einheit zwischen der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie sowie auf den Einfluß des proletarischen Internationalismus, schließlich den Titoblock stürzen werden“.

Die Arbeiter der Gummiwerke Gislaved in Bulgarien schreiben an die Redaktion der bulgarischen Zeitung „Issegrew“, die Sache, die Tito verraten habe, werde von den gesunden Kräften des jugoslawischen Volkes zu Ende geführt werden.

Jawohl, die große Sache der Demokratie und des Sozialismus wird auch in Jugoslawien siegen, trotz aller Anstrengungen der Leute, die ins Lager des Imperialismus übergelaufen sind. Diese böswilligen Deserteure können das nicht verkennen, deshalb zittern sie vor der Wahrheit und vor Enthüllungen. Deshalb lassen sie sich auf verzweifelte und jämmerliche Gaunereien ein.

In der Entlarvung des wahren Antlitzes der Verräterclique faschistischer Henker der jugoslawischen Völker liegt die gewaltige historische Bedeutung der sowjetischen Noten. Die Entlarvung der Titodeserteure, die gemeine Agenten des englisch-amerikanischen Imperialismus sind, ist ein Schlag gegen die Kriegsbrandstifter, gegen alle Feinde des Friedens.

Fünf Jahre volksdemokratisches Bulgarien

N. WOROBJOW

VOR FÜNF JAHREN wurde das neue Bulgarien geboren. Dank der Zerschmetterung der hitlerfaschistischen Landräuber durch die Sowjetunion wanderte das faschistische Regime in Bulgarien auf den Müll der Geschichte. Am 9. September siegte in Bulgarien der antifaschistische Volksaufstand. Die tatkräftige Unterstützung der Sowjetunion gab dem bulgarischen Brudervolk die Möglichkeit, in seiner historischen Entwicklung einen neuen Weg zu beschreiten. Die volksdemokratische Macht schuf die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus.

Die Sowjetunion hat Bulgarien vom hitlerfaschistischen Joch befreit und es vor den Ränken des englisch-amerikanischen Imperialismus geschützt. Ohne die Sowjetunion wäre Bulgarien nicht der souveräne Staat, der es jetzt ist.

Gestützt auf die reichen Erfahrungen der Sowjetunion, auf die schöpferische Initiative der Volksmassen schritt die Vaterländische Front unter Führung der Kommunistischen Partei gleich vom ersten Tage nach dem Sieg des Volksaufstands zur Vernichtung des alten und Schaffung eines neuen Staatsapparats. Unter Überwindung der inneren Reaktion säuberte die neue volksdemokratische Regierung den Staatsapparat von Profaschisten, Saboteuren und Schädlingen. Die Ortskomitees der Vaterländischen Front gingen im ganzen Lande daran, Organe der Volksmacht zu schaffen.

Die bulgarische Armee wurde reorganisiert, von faschistischen Elementen gereinigt und demokratisiert. Mehr als acht Monate kämpfte die bulgarische Volksarmee in Erfüllung ihrer Pflicht gegen die hitlerfaschistischen Heerhaufen in den ungarischen Pußten und den Niederungen der Mur und Dráva. Eine wichtige Maßnahme der Volksmacht war die schon 1945 erfolgte Schaffung eines Volkserichts zur Aburteilung der Veräter des Heimatlandes, der faschistischen Henker Bulgariens, die das Land gegen den Willen und die Interessen des Volkes ins Hitlerlager gezerrt hatten.

Das allgemeine Referendum im September 1946 machte der Monarchie ein Ende. Darauf fanden Wahlen zum Großen Sobranje statt. Die grundlegenden Veränderungen in der politischen und gesellschaftlichen Struktur Bulgariens wurden in der am 4. Dezember 1947 angenommenen Verfassung der Volksrepublik gesetzlich erhärtet. Die

Hoffnungen der Reaktion auf eine Wiederherstellung der alten Zustände brachen zusammen, der Weg zum Aufbau des Sozialismus war geebnet.

* * *

Das volksdemokratische System — eine Form der Diktatur des Proletariats — erschloß dem bulgarischen Volk nie gesehene Perspektiven zur Entwicklung seiner Volkswirtschaft und zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen. Die alten, kapitalistischen Produktionsbeziehungen, die auf der Ausbeutung der Werktätigen beruhten, werden vernichtet. An ihre Stelle treten neue, sozialistische Produktionsbeziehungen, die auf der brüderlichen Zusammenarbeit der Werktätigen fußen. Diese arbeiten nicht mehr für die Kapitalisten, sondern für sich selbst, für ihren Volksstaat.

In Übereinstimmung mit einer Definition W. I. Lenins könnte man sagen, daß in der heutigen Wirtschaft des volksdemokratischen Bulgariens „Elemente, Teile, Stücke s o w o h l des Kapitalismus als auch des Sozialismus vorhanden sind“. Überwiegend in Bulgarien ist jetzt das System der kleinen Warenwirtschaft, das durch einige Hunderttausend kleine und mittlere Bauernwirtschaften sowie durch einige Zehntausend Werkstätten von Handwerkern vertreten ist. In der Wirtschaft Bulgariens ist auch die privatkapitalistische Wirtschaftsformation vorhanden. Sie ist verkörpert: erstens in den Großbauernwirtschaften, die 7—10 Prozent aller Wirtschaften im Dorf bilden und viel für den Markt produzieren; zweitens in den noch nicht nationalisierten kleinen Fabriken und Werken sowie Gewerbebetrieben. Dank der Ende 1947 erfolgten Nationalisierung der Industrie und der Banken sind die wirtschaftlichen Kommandohöhen in Händen des volksdemokratischen Staates. Die vorherrschende Bedeutung und entscheidende Rolle in der Wirtschaft des Landes hat jedoch die sozialistische Formation inne, obwohl sie noch nicht in allen Volkswirtschaftszweigen überwiegend ist. Dies ist die fortschrittlichste und vorgeschrittenste Volkswirtschaftsformation.

In Bulgarien sind mehr als 5500 Industriebetriebe nationalisiert, das Volk ist Eigentümer der Banken und großen Wohnhäuser. In den Händen des Staates befindet sich das ganze Transportwesen und das Fernmeldewesen. Der Staat führt den gesamten Außenhandel. Auch der

Großhandel ist nationalisiert. Der Kleinhandel ist hinsichtlich der wichtigsten Bedarfsartikel in Händen der staatlichen Volksläden, der städtischen Unternehmen „Horemag“ (Abkürzung von Hotel-Restaurant-Magazin[-Laden]) und der Konsumgenossenschaften konzentriert. Als Vertreter der sozialistischen Formation in der Landwirtschaft treten die Maschinen- und Traktorenstationen, die staatlichen und genossenschaftlichen Viehzuchtfarmen, die staatlichen Landgüter und die Hilfswirtschaften der staatlichen Ämter und Betriebe auf. Hierzu sind auch die staatlichen Forstwirtschaften und die staatlichen Fischfangunternehmen zu rechnen. Weiter gehören zum sozialistischen Sektor die Gewerbe- und Konsumgenossenschaften sowie einige Tausend Konsum-, Absatz- und Versorgungsgenossenschaften sowie Kreditgenossenschaften und sogenannte populäre Banken (Volksbanken). Im Dorfe werden landwirtschaftliche Arbeitsgenossenschaften geschaffen. Ihre Eigenart besteht darin, daß die Bauern Eigentümer des vergenossenschaftlichten Bodens bleiben. Die Einkünfte werden nicht nur nach geleisteten Arbeitstagen verteilt, ein Teil wird den Bauern auch nach der Quantität des der Genossenschaft überlassenen Bodens ausgefolgt.

Die Volksmacht hat 129 000 Bauernwirtschaften Grund und Boden gegeben. Sie hat dem privaten Großgrundbesitz ein Ende gemacht und der Großbauernschaft, der sozialen Stütze der Reaktion, einen äußerst starken Schlag versetzt. Es wird eine Politik zur Beschränkung und Verdrängung der kapitalistischen Elemente betrieben. Eine bestimmte Bodenbesitznorm ist festgelegt worden — nicht über 20 Hektar; die landwirtschaftlichen Großgeräte wurden eingezogen; den Großbauern wurden Mühlen und andere Industriebetriebe sowie Gasthöfe und Gaststätten abgenommen. Durch die Entwicklung der Genossenschaft wird der Großbauer als Produzent und als Aufkäufer landwirtschaftlicher Produkte ausgeschaltet. Die Volksmacht kämpft für eine endgültige Liquidierung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Gegen Ende v. J. umfaßten tausend Arbeitsgenossenschaften rund 73 000 Bauernhöfe mit 300 000 Hektar Land; am 1. August d. J. gab es bereits 1594 genossenschaftliche Wirtschaften mit 146 583 Mitgliedern und 538 458 Hektar Bodenbesitz; 86 Maschinen- und Traktorenstationen sind geschaffen worden. In den Arbeitsgenossenschaften werden weitgehend Maschinen angewandt, sie benutzen sortenreines Saatgut und erzielen höhere Ernteerträge. Die Bauern überzeugen sich in der Praxis, wie lohnend die kollektive Arbeit ist, und gehen immer mutiger zur Genossenschaft über.

Im volksdemokratischen Bulgarien gehört die Zukunft der sozialistischen Formation.

Die Volksmacht schafft im Lande die wirtschaftliche Basis für den Sozialismus. Die Arbeiterklasse löst diese Aufgabe im Bündnis mit der Bauernschaft auf der Grundlage der Industrialisierung, wobei sie die uneigennützte, brüderliche Hilfe der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder genießt. Dank dieser Hilfe haben die Werktätigen trotz vieler Schwierigkeiten die Aufgaben des Zweijahrsplans für 1947/48 in der Hauptsache erfüllt. Infolge der Planerfüllung ist die Schwerindustrie im Vergleich zu 1939 ihrem Umfang nach um 123 Prozent, die Leichtindustrie um 55 Prozent angewachsen. Der Güterumschlag hat sich verdoppelt. Die Umstellung der Landwirtschaft auf Maschinen ist bedeutend vorwärtsgekommen. Das ist eine Garantie für den in nächster Zukunft zu erwartenden raschen Aufschwung der Landwirtschaft Bulgariens. In den zwei Planjahren wurde die Summe von 72,3 Milliarden Lewa in der Volkswirtschaft investiert.

Bulgarien hat jetzt die Durchführung des Fünfjahrsplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft in Angriff genommen. Die Hauptaufgabe im Rahmen des Fünfjahrsplans ist die Legung des Fundaments für den Sozialismus durch Industrialisierung und Elektrifizierung des Landes, durch Vergenossenschaftlichung und Mechanisierung der Landwirtschaft. Es ist dies ein Plan für eine großangelegte sozialistische Offensive auf die kapitalistischen Elemente. Die Erfüllung des Plans wird bedeuten, daß der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes — einem Erbe des bürgerlichen Systems — ein Ende bereitet, daß die nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität Bulgariens gefestigt wird.

Konsequent und uneigennützig hilft die Sowjetunion dem bulgarischen Brudervolk, rascher auf dem vorgezeichneten Wege auszuschreiten. Zahlreich sind die Beweise für diese freundschaftliche Hilfe der Sowjetregierung. Die Sowjetunion lieferte Bulgarien viele tausend Tonnen Weizen, Baumwolle, Erdölprodukte, Metall und Metallwaren, Kunstdünger, Kautschuk, Chemikalien und andere Waren und Materialien. Die von den hitlerfaschistischen Okkupanten zerstörte Industrie und Landwirtschaft sowie der Handel Bulgariens sind wiedererstanden und entwickeln sich dank der brüderlichen Hilfe und freundschaftlichen Unterstützung der Sowjetunion.

Die Volksmacht in Bulgarien gewährleistet dem Volke nicht nur Recht und Freiheit, sie ist bestrebt, alles zu tun, um die Lebenslage der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Handwerker, der schaffenden Intelligenz nach Möglichkeit zu

verbessern, ihr materielles und kulturelles Niveau zu heben. Der Arbeitslosigkeit in der Industrie ist ein Ende gemacht. Die demokratische Regierung hat den Lohn der Arbeiter bedeutend erhöht. Sie hat alle Maßnahmen zur richtigen und zweckmäßigen Verteilung der Lebensmittel getroffen. Die Gemeinschaftsverpflegung der Arbeiter und Angestellten ist ausgebaut und erweitert worden. Zum erstenmal ist unentgeltliche ärztliche Betreuung eingeführt. Von der Sozialversicherung sind 3,1 Millionen Menschen erfaßt. Die besten Kurorte des Landes stehen den Arbeitern und Bauern zu ihrer Erholung zur Verfügung. Der Wohnbau wird ausgedehnt — in zwei Jahren sind für diesen Zweck 5,1 Milliarden Lewa verausgabt worden.

Die in fünf Jahren vollbrachten grundlegenden Umgestaltungen wurden in hartnäckigem Kampf gegen die Agenten des internationalen Imperialismus bewerkstelligt. Die volksdemokratische Macht in Bulgarien erstarkt und entwickelt sich in einer Situation erbitterten Klassenkampfes. Die Reaktion hat sich mit allen Mitteln bemüht, die Volksmassen aufzuwiegen, Samen der Zweifel und Schwankungen auszustreuen, die Volksmassen von ihrer schöpferischen Arbeit abzulenken. Die reaktionäre Bourgeoisie Bulgariens hat die Hoffnung nicht aufgegeben, daß der Kapitalismus im Lande mit den Kräften des Auslandsimperialismus wiederhergestellt werden wird. Das haben anschaulich die Prozesse gegen die konterrevolutionären Spionageorganisationen gezeigt, die unter den Offizieren und der protestantischen Geistlichkeit Bulgariens von Agenten des englisch-amerikanischen Imperialismus — Nikola Petkoff u. a. — geschaffen wurden.

Eine Äußerung des Klassenkampfes war die Zerschlagung der von Traitscho Kostoff geführten nationalistischen Abweichung in den Reihen der Kommunistischen Partei Bulgariens. Der niederträchtige Verrat der Titoclique, ihre böswillige Fahnenflucht aus dem Lager des Sozialismus ins Lager des Faschismus haben gezeigt, wohin der bürgerliche Nationalismus führt, wenn man nicht rechtzeitig Maßnahmen trifft, um ihn schon im Keim zu ersticken. Die bulgarischen Kommunisten, die von

G. M. Dimitroff im Geiste des proletarischen Internationalismus und der tiefen Ergebenheit für die Sowjetunion erzogen sind, haben es vermocht, allen feindlichen Ränken rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben.

In seinem Aufruf an das bulgarische Volk anläßlich des 5. Jahrestags der Volksmacht im Lande führte der Nationalrat der Vaterländischen Front mit berechtigtem Stolz aus:

„Unser Heimatland, vor kurzem noch ein armes und rückständiges Land, eine Beute der einheimischen und ausländischen Kapitalisten, die es ausraubten und alljährlich Milliarden Lewa aus dem bulgarischen Volk herauspreßten, ist jetzt unablässig im Aufschwung begriffen.“

In dem Aufruf heißt es weiter:

„Wir müssen stolz sein, daß wir aktive Kämpfer für das Glück der Menschheit sind, wir müssen stolz sein, daß wir Schulter an Schulter mit unserem Bruder und Befreier, Schulter an Schulter mit der beispiellosen, heroischen KPdSU(B), der Partei Lenins und Stalins, marschieren, daß unser Führer, Lehrer und Schützer der große Stalin ist.“

In Erfüllung der heiligen Vermächtnisse G. M. Dimitroffs rufen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Bulgariens und der Nationalrat der Vaterländischen Front das bulgarische Volk auf, mit allen Kräften die unerschütterliche Freundschaft zur großen Sowjetunion zu stärken, diese Freundschaft, die die Garantie für die nationale Unabhängigkeit und Souveränität, die Grundlage für den Aufbau des Sozialismus in Bulgarien ist. Sie rufen die Arbeiter und Arbeiterinnen, die Genossenschaftler und Wissenschaftler auf, alle Kräfte und alles Wissen in den Dienst des Kampfes für die Ausführung des Plans, für den Sieg des Sozialismus zu stellen. Hält man Rückschau auf alle Ereignisse, die sich in den letzten fünf Jahren in Bulgarien abgespielt haben, blickt man zurück auf die einschneidenden Veränderungen, die im Lande — in seiner Wirtschaft und Kultur sowie im Bewußtsein der werktätigen Massen — eingetreten sind, so kann man mit Sicherheit sagen, daß das bulgarische Volk diesen Aufforderungen Folge leisten wird.

Der Zusammenbruch des Mythos vom wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas

A. LEONTJEW

NOCH waren keine zwei Jahre seit der Harvard Rede des jetzt im Ruhestand befindlichen Staatssekretärs der USA vergangen, als die Zeitungen des regierenden Lagers der bürgerlichen Länder schon voll waren von bitteren Eingeständnissen, daß der Marshallplan sich in einer Krise befände. Jetzt sind selbst die amtlichen Agenten der Europa-Marshallisierung nicht mehr imstande, das Fiasko des Marshallplans zu verhehlen: so offenkundig ist dieses Fiasko, so nachdrücklich erinnert die Wirklichkeit tagtäglich daran.

Das Leben zeugt von einem Doppelfiasko des Marshallplans. Erstens liegt es auf der Hand, daß seine offiziell proklamierten Ziele gescheitert sind. Zweitens ist eine nicht minder tiefe Krise der wahren Grundgedanken jener Politik festzustellen, die im Marshallplan ihre Verkörperung gefunden hat.

1. Anstatt Wiederaufbau — Wirtschaftskrise

Zum offiziellen Ziel des Marshallplans wurde bekanntlich der „wirtschaftliche Wiederaufbau Europas“ erklärt.

Schon bei den langen Wehen, in denen der Marshallplan zur Welt kam, war klar zu erkennen, daß dieses offiziell proklamierte Ziel himmelweit von den wirklichen Absichten entfernt ist, mit denen sich die selbsternannten amerikanischen Vormünder Europas tragen. Das Leben hat außerordentlich rasch das betrügerische Wesen der Politik bloßgelegt, die durch Verheißung „wirtschaftlichen Wiederaufbaus“ die USA-Kolonisierung Westeuropas, die wirtschaftliche und politische Unterjochung der westeuropäischen Länder durch die Wall-Street-Monopole zu bemänteln suchte.

Die regierenden Kreise der westeuropäischen Länder verdingten sich den amerikanischen Monopolherren, da sie darauf rechneten, mit deren Hilfe wieder auf einen grünen Zweig kommen zu können. Der Marshallplan verlieh der westeuropäischen Wirtschaft jedoch höchstens den gleichen „Halt“, wie ihn der Strick dem Gehenkten verleiht. Davon zeugt insbesondere der im Juli 1949 veröffentlichte Bericht des UNO-Sekretariats über die Weltwirtschaftslage im Jahre 1948.

Man darf natürlich in diesem Bericht nicht nach den wirklichen Gründen jener Prozesse suchen, die in der kapitalistischen Welt vor sich gehen, doch ist das in ihm zusammengefaßte Tatsachenmaterial an und für sich beredt genug.

In dem Bericht wird zugegeben, daß sich die Wirtschaftslage der kapitalistischen Welt im Jahre 1948 verschlechtert hat:

„Die zweite Jahreshälfte von 1948 und der Beginn des Jahres 1949 scheinen einen Wendepunkt in der wirtschaftlichen Nachkriegsentwicklung zu bilden. Erstmals nach Kriegsende machte sich eine rückläufige Preisentwicklung, ein Stocken der Produktionserweiterung und ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit in einer Anzahl von Ländern bemerkbar.“

Über das Wesen dieses Wendepunktes können keine Zweifel bestehen: er bezeichnet das Einschwenken zur fälligen wirtschaftlichen Überproduktionskrise, die sich angesichts der erschreckenden Notlage breiter Bevölkerungsmassen in den bürgerlichen Ländern entfaltet. Die Krise hat seit Ende vorigen Jahres in den USA unverkennbar festere Umrisse angenommen. Zur gleichen Zeit begann sie auch eine Reihe westeuropäischer Länder in Mitleidenschaft zu ziehen. Der erwähnte Bericht hebt hervor, daß das Absatzproblem in den USA, in Belgien, Italien und den Westzonen Deutschlands besonders akut geworden ist, während die Konsumtion pro Kopf der Bevölkerung in der kapitalistischen Welt bedeutend hinter dem Vorkriegsstand zurückbleibt.

Es ist gut bekannt, daß wirtschaftliche Überproduktionskrisen eine Folge der dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze sind. Keine wie immer geartete Politik ist imstande, die kapitalistische Ordnung von dieser ungeheuerlichen Eiterbeule zu erlösen. Diesmal befällt die Krise die Länder Westeuropas jedoch unter Umständen, bei denen ihre Wirkung unstreitig stark beschleunigt und vertieft wird durch die Marshallisierungspolitik, die diese Länder an den Streitwagen des USA-Imperialismus kettet. Infolgedessen wirken sich die verhängnisvollen Gebrechen der USA-Wirtschaft besonders verderblich auf die Wirtschaft der westeuropäischen Länder aus.

Diese Tatsache fällt derart ins Auge, daß auch die USA-Presse nicht an ihr vorübergehen kann. Die „New York Times“ veröffentlichte am 3. Juli einen Beitrag ihres Genfer Korrespondenten

Michael Hoffman unter dem kennzeichnenden Titel „Die neue Krise in Westeuropa: ihre Ursachen und Aussichten“. Wie dieser gutunterrichtete Journalist bezeugt,

„hat man in den letzten Wochen in ganz Westeuropa die Empfindung, in einer Wirtschaftskrise zu stecken“, wobei „Europa... von Furcht vor den Auswirkungen erfaßt wird, die der Rückgang in den USA auf die amerikanische Wirtschaftspolitik und den USA-Import haben wird“.

Ein anderer USA-Journalist, nämlich der Pariser Korrespondent der „New York Herald Tribune“, Lowe, äußert sich mit noch größerer Bestimmtheit:

„Das Gespenst der großen Depression in Amerika hängt über Europa wie ein Leichentuch.“

Unbestreitbar ein prägnantes Bild! Besonders wenn man sich daran erinnert, daß „große Depression“ in der amerikanischen Amtssprache die Bezeichnung für die Krise ist. So wurde seinerzeit die verheerende Krise der Jahre 1929—1933 genannt. Jetzt hat das Gespenst der „großen Depression“, das über den USA schwebt, seine Knochenarme nach Westeuropa ausgestreckt.

Die Krise steht also unmittelbar an der Schwelle der westeuropäischen Länder und droht, die letzten Hoffnungen der Marshallisatoren unter den Trümmern der schleppenden und rachitischen „Wiederherstellung“ dieser Länder zu begraben.

Das ist das Gesamtbild. Nicht weniger kennzeichnend sind die Früchte des Marshallplans, wenn man sie konkreter betrachtet. Die Verfechter des Marshallplans beiderseits des Atlantik versprachen in demagogischer Weise, die Verwirklichung dieses Planes werde zu folgenden Resultaten führen:

erstens zur Behebung der Dollarknappheit in den westeuropäischen Ländern;

zweitens zur Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion dieser Länder;

drittens zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung.

2. Die Verschärfung der Dollarknappheit

Wie ist es um die Dollarknappheit bestellt, um diese Nachwirkung des Krieges, die die Wirtschaft der westeuropäischen Länder geschwächt hat?

Bekanntlich erklärten die Urheber des Marshallplans in seinem Honigmond wiederholt, dieser Plan werde den westeuropäischen Ländern im Laufe seiner vierjährigen Wirkungsdauer die Möglichkeit geben, fest auf die Beine zu kommen und den chronischen Dollarmangel loszuwerden. In der Sprache der Marshallisatoren wurde das als Wiederherstellung der „Fähigkeit zur Selbst-

versorgung“, als Rückkehr zu einer „ausgeglichene[n] Wirtschaft“ bezeichnet. Ernstlich erschüttert wurden diese rosigen Hoffnungen kurz vor Beginn des Jahres 1949, als die sogenannte Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas nach Zusammenfassung der Voranschläge der marshallisierten Länder für die nächsten vier Jahre zu dem höchst traurigen Schlusse kam, daß das Dollarmanko der westeuropäischen Länder am Ende der Wirkungsdauer des Marshallplans, d. h. Anfang 1952, rund drei Milliarden Dollar jährlich betragen werde.

Spätere Ereignisse zeigten jedoch, daß auch diese ziemlich düstere Schätzung zu optimistisch war. Die Wirklichkeit bescherte den marshallisierten Ländern noch bitterere Dinge.

England, das erste unter den marshallisierten Ländern, leidet in den letzten Monaten an einer immer stärker werdenden Dollarknappheit. Schon seit vielen Wochen sind die finanziellen Probleme das Hauptmoment der englisch-amerikanischen Differenzen. Interessierte Kreise versuchen sogar eine übertriebene Vorstellung von der Bedeutung dieser Probleme zu wecken. Als krasses Beispiel kann eine Behauptung der „Times“ gelten, die im Zusammenhang mit der außenpolitischen Unterhausdebatte vom 21. Juli in einem redaktionellen Artikel schrieb, nach allgemeiner Ansicht sei der „kalte Krieg“ im Glutodem der „Dollarkrise“ geschmolzen!

Die Dollarkrise widerspiegelt die tiefe Krise der englischen Wirtschaft. Die veränderte Position Englands in der Nachkriegswelt führte zu einem jähen Rückgang der Einkünfte aus den englischen Auslandsinvestitionen, aus der Schifffahrt und anderen Zweigen des sogenannten unsichtbaren Exports. Auf diesem allgemeinen Hintergrund ist die englische Wirtschaftskrise durch die gesamte Außen- und Innenpolitik der Labourregierung bedingt, die in jeder Hinsicht den Weisungen der Konservativen und deren Führer, Churchills, folgt. Diese Regierung hütet einerseits die maßlos gestiegenen Profite der Monopole; andererseits überlastet sie das Budget mit untragbaren Ausgaben für die fieberhafte Aufrüstung, für den Unterhalt gewaltiger Streitkräfte in Friedenszeiten, für Kolonialkriege und für die unverfrorene Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker.

Die Regierungen der westeuropäischen Staaten, vor allem die Regierung Englands, die ihren Ländern das Joch des Marshallplans aufhasten, haben diese Länder zu einer unvermeidlichen Verschärfung der Dollarknappheit verurteilt, denn der chronische Dollarmangel in den westeuropäischen Ländern ist eine Folge der gesamten Außenhandelspolitik der USA. Während die Vereinigten Staaten den Export nach Westeuropa

aufblähen, schränken sie ihren Import aus diesem Teil der Welt unnachgiebig ein. Die Politik der USA-Monopole führt zu einer systematischen Auspumpung der Devisen- und Goldvorräte der anderen kapitalistischen Länder. Ende 1938 belief sich der Goldvorrat der USA auf 14,5 Milliarden Dollar, Ende 1948 dagegen erreichte er 24,2 Milliarden Dollar. Allein im Jahre 1948 wuchs er um 1,5 Milliarden Dollar!

In ihrem Bericht über die Weltwirtschaftslage gibt die UNO zu, daß diese Handelspolitik der USA im Jahre 1948 die „akute Dollarknappheit in den westeuropäischen Ländern“ verstärkte. Im Jahre 1948 übertraf die Ausfuhr der USA in die Länder Westeuropas ihre Einfuhr aus diesen Ländern um 246 Prozent. Daher das gewaltige Passivum der westeuropäischen Länder im Handel mit den USA. Das Gesamtdefizit belief sich auf die gewaltige Summe von 3 247 000 000 Dollar. In bezug auf die einzelnen Länder verteilte sich das Passivum im Außenhandel mit den USA folgendermaßen: England — 390 Millionen Dollar, Frankreich — 509 Millionen Dollar, Italien — 297 Millionen Dollar, Westzonen Deutschlands — 862 Millionen Dollar, Holland — 246 Millionen Dollar, Belgien und Luxemburg — 200 Millionen Dollar usw.

Die Londoner amtlichen Kreise machen sich über die diesbezüglichen Perspektiven keine besonderen Illusionen. So erklärte der Wirtschaftssekretär des englischen Schatzamtes, Douglas Jay, am 26. Juli, daß die Dollarknappheit, diese „Wirtschaftskrankheit“, wohl noch lange, möglicherweise noch fünfzehn Jahre, dauern werde.

Die englische Regierung versuchte, der Lage durch verstärkten Export Herr zu werden. Die letzten Monate brachten jedoch denen, die auf Rettung durch das labouristische Wirtschaftsprogramm hofften, eine bittere Enttäuschung. Die englische Ausfuhr stößt auf ständig wachsende Hindernisse. Besondere Schwierigkeiten hat England beim Absatz seiner Waren auf den Dollarmärkten, d. h. in den USA und in Kanada.

In dem am 1. September dieses Jahres vom sogenannten Rat der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas veröffentlichten Bericht über die Verteilung der USA-„Hilfe“ für das Jahr 1949/50 wird darauf hingewiesen, daß die „Hilfs“summen nicht zur Deckung des Dollardefizits ausreichen. Der Generalsekretär dieses Rates, Marjolin, teilte mit, der Dollarbedarf der westeuropäischen Länder sei im Vergleich zum Vorjahr noch gestiegen, da die Ausfuhr der marshallisierten Länder in die Dollarzone in der ersten Hälfte dieses Jahres wegen der amerikanischen Wirtschaftskrise stark zurück-

gegangen sei. Dieser Rückgang belief sich durchschnittlich auf 30 Prozent, in einzelnen Fällen aber auf 50 und sogar 60 Prozent.

So hat die Verwirklichung des Marshallplans, weit davon entfernt, die Dollarknappheit in den Ländern Westeuropas zum Verschwinden zu bringen, diese im Gegenteil noch akuter gemacht. Das ist nicht erstaunlich, wenn man berücksichtigt, daß das Dollarmanko im Arsenal der Außenpolitik Washingtons die Rolle einer jener Schlingen spielt, die die USA-Imperialisten den Völkern Westeuropas um den Hals gelegt haben. Die Wall-Street-Monopole denken gar nicht daran, diese Schlinge zu lockern. Im Gegenteil, sie sind bemüht, sie noch fester anzuziehen, um sie noch sicherer zu befestigen.

3. Der Rückgang der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion

Wie ist es um die versprochene Produktionssteigerung in den Ländern Westeuropas bestellt?

Höchst kennzeichnend ist vor allem, daß bereits das erste Geltungsjahr des Marshallplans — das Jahr 1948 — im Vergleich zu 1947, als es noch keinen Marshallplan gab, in fast allen Ländern Westeuropas zu einer Senkung des Tempos der Produktionszunahme in der Industrie führte. Diese Senkung betrug in Frankreich 6 Prozent, in Norwegen 6 Prozent, in Belgien 16 Prozent usw. Noch kennzeichnender ist jedoch, daß der Produktionsstand in den Ländern Westeuropas in der zweiten Jahreshälfte 1948 geringer war als in der ersten. Im ersten Jahresviertel 1949 war die Industrieproduktion geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Im Zusammenhang mit der rückläufigen Entwicklung der Industrieproduktion kam es in den ersten Monaten von 1949 in allen westeuropäischen Ländern zu einem schroffen Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich allein in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres verdoppelt, in einigen Ländern aber ist sie noch mehr gestiegen. In Italien hat die Zahl der Vollarbeitslosen nach zweifellos zu niedrig gegriffenen amtlichen Angaben im ersten Kalenderviertel 1949 mehr als 2 Millionen erreicht. In den deutschen Westzonen gibt es schon anderthalb Millionen Vollarbeitslose und außerdem noch 1 800 000 Kurzarbeiter. In England zählte man im ersten Jahresviertel 1949 rund 400 000 Arbeitslose. In Belgien waren im März 1948 7 Prozent aller Arbeiter erwerbslos, im März 1949 dagegen schon 12 Prozent.

Die Landwirtschaft der westeuropäischen Länder bleibt immer noch bedeutend hinter dem

Vorkriegsstand zurück. So belief sich die Getreideerzeugung 1948 und 1949 lediglich auf 87 Prozent des Jahresdurchschnitts von 1934—1938. In diesem Jahr dauert der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion in den westeuropäischen Ländern weiter an, obwohl es in diesen Ländern nach wie vor an Getreide, Fettstoffen und anderen Landwirtschaftsprodukten mangelt.

Die USA-Imperialisten bezeichnen Italien hochtrabend als „Schlachtfeld des Gefechts um den Marshallplan“. So heißt z. B. der Artikel eines gewissen Felix Perris im Juliheft von „Harper's Magazine“. Selbst ein amtlicher Bericht über die Ergebnisse der fünfzehnmonatigen Verwirklichung des Marshallplans, der Mitte August von einem Regierungsausschuß des Ministers ohne Portefeuille Tremelloni veröffentlicht wurde, ist nicht imstande, zu verbergen, daß die Lage auf diesem „Schlachtfeld“ jämmerlich ist. Nach dem Bericht hat die Industrieproduktion Italiens nur 92 Prozent ihres Standes von 1938 erreicht, die landwirtschaftliche Produktion 87 Prozent, während die Bevölkerung des Landes im Vergleich zu 1938 um 7 Prozent zugenommen hat.

Der Zusammenhang zwischen der trostlosen Lage der Industrie und der Landwirtschaft in den westeuropäischen Ländern, dem Ansteigen der Arbeitslosigkeit in ihnen und den Auswirkungen des Marshallplans ist, wie man zu sagen pflegt, mit unbewaffnetem Auge zu erkennen. Im Rahmen des Marshallplans ergießen sich Ströme von USA-Waren nach Westeuropa, vornehmlich solche Waren, die in den USA keinen Absatz finden. Angesichts der beschränkten Aufnahmefähigkeit der westeuropäischen Binnenmärkte infolge der Verelendung der Bevölkerung untergräbt und erodiert die Masseneinfuhr von Ladenhütern und Ramschwaren amerikanischer Provenienz die einheimische Industrie und Landwirtschaft. Die Zeitungen sind voll von Meldungen, daß die Überschwemmung mit Überseewaren, die im Rahmen des Marshallplans geliefert werden, zum Produktionsrückgang, zur Stilllegung der Betriebe führt und Zehntausende, ja Hunderttausende zur Arbeitslosigkeit verurteilt.

Doch nicht genug damit, beraubt der aus Übersee kommende Strom von Waren, die im Zwangswege abgesetzt werden, die westeuropäischen Länder ihrer traditionellen Außenmärkte. Die Automobilwerke Italiens, die Werften Schwedens haben ihre Märkte in Westeuropa verloren — diese Märkte sind von den USA-Firmen erobert worden. In Belgien werden die Gruben geschlossen, und viele tausende Bergarbeiter verlieren ihre Stelle, da die Einfuhr von USA-Kohle nach Frankreich, Holland und Italien die belgische Kohle aus diesen Ländern verdrängt hat.

Im UNO-Bericht über die Weltwirtschaftslage wird besonders auf die äußerst schwere Lage in der Textilindustrie einer Anzahl von Ländern hingewiesen, eine Folge dessen, daß die USA-Monopole die Welthandelspositionen dieser Länder an sich gerissen haben. Die Textilindustrie Italiens war 1947 auf kaum 77 Prozent des Vorkriegsstandes gekommen, doch 1948 begann sie schon wieder ihre Erzeugung einzuschränken. Eine Produktionsschrumpfung hat auch in der Textilindustrie Belgiens und Frankreichs eingesetzt, obwohl diese 1948 den Vorkriegsstand noch nicht erreicht hatte.

Daß der Marshallplan die westeuropäische Wirtschaft desorganisiert, geht auch eindeutig aus der Tatsache hervor, daß der Handel zwischen den Ländern Westeuropas 1948 nur 72 Prozent des Vorkriegsvolumens erreichte.

Infolge der Desorganisierung des zwischeneuropäischen Handels finden Waren keinen Absatz und werden vernichtet, während Millionen Menschen äußerster Not leiden. So berichtete der „Daily Herald“ vom 29. August, daß in England Millionen Pfund Tomaten wegen Absatzmangels zur Düngung der Felder verwendet werden. In Holland werden in der Nähe von Nijmegen täglich Dutzende Tonnen Äpfel, Birnen und Pflaumen auf die Komposthaufen geworfen: die Preise auf dem Binnenmarkt sind niedrig, die Händler wollen das Obst nicht so billig an die Bevölkerung verkaufen, die Obstausfuhr nach Deutschland aber wird von den USA-Behörden verhindert.

Verderblichste Bedeutung für die westeuropäischen Staaten hat die innen von Washington aufgezwungene Politik des Abbruchs der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und zu den Ländern der Volksdemokratie. Der Handel der marshallisierten Länder mit Osteuropa erreichte 1948 nur 42 Prozent des Standes von 1938. Die Verderblichkeit des Abbruchs der Handelsbeziehungen zu Osteuropa ist den unmittelbar interessierten Geschäftskreisen klar. So erklärte der Leiter des holländischen Verbandes des Fischereigewerbes, Pronk, im August:

„Es gilt, schleunigst Lieferungsverträge mit den osteuropäischen Ländern zu schließen, sonst droht dem gesamten Heringsfanggewerbe Hollands eine Katastrophe.“

Aber derart nüchterne Stimmen finden bei den demütig im Fahrwasser des Marshallplans treibenden Regierungen kein Gehör.

Ist es unter diesen Umständen zu verwundern, daß die Landwirtschafts- und Industrieproduktion Westeuropas, die kaum den Stand der Vorkriegskrisenjahre erreicht hatte, unverkennbar schon wieder im Absinken begriffen ist? Das Gegenteil wäre eher ein Wunder!

Schon das erste Geltungsjahr des Marshallplans zeigte, daß diese USA-Politik mit den grundlegenden Lebensinteressen der westeuropäischen Länder unvereinbar ist. Es ist kennzeichnend, daß nicht nur die Kommunisten und überhaupt alle fortschrittlich denkenden Menschen, sondern auch viele Vertreter der kapitalistischen Kreise von der Logik der Tatsachen gezwungen werden, die Verderblichkeit der USA-Politik zuzugeben.

Als Illustration kann die Rede des französischen Senators Pellene als Berichterstatters der Finanzkommission des Rates der Republik zum Gesetzentwurf über die Kapitalinvestitionen im Haushaltsjahr 1949 dienen. Dieser Vertreter der französischen Großbourgeoisie gab zu, daß die Politik der Marshallisierung Frankreichs

„entschieden auf die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten und industriellen Rohstoffen ausgerichtet ist, die sowohl für den Innenbedarf als auch für den Export bestimmt sind; die Erzeugung von Fertigwaren bleibt eine zweitrangige Aufgabe, die von nun an nur für die Deckung des Innenbedarfs von Bedeutung ist“.

So wird Frankreich im Rahmen des Marshallplans die Rolle eines Agrarlandes zugeteilt, das unfähig ist, Industrieartikel auszuführen, die eine Konkurrenz für den USA-Export darstellen könnten. Pellene führt weiter aus:

„Das wird die Schließung zahlreicher Betriebe des Maschinenbaus, der Kraftwirtschaft, besonders aber der Textilindustrie, ferner die Entlassung von Arbeitern und zweifellos Arbeitslosigkeit bedeuten.“

Pellene erklärt bei der Kennzeichnung des vom Marshallplan diktierten Kurses auf die Verwandlung Frankreichs in ein Agrarland, daß

„diese Neuorientierung eine gewisse Parallele zu jener Orientierung bildet, die Frankreich in den ersten Monaten der Okkupation aufgezwungen werden sollte“.

Mit anderen Worten: der französische bürgerliche Politiker mußte zugeben, daß die USA Frankreich die gleiche „Orientierung“ aufzwingen wie seinerzeit die hitlerfaschistischen Okkupanten!

In den westeuropäischen Ländern ist somit infolge des Marshallplans nicht nur der vermeintliche Aufschwung der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung ausgeblieben, sondern sie sehen sich einem Produktionsrückgang und einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit gegenübergestellt. Anders kann es ja auch nicht sein, wenn man berücksichtigt, daß die USA-Monopole unter heuchlerischem Gerede vom „wirtschaftlichen Wiederaufbau“ der Länder Westeuropas eine Politik betreiben, die diese Länder in jeder Hinsicht versklaven soll, um mit deren Konkurrenz auf den Weltmärkten aufzuräumen und die genannten Staaten in Kolonialanhängsel der USA-Wirtschaft zu verwandeln.

4. Die katastrophale Senkung des Lebensstandards der Massen

Wie ist es um die versprochene Hebung des Lebensstandards in den westeuropäischen Ländern bestellt?

Diese demagogische Versprechung war ein ebensolcher Bluff wie alle übrigen Verheißungen. In Wirklichkeit haben sich die Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung der westeuropäischen Länder als Ergebnis des Marshallplans krass verschlechtert.

Nach dem UNO-Bericht stiegen in der überwiegenden Mehrheit der westeuropäischen Länder 1948 die Preise für Massenbedarfsartikel weiter, während der Barlohn in viel geringerem Maße stieg, was eine Senkung der Realeinkünfte der werktätigen Bevölkerung nach sich zog. Preissteigerungen bei einem „Lohnstopp“ oder fast unveränderten Löhnen, schnelles Ansteigen der Arbeitslosigkeit, Rückgang des Konsums an wichtigsten Erzeugnissen — so sieht das Bild aus.

Betrachten wir England. Die Labourregierung und die reaktionären Beherrscher der Trade Unions behaupten, es sei ihnen gelungen, die Preise und die Lebenshaltungskosten zu stabilisieren. Damit suchen sie ihre Politik des „Lohnstopps“ zu verteidigen, deswegen widersetzen sie sich entschieden allen Lohnforderungen der Arbeiter. Die Tatsachen widerlegen jedoch die Lesart von der Preisstabilisierung. Nach Berechnungen des Statistischen Instituts der Oxford-Universität ist der Preis der Mindestmenge von Lebensmitteln, die eine fünfköpfige Familie in einer Woche benötigt, in dem halben Jahr von November 1948 bis Mai 1949 von 42 Schilling 6 Pence auf 48 Schilling 8 Pence gestiegen. Im Jahre 1936 kostete die gleiche Menge von Lebensmitteln 23 Schilling 9 Pence. Zur Bestimmung der Lebenshaltungskosten stellte das Institut eine Liste der einfachsten Lebensmittel auf, die eine fünfköpfige Familie — bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern im Alter von 5 bis 12 Jahren — benötigt. Das Statistische Institut geht bei seinen Erhebungen von den Preisen für rationierte Waren und dazu noch von Lebensmitteln des allerdringlichsten Bedarfs aus; Waren wie Frischobst, Frühgemüse oder Gebäck werden überhaupt nicht in Betracht gezogen.

In anderen westeuropäischen Ländern ist die Lage nicht allein nicht besser, sondern sogar noch schlechter.

Nach Erhebungen, die das UNO-Sekretariat im Bericht „Inflationistische und deflationistische Tendenzen von 1946—1948“ veröffentlichte, liegt der Reallohn in Frankreich um 35—40 Prozent unter dem Vorkriegsstand. Die Lebenshaltungskosten waren 1948 mehr als doppelt so hoch denn 1947.

In den skandinavischen Ländern liegen die Lebenshaltungskosten um mehr als 50 Prozent über denen der Vorkriegszeit. In Italien besteht bis jetzt noch das Markensystem für Lebensmittel.

In Holland kaufte die Bevölkerung nach kürzlich veröffentlichten Daten im Mai 1949 um 15 Prozent weniger Backwaren und Süßigkeiten und um 17 Prozent weniger Industriewaren als im März. Infolge des Steigens der Fleisch- und Butterpreise ist auch der Verbrauch an diesen Lebensmitteln zurückgegangen. Im Juni und Juli ist eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft der Bevölkerung eingetreten. Im ersten Halbjahr 1949 verbrauchte die Bevölkerung um 13 Prozent weniger Butter als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

In den westlichen Zonen Deutschlands ist der überwiegende Teil der Bevölkerungsmassen zu erschreckendem Elend und zu Hunger verurteilt, während verschwindend kleine Gruppen von Schiebern und Lakaien der englisch-amerikanischen Monopole schwer verdienen.

So hat sich als Resultat des Marshallplans die Lebenshaltung der Bevölkerung in den westeuropäischen Ländern keineswegs verbessert, sondern im Gegenteil katastrophal verschlechtert. Verelendung der werktätigen Massen bei gleichzeitigem Weitersteigen der Schmarotzereinkünfte

eines verschwindend kleinen Häufleins von Monopolherren waren die unvermeidlichen Folgen der Marshallisierungspolitik, denn diese Politik bedeutet Erdrosselung der einheimischen Industrien zum Vorteil der USA-Monopolherren, fieberhafte Aufrüstung auf Kosten einer gesteigerten Steuerbelastung, bedeutet einen reaktionären, volksfeindlichen Kurs in allen Fragen der Innen- und Außenpolitik. Die katastrophale Verelendung der Volksmassen unterwühlt ihrerseits die Grundlagen jedweden wirtschaftlichen Wiederaufbaus, beschleunigt und verschärft die Entwicklung einer neuen Krise.

Die kapitalistische Überproduktionskrise bietet stets den Anblick des „Elends infolge von Überfluß“, eines relativen Warenüberschusses bei einem absoluten Mangel an Waren. Noch niemals aber war dieser Widerspruch so ungeheuerlich wie im heutigen Westeuropa. Die derzeitige Krise entwickelt sich nämlich in einer Situation, wo selbst die verheerendsten Nachwirkungen des Krieges, und zwar die Inflation, die Desorganisation des Handels und des Kreditwesens, noch nicht behoben sind, wo Millionen Menschen seit dem Kriege die wesentlichsten Existenzmittel entbehren. Es ist begreiflich, daß unter diesen Umständen die werktätigen Massen von der Krise besonders schwer getroffen werden.

Imperialistische Intrigen rings um Albanien

L. SEDIN

SEIT DEM ENTSTEHEN der Albanischen Volksrepublik branden rings um ihre Grenzen die Wogen der imperialistischen Leidenschaften. Die Räuber, die gewohnt sind, auf dem Balkan zu schalten und zu walten, können sich nicht damit abfinden, daß das kleine Albanien, das kaum mehr als 1 Million Einwohner zählt, festen Fußes den Weg der Unabhängigkeit beschritten hat und mit Unterstützung der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie die Grundlagen des Sozialismus in seinem Lande schafft.

Schon 1946 forderten die faschistischen Monarchisten Griechenlands, von England und den USA angeeifert, auf der Pariser Friedenskonferenz offen und zynisch eine Aufteilung Albanien und seine Liquidierung als selbständiger Staat. Die Sowjetdelegation wies die täppischen Aggressoren, die darauf aus waren, ihre Lage auf

Kosten eines demokratischen Nachbarvolkes zu verbessern, sofort tüchtig zurecht.

Etwas später machten die imperialistischen Kreise Englands, die den bekannten Zwischenfall in der Meerenge von Korfu provozierten, in den verschiedenen internationalen Körperschaften ein unwürdiges Verfahren gegen Albanien anhängig, das von einer wüsten Verleumdung gegen dieses Land begleitet war. Der vielgepriesene britische Humor war der Labourregierung sichtlich abhanden gekommen, als sie dem gesunden Menschenverstand zum Trotz versuchte, das kleine friedliebende Land als eine drohende Gefahr für den Frieden und die allgemeine Sicherheit, ja wohl gar als Gefahr für die Existenz des Britischen Reiches hinzustellen. Trotz aller Bemühungen der britischen Rechtsverdreher hat der Internationale Gerichtshof sich bekanntlich geweigert,

diesen Standpunkt zu beziehen, da er offenbar nicht vor der ganzen Welt zum Gespött werden wollte.

Inzwischen ließen sich die Feinde des albanischen Volkes keine Gelegenheit entgehen, der volksdemokratischen Regierung Albaniens eins auszuwichen und ihr möglichst viele Schwierigkeiten im Lande selbst wie in der internationalen Arena zu bereiten. Die Prozesse gegen faschistische Saboteure, die in Tirana durchgeführt wurden, haben gezeigt, daß die Spuren der gegen die Republik angehenden Verschwörer unweigerlich zur Schwelle der diplomatischen Missionen der Westmächte führen. Die USA und England setzten ihre Diskriminierungspolitik gegen Albanien fort, als sie dessen Aufnahme in die UNO ohne den geringsten Anlaß verhiinderten.

Die abscheulichsten Formen nahm die anti-albanische Kampagne der englisch-amerikanischen Imperialisten im Zusammenhang mit der sogenannten griechischen Frage an. Die ausländischen Unterjocher Griechenlands und ihre Athener Marionetten bemühen sich hartnäckig, die Verantwortung für ihre militärischen und politischen Fehlschläge im blutigen Kampf gegen das griechische Volk auf Albanien abzuwälzen. Die Niederlagen der monarchistisch-faschistischen Truppen im Kampf gegen die Demokratische Armee suchen sie ohne den geringsten Anlaß auf das Konto der ausgedachten Hilfe zu verbuchen, die diese Armee angeblich von Albanien erhält. Im Munde der käuflichen Athener Regierung, die ausschließlich auf amerikanische Kosten existiert und trotz der freigebigen Hilfe ihrer Washingtoner Auftraggeber eine Blamage nach der anderen erleidet, klingt diese Behauptung besonders mißtonend.

Das Gezeter über die angebliche Einmischung Albaniens in griechische Angelegenheiten soll nur die unerklärte Aggression der Athener Clique gegen das albanische Volk bemänteln. In den letzten Jahren gab es keine Woche, in der die faschistischen Monarchisten nicht irgendeine Provokation an der albanischen Grenze verübt hätten. In den Noten des albanischen Außenministeriums an den Generalsekretär der UNO sind allein in sechs Monaten dieses Jahres 146 Grenzwiszenfälle fixiert, die vom Athener Militärklügel herbeigeführt wurden.

Der Zweck dieser Provokationen ist klar: einerseits will man dadurch eine Rechtfertigung für die Fehlschläge der Athener Behörden an den Bürgerkriegsfronten finden, andererseits will man die Stärke der albanischen Grenze sondieren. Die monarchistisch-faschistischen Marionetten, die die Spannung und Unruhe in dieser Gegend des Balkans aufrechterhielten, warteten einen

geeigneten Moment ab, um von kleinen Provokationen zu größeren überzugehen. Ein solcher Moment ergab sich nach Ansicht der Athener Politiker und ihrer englisch-amerikanischen Schutzpatrone durch den niederträchtigen Verrat der Titoclique am Lager der Demokratie und des Sozialismus und durch ihre böswillige Fahnenflucht ins Lager des Imperialismus und der Reaktion.

Bekanntlich hat Tsaldaris schon 1946 in Paris versucht, sich insgeheim mit dem Bevollmächtigten der Belgrader Clique, Moša Pijade, über eine „brüderliche“ Teilung Albaniens zu einigen. Damals kam dieser Schacher nicht zustande, da die Titoleute sich fürchteten, vorzeitig ihre Karten aufzudecken und ihr wahres Gesicht zu zeigen. Die Titoclique lehnte die Vorschläge Tsaldaris' aus taktischen Erwägungen ab, da sie hoffte, mit der Zeit ganz Albanien einsacken zu können.

Die Tatsachen, die die albanische Regierung bekanntgab, haben gezeigt, daß die Belgrader Nationalisten sich schon lange mit aggressiven Plänen gegen Albanien trugen. Die Titoclique und ihre Agenten hatten einen Plan zur Verschlingung Albaniens in allen Einzelheiten ausgearbeitet — zunächst wollte man es wirtschaftlich und später politisch verschlingen. Nur die Wachsamkeit des albanischen Volkes vereitelte das hinterlistige Unterfangen.

Durch den Mißerfolg in Wut versetzt, warf die Titoclique jede Tarnung im Kampf gegen die Souveränität und Unabhängigkeit Albaniens beiseite. Provokatorische Zwischenfälle an der albanisch-jugoslawischen Grenze wurden zu einer ebenso häufigen Erscheinung wie an der Südgrenze Albaniens. Die Titoclique entfaltete eine wütende antialbanische Kampagne in dem Bemühen, die Völker Jugoslawiens und Albaniens, die im Kampf gegen die faschistischen Okkupanten gemeinsam ihr Blut vergossen haben, zu entzweien.

Im Lichte der Tatsachen der letzten Wochen ist es ganz klageworden, daß die Operationen der jugoslawischen Neofaschisten und der andern Agenten des Imperialismus restlos koordiniert sind. Seit den ersten Augusttagen wird vom Norden und Süden her ein planmäßiger und unverkennbar von einer einzigen Zentrale aus gelenkter Nervenkrieg gegen Albanien geführt, der von direkten militärischen Operationen gegen die albanischen Grenzgebiete begleitet ist.

So drangen am 2. August d. J. drei Bataillone Athener Regierungstruppen mit Unterstützung von Artillerie und fünfzehn Flugzeugen, Marke „Spitfire“, im Raum von Božigrad auf albanisches Territorium vor und eröffneten auf das Dorf Vidohove Geschützfeuer. Nach siebenstündigem Gefecht vertrieb der albanische Grenz-

schutz die Grenzverletzer. Am 4. und 5. August wiederholte sich der Überfall, wobei mehr als 1500 Geschosse auf albanisches Gebiet fielen. Am 9. August gab die griechische Artillerie gegen 1000 Schüsse auf albanisches Territorium ab. Am 11. August belegten drei griechische Flugzeuge albanische Grenzdörfer mit Bomben. Trotz der Verluste, die die griechischen Regierungstruppen bei den Zusammenstößen mit den albanischen Grenztruppen erleiden, nehmen die ernstesten Zwischenfälle längs der Grenze bis auf den heutigen Tag kein Ende. Zugleich wurde eine Reihe von Provokationen im Norden Albanien registriert.

Die albanische Regierung hat das UNO-Sekretariat rechtzeitig von diesen Banditenanschlägen auf die territoriale Integrität des Landes in Kenntnis gesetzt. Albanien Beschwerden gelangten aber in die Hände der berüchtigten Balkankommission, die in allen Dingen mit den Athener Kriegsbrandstiftern gemeinsame Sache macht.

Die Überfälle auf albanisches Territorium sind von dem Kriegsgeschrei der Athener Presse begleitet, das eine bewaffnete Invasion in Albanien, einen „Feldzug gegen Tirana“ usw. fordert. Den Ton für die Pogromartikel der Athener Presse gab General Van Fleet, der Chef der amerikanischen Militärmission, an. Am 13. August sandte er aus dem Bezirk Vitsi ein Telegramm mit erneuten Hetzereien gegen Albanien. In ihrer chauvinistischen Propaganda haben die Athener Räuber alle Rekorde geschlagen. Seit Hitlers und Mussolinis Zeiten sind in Europa noch nicht so blutrünstige Aufrufe zum Überfall auf ein friedliebendes Nachbarland gehört worden, wie sie jetzt die Spalten der monarchistisch-faschistischen Zeitungen Griechenlands füllen. Schon die Ausdrucksweise, der sich die hemmungslosen griechischen Faschisten befleißigen, ist den Pogromblättern eines Goebbels entlehnt.

Der kriegerrische Lärm hat von Griechenland auf einige andre Länder übergegriffen, in deren regierenden Kreisen sich faschistische Stimmungen noch stark geltend machen. Artikel der italienischen Presse lassen erkennen, daß auch in Rom der Erobererappetit im Hinblick auf die Balkanhalbinsel immer stärker erwacht, obwohl man sich in Italien noch gut daran erinnern sollte, womit solche Abenteuer zu enden pflegen. Das französische Blatt „Le Monde“ schrieb vor kurzem, die italienisch-jugoslawische Annäherung basiere möglicherweise auf schweigender Überinkunft hinsichtlich Albanien und dessen Rückkehr unter italienische Obhut in absehbarer Zeit.

Das italienische Außenministerium hat die Gerüchte über die Beteiligung Italiens an den

antialbanischen Plänen, die von Washington mit Hilfe Titos und Tsaldaris' ausgearbeitet werden, offiziell dementiert. Angesichts der marktschreierischen antialbanischen Propaganda einer Reihe großer italienischer Blätter klingt dieses Dementi jedoch recht zweideutig.

Die internationale Reaktion inszeniert jetzt in Paris die Bildung eines sogenannten „Kampfkomitees für ein freies Albanien“. Ähnlich wie andere Organisationen dieser Art besteht dieses „Komitee“ aus einer Handvoll Banditen und Kriegsverbrecher, die den italienisch-deutschen Faschisten mit Leib und Seele dienen. An der Spitze dieser Bande steht der geschworene Feind des albanischen Volkes Midhat Bei Frasheri, der ehemalige Häuptling der faschistischen Terrororganisation Balli Kombetar, der mit den Okkupanten zusammenarbeitete und die Verantwortung für ungeheuerliche Bestialitäten und Zerstörungen im Lande trägt. Von seinem Schlage sind auch die andern „Freiheitskämpfer“ — solche wie Muharrem Bajraktari, Ekrem Telhai, Abaz Erment und andere Verbrecher, deren des Seilers Tochter schon lange in Sehnsucht harret.

Die regierenden Kreise der USA und Englands hoffen, die Abenteuer aus der Gruppe Frasheris für ihre dunklen politischen Geschäfte verwenden zu können. Laut Meldung der Zeitung „Christian Science Monitor“ wird die Leitung des „Komitees“ in allernächster Zeit in die USA übersiedeln, offensichtlich um ihren Auftraggebern aus dem Staatsdepartement näher zu sein. Der Athener Ministerpräsident Diomedes erklärte sofort, die faschistischen Monarchisten seien bereit, „ernsthaft mit dem Komitee zusammenzuarbeiten“.

Der Londoner Korrespondent der Zeitung „Akropolis“ teilt mit, daß die Bildung des „Kampfkomitees für ein freies Albanien“ zwar in Paris bekanntgegeben worden sei, sein offizieller Sitz aber sei New York, die wirkliche organisatorische Basis dieses „Komitees“ sei London, die unmittelbaren Organisatoren seien Offiziere des englischen Spionagedienstes. Die Organisatoren des „Komitees“ sprechen sich dafür aus, daß sein Stabsquartier nach Athen verlegt werden soll. Das griechische Außenministerium warte ab, so führt der Korrespondent aus, bis „die Verhältnisse für die Fassung eines solchen Beschlusses heranreifen“.

Auch der Faschistenpflegling Achmed Zogu, ein erbitterter Feind des albanischen Volkes, der zehn Jahre lang in irgendeiner ägyptischen Ritze untergekröchen war, meldete sich. Zogu veröffentlichte ein Kommuniqué, in dem er sich zum „einzigen gesetzlichen Träger der Macht“ aufwirft, obwohl in Albanien kein Name verhaßter ist als der dieses Marionettenkönigs, eines der Hauptschuldigen des Verrats von 1939.

Die albanische Regierung, die sich auf den ungeteilten Beistand des Volkes stützt, zeigt angesichts der unerhörten Provokationen der Imperialisten größte Selbstbeherrschung und Gelassenheit.

Die demokratische Weltöffentlichkeit kann die frechen Versuche zur Störung der Ruhe und des Friedens in Europa nicht ruhig hinnehmen. Die Ränke der griechischen und der jugoslawischen Faschisten gegen das albanische Volk, das zur Zerschmetterung des Faschismus bei-

getragen hat und jetzt gewaltige Mühe zur Wiederherstellung und Entwicklung seines Landes aufbietet, dürfen nicht ungestraft bleiben. Es ist die unmittelbare Pflicht der UNO, die außer Rand und Band geratenen Feinde der Unabhängigkeit kleiner Nationen zur Ordnung zu rufen. Denn diejenigen, die nach Hitlermanier in Friedenszeiten offen zu einem Überfall auf ihre Nachbarn und zur Eroberung ihrer Lande aufrufen, fordern die ganze freiheitsliebende Menschheit heraus.

Eine Fälschung von Creech Jones und die malaiische Wirklichkeit

P. WASSILJEW

VOR KURZEM veröffentlichte das Kolonialministerium Englands, dessen Chef Creech Jones ist, einen Bericht über die sogenannten Vereinigten Malaienstaaten und Singapur. Die Prahlerei mit den Errungenschaften in der Entwicklung Malayas, von der dieser Bericht reich gespickt ist, wurde sofort von der Londoner Presse und vom Londoner Rundfunk aufgegriffen. Die Presse der Monopole strengt sich an, Malaya als eine „befreite Kolonie“ hinzustellen, die angeblich nach dem Willen der Labourregierung den „Weg der Prosperität und Unabhängigkeit“ betreten hat.

Im Jahre 1948 wurden in Malaya 700 000 Tonnen Kautschuk und 45 000 Tonnen Zinn gewonnen — mit diesen Zahlen jonglieren die Verfasser des Berichts. Sie betonen nachdrücklich, daß Malaya im Jahre 1948 mehr USA-Dollar verdient hat als jedes beliebige Land des Britischen Reiches einschließlich Englands.

Aber weder im Bericht noch in den Reklameaufsätzen der Londoner Blätter wird mit einem Wort erwähnt, wie die USA-Dollars verdient wurden und in wessen Taschen sie gewandert sind. Um der Gerechtigkeit willen sei gesagt, daß diese Dollars mit dem Arbeitsschweiß und Blut des malaiischen Volkes verdient wurden und in den Taschen der englischen Kolonisatoren stecken.

Das malaiische Volk ist in den umfangreichen Zeitungsartikeln nicht einmal erwähnt. Mit dem ganzen Lärm um die „Produktionserfolge“ Malayas will man die wirkliche Lage in der Kolonie

vertuschen und die Aufmerksamkeit von der unbarmherzigen Ausbeutung ihrer Bevölkerung ablenken. Indessen ist diese Ausbeutung seit 1945, als die englischen Kolonisatoren nach Malaya zurückkehrten, in London aber die Labourregierung Attlee-Bevin zur Macht kam, bedeutend verstärkt worden.

Die britischen Könige des malaiischen Zinns — Tronoh und Konsorten — haben die ganzen Lasten der Wiederherstellung der in den Kriegsjahren stark zerstörten Erzgruben und Zinngrube-reien auf die Schultern des malaiischen Volkes abgewälzt. Hinter den Zinnkönigen bleiben auch die Kautschukkönige nicht zurück. Durch grausamste Ausbeutung der Arbeiter haben sie die Kautschukproduktion 1948 auf 140 Prozent ihres Vorkriegsstandes gebracht.

Die eilige Wiederherstellung dieser beiden Industriezweige wurde von den englischen Monopolherren mit Methoden vorgenommen, die jegliche Verbesserung der Lebensbedingungen des malaiischen Volkes unmöglich machen. Die Kolonisatoren waren nur bestrebt, ihre Profite zu mehren und sich die materiellen Reichtümer Malayas zur Wiederherstellung der verlorenen politischen und wirtschaftlichen Macht Englands zunutze zu machen. Sie hatten um so größere Eile, als ihr Wirkungsbereich in dieser Hinsicht jetzt bedeutend eingeschränkt ist.

England, das in finanzielle Abhängigkeit von den USA geraten ist, konnte nun nicht mehr die Kautschuk- und Zinnpreise diktieren. Den

Verlust seiner ehemaligen Privilegien suchte England durch Steigerung der Zinn- und Kautschukproduktion wettzumachen. Das geschah nicht durch Mechanisierung der Produktion, sondern ausschließlich durch verstärkte Ausbeutung der Arbeiter. In den Erzgruben und auf den Kautschukplantagen wurden Zwangsarbeitsbedingungen eingeführt. Der Arbeiter muß beinahe Tag und Nacht schuften ohne sich aufzurichten, um für seinen Unterhalt 2—2,5 malaiische Dollar am Tag zu verdienen. Das ist nur ein Fünftel des Durchschnittslohns eines englischen Arbeiters, der jetzt, wie man weiß, ebenfalls recht wenig verdient.

Auf der Profitjagd wenden die englischen Unternehmer weitgehend Frauen- und Kinderarbeit an und bezahlen sie um 30 Prozent niedriger als Männerarbeit. In manchen Provinzen machen die Frauen und Kinder an die 80 Prozent aller Arbeiter aus. Die Unternehmer betreiben offen eine Politik grausamer Rassendiskriminierung und versuchen, eine Gruppe von Arbeitern gegen die andere aufzuhetzen und dadurch die Arbeiterbewegung zu spalten. So z. B. erhält ein chinesischer Arbeiter in der Provinz Selangor 2,2 malaiische Dollar Tageslohn, ein indischer aber nur 1,1 malaiischen Dollar.

Die Kolonialbehörden denken nicht einmal an eine Erfüllung ihrer demagogischen Versprechungen, die Wohnverhältnisse der Werktätigen zu verbessern. Die Arbeiter leben in fensterlosen Hütten, in denen sie unglaublich eng beieinander hausen. Gewöhnlich sind die Hütten derart überfüllt, daß die Arbeiter abwechselnd nach Arbeitsschichten zu schlafen gezwungen sind.

Die Lebensmittelrationen für die Bevölkerung sind äußerst karg. Selbst nach englischen Angaben erhalten die Malaien nur ein Drittel oder ein Viertel dessen, was die Japaner bekommen. Durch die Plünderung des Landes sind die Lebenshaltungskosten im Lande, verglichen mit der Vorkriegszeit, auf das Sechsfache gestiegen und steigen ununterbrochen weiter, während der Lohn sinkt. Infolge ständiger Unterernährung, Wohnungsnot und dem fast völligen Fehlen ärztlicher Betreuung grassieren unter der werktätigen Bevölkerung Tuberkulose und Hautkrankheiten. Die Sterblichkeitsziffer in Malaya ist 3—4mal so hoch wie in England.

Durch die unaufhörlich zunehmende Arbeitslosigkeit, die nach Angaben Massys, des australischen Kommissars in Malaya, „erschütternde Ausmaße angenommen hat“, werden die Leiden des malaiischen Volkes noch vermehrt. Auf den Straßen der Städte und Siedlungen Malayas sowie in Singapur floriert offener Sklavenhandel.

Die 1948 aus britischen Agenten gebildete Marionettenregierung der sogenannten Vereinigten

Malaienstaaten kommt blind dem Willen ihrer Auftraggeber nach. Gestützt auf die einheimischen Reaktionäre setzen die englischen Behörden die grausame Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung des malaiischen Volkes fort. Unter dem Vorwand eines „Schutzes der Interessen“ Malayas haben die englischen Vertreter im sogenannten Gesetzgebenden Ausschuß der Vereinigten Malaienstaaten einen Beschluß über die Auflegung einer 12-Millionen-Pfund-Sterling-Anleihe durchgebracht, die zur Finanzierung des volksfeindlichen Kolonialkriegs bestimmt ist. Unter dem gleichen Vorwand haben sie Malaya an den Marshallplan gefesselt. Die amerikanische „Hilfe“ an das marshallisierte Malaya wird der englischen Bank zufließen. Malaya wird diese Mittel nicht zu sehen bekommen, obwohl England ihm bereits 475 Millionen malaiische Dollar schuldet. Dabei weist der eigene Haushalt Malayas ein Passivsaldo auf. Im vorigen Jahr erreichte das Defizit 19 Millionen Pfund Sterling.

Hierüber schweigt sich die Londoner Presse, sowohl die konservative wie die labouristische, selbstverständlich aus. Sie „vergißt“ beharrlich, zu erwähnen, daß die englischen Kolonisatoren nun schon mehr als 100 Jahre die Malaien in Unaufgeklärtheit und Unwissenheit erhalten. Fast die ganze Bevölkerung Malayas ist analphabetisch. Die vor kurzem eingerichteten Regierungsschulen können nur 5 Prozent der schulpflichtigen Kinder aufnehmen! Es wird auch verschwiegen, daß die englischen Behörden in Malaya nun schon mehr als ein Jahr lang einen blutigen Kolonialkrieg führen. Gegen das freiheitsliebende malaiische Volk ist eine 120 000 Mann starke Armee des Britischen Reiches aufgebotsen worden. Zu dieser Armee gehören Gurkhas aus Nepal, Anderspolen, Kannibalen aus Sarawak und Sonderpolizeiabteilungen. Diese koloniale Söldnerarmee wird von englischen Panzertrouppen, Artillerie, Marine und Fliegern unterstützt. Englische Flugzeuge beschießen die friedliche Bevölkerung im Tiefflug und morden Greise, Frauen und Kinder.

Aber keinerlei Terror, keinerlei Grausamkeiten der Laboursklavenhalter, die die Traditionen ihrer Toryvorgänger fortsetzen, sind imstande, den Widerstand des malaiischen Volkes zu brechen. Der nationale Befreiungskampf des Volkes nimmt seinen Fortgang. Laut Pressemeldungen hat sich die Lage der britischen Truppen in Malaya in letzter Zeit verschlechtert. Der „Manchester Guardian“ gab kürzlich mit Bitterkeit zu, daß die nationale Befreiungsbewegung in Malaya den Engländern ebensolche Verluste beibringt, wie sie sie selbst erleidet. In Wirklichkeit sind die Verluste der britischen Truppen bedeutend größer. Generalmajor C. H. Boucher, der Ober-

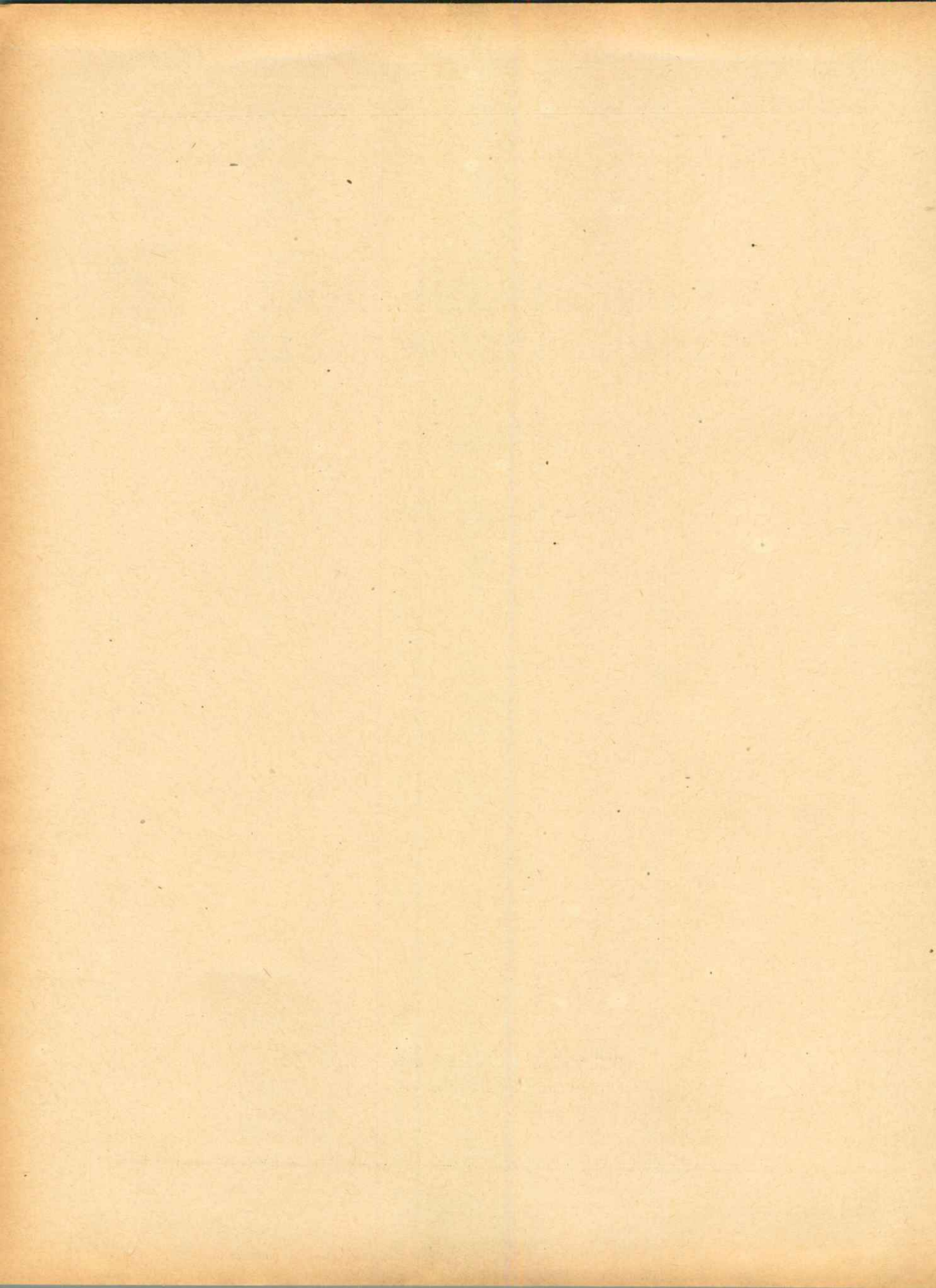
DIE UNIONSKONFERENZ DER FRIEDENSANHÄNGER

MOSKAU

25.—27. August 1949

(Schluß)

BEILAGE ZUR „NEUEN ZEIT“
Nr. 37 vom 7. September 1949



Die Unionskonferenz der Friedensanhänger

Rede A. T. VENCLOVAS

Schriftsteller, Litauische SSR

Werte Genossen! Einige Jahre sind vergangen, seitdem der zweite Weltkrieg zu Ende ist. Millionen Frauen und Kinder beweinen noch immer ihre Männer und Eltern. Die Gräber der an den Fronten des zweiten Weltkriegs Gefallenen und der von den Hitlerfaschisten bestialisch zu Tode Gequälten erinnern uns an die gewaltigen Opfer, die wir während des zweiten Weltkriegs gebracht haben. Der Faschismus, der diesen Krieg entfesselte, ist von unserer Generation verflucht worden, dieser Generation, die so viele Opfer gebracht und so viel Blut vergossen hat, um die Hitlerbarbarei zu vernichten, um die über der Menschheit schwebende Gefahr der Sklaverei und des Todes abzuwenden.

Aber jenseits des Atlantischen Ozeans erheben die Brandstifter eines neuen Krieges ihr Haupt. Eine Handvoll toll gewordener Imperialisten, die nach Überprofiten gieren, möchte die Menschheit erneut in einen Krieg stürzen.

Deshalb schließen sich Millionen ehrlicher Menschen der ganzen Welt, die aus den Erfahrungen des vorigen Krieges gelernt haben, immer enger und enger in den Reihen der Friedenskämpfer zusammen. Sie alle begeistert das große Land des Sozialismus, die Sowjetunion.

Das viele Nationalitäten umfassende Sowjetvolk steht überall und immer heldenhaft für die Sache des Friedens ein, die allen Völkern heilig ist. Die jetzt tagende Unionskonferenz der Friedensanhänger führt unseren Freunden und Feinden nochmals den unbeugsamen Willen der Sowjetvölker vor Augen, für die hohen Ideale unserer Epoche, für den Sozialismus, die Volksdemokratie, für einen dauerhaften Frieden zu kämpfen.

Seit dem Ende des Großen Vaterländischen Krieges sind einige Jahre vergangen. Mit der Unterstützung und der brüderlichen Hilfe des großen russischen Volks hat Sowjetlitauen in der Nachkriegszeit auf vielen Gebieten des Kultur- und Wirtschaftslebens, vor allem aber in der Industrieproduktion den Vorkriegsstand überflügelt.

Sowjetlitauen wird ein Industrieland. Die früher schwache und rückständige Industrie der Republik ist in den Nachkriegsjahren derart gewachsen, daß sie gegenwärtig bereits 48 Prozent der gesamten Produktion der Volkswirtschaft der Republik bestreitet.

In raschem Tempo wird die Landwirtschaft wiederhergestellt. Heutzutage gehen die litauischen Bauern von der individuellen Form der Bodennutzung zur sozialistischen Form der Landwirtschaft über. Gegenwärtig gibt es auf dem flachen Lande Litauens bereits mehr als 4000 Kollektivwirtschaften.

Nach der Befreiung der Werktätigen Litauens von den ausländischen und litauischen Kapitalisten boten sich der Entwicklung einer der Form nach nationalen, dem Inhalt nach sozialistischen Kultur des litauischen Volkes weite Perspektiven. In der Republik ist das Analphabetentum völlig liquidiert. Mit dem Anfang dieses Schuljahrs gehen wir zur Siebenjahresschulpflicht über.

In unserer Republik bestehen zwei Universitäten sowie eine bedeutende Anzahl anderer Hochschulen. Auf Beschluß der Sowjetregierung wurde die Akademie der Wissenschaften der Litauischen SSR gegründet. Sie umfaßt 11 wissenschaftliche Forschungsinstitute, die mit jedem Jahr immer größeren Einfluß auf die Entwicklung der Kultur und der Volkswirtschaft des Landes ausüben. Die heroische Arbeit des litauischen Volkes verändert das Antlitz der Republik, gestaltet das Leben der Werktätigen wohlhabender und kulturvoller, beschleunigt unsere allgemeine Aufwärtsbewegung den leuchtenden Gipfeln des Kommunismus entgegen.

Das ist der Grund, weshalb die Werktätigen unserer Republik, wie alle Sowjetmenschen, vor allem den Frieden und die erkämpfte Freiheit schätzen. Das Sowjetsystem allein gewährleistet den großen und kleinen Völkern, die die gewaltige Sowjetunion bewohnen, ein freies, kulturvolles und unabhängiges Leben. Unser Volk weiß noch gut, daß das Litauen der Bourgeoisie seinen Nachbarn, großen imperialistischen Räubern gegenüber ohnmächtig war. Das Polen der Barone besetzte die Hauptstadt unserer Republik, Vilnius, Hitler aber riß im Frühjahr 1939 die Region Klaipeda von Litauen los. Allein mit Hilfe der Sowjetunion konnte Litauen alle litauischen Gebiete wiedererlangen. Vilnius, die uralte Hauptstadt des litauischen Volkes, ist wieder zum Zentrum des Staatslebens, der Kultur und der Industrie der Republik geworden.

Das litauische Volk, das jahrelang für die Sowjetmacht gekämpft hat, schafft jetzt enthusiastisch das neue, glückliche Leben in Reichtum

und Kultur. Für dieses Leben wird es der Partei der Bolschewiki und dem Führer der Völker, dem Genossen Stalin, stets dankbar sein. (Beifall.)

Mein Volk hat mich auf diese Tribüne entsandt, damit ich in seinem Namen den unbeugsamen Willen der Litauer bekunde, die Sache des Friedens bis zum Endsieg zu verteidigen.

Das litauische Volk, das in der Familie der Völker der Sowjetunion seine wahre Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit gefunden hat, wird auch weiterhin stolz und unabhängig den Weg gehen, den ihm der große Vorkämpfer für Freiheit, Unabhängigkeit, Fortschritt und echte Demokratie, der große Stalin, gewiesen hat. (Stürmischer Beifall.)

Rede Zola DRAGOITSCHEWAS

Bekannte Politikerin Bulgariens

Werte Genossen und Freunde! Gestatten Sie mir, Ihnen einen herzlichen, brüderlichen Kampfesgruß von dem ganzen bulgarischen Volk, von der bulgarischen Öffentlichkeit, den Gelehrten, Arbeitern, Frauen und Jugendlichen zu überbringen und mit Ihnen den tiefen Kummer zu teilen, der uns und die ganze für den Frieden kämpfende Menschheit betroffen hat durch das Hinscheiden des großen Sohns unseres Heimatlandes, des von allen als konsequenter Kämpfer gegen den Imperialismus und Faschismus, gegen die Brandstifter volksfeindlicher Kriege anerkannten Genossen Georgi Dimitroff. *(Zur Ehrung des Andenkens G. Dimitroffs erheben sich die Konferenzdelegierten von ihren Sitzen.)*

Gestatten Sie, der Sowjetregierung und dem Genossen Stalin persönlich für die väterliche Fürsorge und Liebe zu danken, die sie uns entgegenbrachten und auch jetzt entgegenbringen und deren höchster Ausdruck die Gewährung der Sowjetbürgerschaft an den Genossen Georgi Dimitroff nach dem Leipziger Prozeß war. Gestatten Sie auch, der Sowjetregierung für alle Bemühungen zu danken, die sie an den Tag legte, um den Genossen Georgi Dimitroff dem Tode zu entreißen, ihn unserem Volke, den fortschrittlichen Menschen, der Sache des Friedens zu erhalten.

Das bulgarische Volk wird nie vergessen, wem es für die zweimalige Befreiung von fremdländischem Joch zu danken hat. Es erinnert sich besonders gut an die Taten der Enkel unserer Befreier vom Türkenjoch, der ruhmreichen Krieger der Sowjetarmee, die die hitlerfaschistischen Heerhaufen aus unserem Lande vertrieben und uns halfen, die faschistische Macht zu stürzen, die Monarchie zu liquidieren und die Volksrepublik auszurufen.

Nie wird das bulgarische Volk vergessen, daß es dank der Sowjetarmee und der vom Genossen Stalin geführten Sowjetregierung nicht in die Lage des griechischen Volkes geraten ist und seine territoriale Integrität sowie seine nationale Unabhängigkeit bewahren konnte.

Unser Volk hat das Vorbild der Sowjetunion vor Augen und weiß, daß der lichte Weg, den es

zu gehen hat, der Weg zum Sozialismus ist. (Beifall.) Deshalb wird das Gelöbnis, das unsere Kommunistische Partei, unser Volk, unsere Armee, unsere Arbeiter, Frauen, Jugendlichen und Septemberkinder am Sarge des Genossen Georgi Dimitroff ablegten, erfüllt werden. Es wird erfüllt werden, weil wir wissen, daß wir uns auf die große Hilfe der mächtigen Sowjetunion, auf ihre ewige mütterliche, selbstlose Freundschaft stützen, weil die volksdemokratischen Brudervölker, die in ihren Ländern ebenso kühn den Weg des sozialistischen Aufbaus beschreiten, mit uns Hand in Hand gehen, weil der Kampf der ganzen fortschrittlichen Menschheit für Frieden und Demokratie auch unsere Sache ist.

Die Brandstifter eines neuen Krieges benutzen einige Balkanländer, um auf dem Balkan ein Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie zu schaffen, um unsere sozialistische Entwicklung in rückläufige Richtung zu lenken. Die Verräterclique Tito-Ranković marshallisiert Jugoslawien und führt es offen ins Lager des Imperialismus.

Das bulgarische Volk wünscht den Frieden, weil es fest entschlossen ist, den Sozialismus in seinem Lande aufzubauen. Die Lösung der internationalen antiimperialistischen Solidarität im Kampf für einen gerechten, demokratischen Frieden hat sich tief dem Bewußtsein unseres Volkes eingeprägt.

Die Beschlüsse des Kongresses der Friedensanhänger spielten während der Kampagne zu den Wahlen der Volksräte in unserem Lande eine gewaltige Rolle. Die Imperialisten und ihre Agenten strengten sich aus Leibeskräften an, Unruhe in unserem Volk zu stiften, dessen Glauben an die stetig zunehmenden, von der großen Sowjetunion geführten Kräfte des Friedens ins Wanken zu bringen, ihm durch Aggressionsdrohungen Furcht einzujagen, seine Bemühungen zu desorganisieren, seinen Enthusiasmus in dem sich mächtig entfaltenden friedlichen sozialistischen Aufbau herabzumindern. Aber am 15. Mai, dem Wahltag, bekundete unser Volk mit beispielloser Macht seinen Willen, für einen dauerhaften Frieden, für

Volksdemokratie und Sozialismus, gegen die Brandstifter eines neuen Krieges zu kämpfen, aus allen Kräften die unerschütterliche Freundschaft mit der großen Sowjetunion, der Befreierin, Stütze und Lenkerin des Weltfortschritts, die Freundschaft mit den Ländern der Volksdemokratie und den fortschrittlichen Kräften der ganzen übrigen Welt zu festigen.

Das bulgarische Volk wird das Banner der internationalen Solidarität kühn in hoherhobenen Händen tragen, wie es Genosse Georgi Dimitroff, der getreue Schüler Lenins und Stalins, getragen hat! Das bulgarische Volk wird ständig

und unermüdlich aus den Erfahrungen der großen Sowjetunion, bei der ruhmreichen Partei der Bolschewiki, bei dem großen Stalin lernen, ebenso, wie Genosse Georgi Dimitroff bei ihnen gelernt hat! Mutig werden wir gemeinsam mit der großen Sowjetunion für den Sieg der Sache des Weltfriedens kämpfen!

Es lebe das große russische Volk, der zweimalige Befreier des bulgarischen Volkes!

Es lebe der Vater und Freund der ganzen fortschrittlichen Menschheit, Genosse Stalin! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Rede T. N. CHRENNIKOWS

Generalsekretär des Verbands der Sowjetkomponisten

Genossen! Die Unionskonferenz der Friedensanhänger ist eine neue wichtige Etappe im Kampf der Völker des ganzen Erdballs für einen dauerhaften Frieden, gegen die imperialistischen Kriegsbrandstifter.

Das von unserer Partei, von unserem großen Führer, Genossen Stalin, erzogene Sowjetvolk ist eine mächtige Vorhut im Friedenskampf.

Die Einberufung unserer Konferenz zeugt davon, daß das Sowjetvolk für den Frieden kämpft und kämpfen wird, daß es unermüdlich alle Versuche der Reaktion anprangern wird, die Welt wieder in einen Krieg zu stürzen, der zur Ausrottung der Menschheit, zur Zerstörung der Kultur führen würde.

Ich spreche hier als Vertreter eines Teils der Sowjetintelligenz, als Vertreter der Sowjetkomponisten.

Mit Hilfe und unter Leitung der Partei wurde die formalistische Strömung aus der Sowjetmusik ausgemerzt, eine Strömung, die den Einfluß bürgerlicher Ideologie auf einen Teil unserer Komponisten widerspiegelt; es wurden kosmopolitische Theorien und Anschauungen zunichte gemacht, die dem neuzeitlichen Imperialismus in die Hände spielten.

Die konsequente Durchführung des Prinzips des sozialistischen Realismus in der Sowjetkunst ist eine äußerst wichtige Waffe in unserm Kampf mit der in Zersetzung geratenen bürgerlichen Kunst.

Die moderne bürgerliche Musik in allen ihren Spielarten hat sich gänzlich vor den Wagen des streitbaren Imperialismus gespannt. In die imperialistische Kriegspropaganda einstimmend, die auf Terrorisierung und Einschüchterung der Massen berechnet ist, erfinden einige bürgerliche Komponisten absurdeste Betäubungsmittel, die natürlich nichts mit Musik zu tun haben. Nach dem unruhlich bekannten amerikanischen Komponisten Henry Cowell, der den Flügel zum Schlagzeug, zum Radauinstrument machte, indem

er Ellbogen und andere Körperteile in Aktion setzte, erschien am Musikhorizont Amerikas John Cage, der nach der maßgeblichen Aussage der Zeitschrift „Musical America“ den Flügel in ein miniaturhaftes Schlagzeugorchester „verwandelte“. Zu diesem Zweck steckte er alle möglichen Gegenstände zwischen die Saiten — Bolzen, Muttern, Nägel, Kunstharzstücke, Radiergummi usw.

Von Erotik, Pornographie und Mystik sind die Werke der Komponisten durchsetzt, für die die bürgerliche Presse die meiste Reklame macht. „Die Vergewaltigung Lukrezias“ heißt eine Oper des englischen Komponisten Britten, die in New York die Sensation der vorigen Saison war. Charakteristisch für diese Oper ist die Verbindung krassesten Naturalismus bei der Darstellung erotischer Szenen mit banaler religiöser Moralpredigt.

Die großen Traditionen der klassischen Musik, die auf einer Bejahung des Humanismus und der Freiheitsliebe, auf dem Ausdruck des nationalen, demokratischen Volksgeistes beruhen, leben und gedeihen bei uns, im Lande des Sozialismus. Sie erstarken in den Keimen jenes Neuen, das jetzt in der Musik der den Weg des Sozialismus gehenden volksdemokratischen Länder geschaffen wird.

Der ganze historische Entwicklungsprozeß der modernen Musik zeugt unverkennbar davon, daß diese großen Traditionen der seelenlosen Unmoral der bürgerlich-formalistischen Kunst mächtigen Widerstand leisteten.

Die Sowjetkomponisten sind in jeder Weise bemüht, die Musik dem Leben näherzubringen, das Leben unseres Landes in seiner sozialistischen Aufbauarbeit, in seiner hohen menschlichen Moral, in seinem gerechten Kampf mit den bösen Kräften der kapitalistischen Reaktion, im Kampf für den Frieden und das Glück der Menschheit tieferschürfender und vollkommener auszudrücken.

Es freut uns, daß manche Werke von Sowjetkomponisten, besonders unsere Lieder, in den Reihen unserer Freunde, der aktiven Friedenskämpfer, erklingen und ihnen helfen, ihre Kräfte zu vereinen. Das Geleistete ist aber noch nicht ausreichend. Die Sowjetkomponisten wissen das und arbeiten jetzt mit großem Elan, um in allen

Genres der Musik Werke zu schaffen, die die Erhabenheit und Schönheit der Stalinschen Epoche, den Heldenkampf des den Kommunismus aufbauenden Sowjetvolkes besingen, um Werke zu schaffen, die geeignet sind, der großen und edlen Sache des Friedens zu dienen. (Beifall.)

Rede ZIHNI SAKOS

Politiker und Schriftsteller Albanien

Werte Freunde! Es ist uns eine große Freude, dieser Konferenz zum Schutz des Friedens beizuwohnen und die Völker der Sowjetunion, die den Sozialismus aufgebaut haben und für den Frieden kämpfen, herzlichst zu begrüßen. (Beifall.)

Für das albanische Volk ist der Friede ebenso wie für die Völker der Sowjetunion, für alle demokratischen Völker eine Lebensnotwendigkeit. Unser Volk weiß, wie teuer die Menschheit der zweite Weltkrieg zu stehen kam. Während dieses Krieges machten die Albaner, die die ersten Opfer des Faschismus waren, obwohl ihrer nur so wenig sind, alle Anstrengungen, um dem Aufruf unserer Kommunistischen Partei zum Kampf gegen die ausländischen Sklavenhalter gebührend nachzukommen.

Dank der Hilfe des Sowjetlandes und des Genossen Stalin persönlich haben wir die völlige Befreiung erlangt. Die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes wurde nochmals mit Hilfe der Sowjetunion gerettet, als Albanien Gefahr von seiten der nationalistischen Titobande drohte, die uns gegenüber eine kolonialisatorische Politik betrieb. Aber trotz der Versuche der Titoleute fährt unser Volk fort, sein Land wiederherzustellen, es baut ein neues, sozialistisches Leben auf. (Beifall.)

Die Lehre des Marxismus-Leninismus hat unserem leidgeprüften Volk den Weg gewiesen. Albanien hat auf neue Art zu leben begonnen. Jetzt gehört der Boden dem, der ihn bestellt. Menschen, die Analphabeten waren, lernen eifrig. Die Werktätigen Albanien bauen Werke, Schulen und Eisenbahnen. Die ganze Aufbauarbeit in unserem Lande wird dank der unschätzbaren Hilfe der Sowjetunion und der brüderlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der neuen Demokratie bewerkstelligt, dank dem Enthusiasmus der Volksmassen und der richtigen Führung, die uns die Arbeitspartei angeeignet läßt. (Beifall.)

Beim Aufbau des neuen Lebens stößt unser Volk auf Hindernisse und Provokationen, die von den Feinden des Friedens, den faschistischen griechischen Monarchisten, ausgehen. Diese Lakaien der Imperialisten verletzen mit Waffen, die die Marke „Made in USA“ tragen,

die Grenze unseres Staates, sie hindern das albanische Volk, friedliche Aufbauarbeit zum Wohl seines Heimatlandes zu leisten.

Aber das albanische Volk ist ein getreuer Teilnehmer der internationalen Bewegung des Friedenskampfes, es hütet seine Errungenschaften wie seinen Augapfel. Wir wollen keinen Krieg, weil wir mit dem Aufbau eines friedlichen, glücklichen Lebens beschäftigt sind. Zielbewußt gehen wir unseren Weg zum Sozialismus und finden dabei die brüderliche Hilfe des großen Sowjetvolks und des Genossen Stalin persönlich.

Deshalb, teure Freunde und fortschrittliche Friedenskämpfer, ist das große Ziel, in dessen Namen wir hier zusammengekommen sind, uns ebenso teuer wie eure Freundschaft. Wir werden auch künftig in unseren Herzen der Sache des Friedens, der unerschütterlichen Freundschaft mit der Sowjetunion die Treue bewahren, der Sowjetunion, von der unser Volk singt: „Stalin ist die Welt, und wir haben keinen bessern Freund als die Sowjetunion.“ (Stürmischer Beifall.)

Wir alle, klein und groß, haben uns, dem heroischen Beispiel des Sowjetvolks folgend, zum Kampf für die Gestaltung des neuen Lebens und der sozialistischen Kultur erhoben.

Mit allen unseren Kräften, geführt von unserer Arbeitspartei und dem Führer unseres Volkes, Enver Hodža, werden wir stets mit allen Völkern gemeinsam für den Frieden kämpfen. Die Sache des Friedens wird gewonnen werden, weil an der Spitze der Friedenskräfte die mächtige Sowjetunion steht. (Stürmischer Beifall.)

Ein Hoch den Völkern der Sowjetunion, dieses friedliebenden Landes, der unerschütterlichen Feste des Friedens und der Demokratie in der ganzen Welt!

Möge die Freundschaft unseres Volkes mit den Völkern der Sowjetunion so lange leben wie die Berge!

Ruhm und Ehre dem großen Führer und Schöpfer des Friedens, der Freiheit und der Demokratie, Generalissimus Stalin, dem unschätzbaren Freund und Schützer unseres Volkes! (Lang anhaltender Beifall.)

Rede PIETRO NENNIS

Mitglied des Ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger

Werte sowjetische Freunde und Genossen! Selten erklang auf irgendeinem Kongreß die Stimme ausländischer Delegationen so gewichtig und bedeutungsvoll wie jetzt auf dieser bemerkenswerten und großartigen Konferenz der Friedensanhänger, die ein Glaubens- und Willensausdruck der Völker der sechzehn Sowjetrepubliken, der Regierung der Sowjetunion und ihres großen Führers, Stalin, ist. (Stürmischer Beifall.)

Wir Vertreter der Werktätigen kapitalistischer Länder äußern erneut die tiefe Beunruhigung, von der unsere Völker erfaßt sind. Wir protestieren erneut gegen die Politik der Clique von Brandstiftern eines neuen Krieges.

Niemand hat wohl mehr als wir Mitglieder der italienischen Delegation, niemand hat mehr als das italienische Volk den raschen historischen Prozeß in so unvermittelter Form erlebt, als dessen Folge die Großbourgeoisie des Westens aus dem Antihitlerlager (wohin sie der Druck des Volkes führte) in das antidemokratische, antisowjetische Lager übergegangen ist.

Zwei Tatsachen verblüfften uns, gleich nachdem der Kontakt mit dem englischen und dem amerikanischen Militärkommando und den politischen Vertretern der Regierungen in London und Washington hergestellt war. Erstens das Mißtrauen gegen die Volksbewegung, ein niederträchtiges und feindseliges Mißtrauen; es hat auch dazu geführt, daß das englisch-amerikanische Oberkommando sich weigerte, dem Volk Waffen zu geben, die es für die Beteiligung am Befreiungskriege forderte.

Die andere Tatsache, die uns verblüffte, war, daß schon damals englische und amerikanische Offiziere sehr oft von einem dritten Weltkrieg sprachen.

Das Jahr 1946 war ein Jahr, in dem der imperialistische und klerikale Block der Brandstifter eines neuen Krieges heranreifte und Form gewann. Damals weckte Churchills Fulton-Rede in der kapitalistischen Welt, besonders aber in unserem kurz vorher von der faschistischen Herrschaft befreiten Lande, erneut das gierige Streben der politischen und sozialen Kräfte, für die die Niederlage des Faschismus ein vernichtender Schlag gewesen war, nach der Macht. Der Vatikan nahm seine Tätigkeit wieder auf, die darauf abzielt, wieder wie in den schlimmsten Zeiten des Nazismus die Atmosphäre eines antisowjetischen und antisozialistischen Kreuzzugs heraufzubeschwören. Die rechten Sozialdemokraten, die sich in der Kulminationszeit des Antinazikrieges in gewissem Grade an die Politik der antifaschistischen Einheitsfront und der

Aktionseinheit mit den kommunistischen Parteien hielten, begannen nun die durch das Blut unzähliger Opfer besiegelte Einheit zu unterwühlen.

Auf diese Weise wurde einer Politik der Weg gebahnt, die über den Marshallplan, den Brüsseler Pakt und die lächerliche Straßburger Tagung des Europäischen Rates in der Ratifizierung des Atlantikpakts und einem Wettrüsten ihren Gipfel erreichte.

Der Vatikan leistete durch Exkommunizierung der Kommunisten und ihrer Anhänger seinen Beitrag zur imperialistischen Politik.

Ihr sowjetischen Friedensanhänger entrüstet euch natürlich über die Beweggründe, mit denen die regierende Klasse meines Landes den Anschluß Italiens an den Atlantikpakt zu rechtfertigen suchte. Und wirklich, wenn in Europa ein Land existierte, das kraft seiner nationalen und internationalen Interessen dem Atlantikpakt zu allererst fernbleiben sollte, so war Italien eben ein solches Land. Aber die regierende Klasse unseres Landes, der jedes nationale und demokratische Gefühl abgeht, hat den Anschluß Italiens an den Nordatlantikpakt als einen äußerst notwendigen Akt hingestellt. Die regierenden Kreise unseres Landes suchen die Sache so herauszustreichen, als bestehe für Italien eine Aggressionsgefahr von seiten der Sowjetunion.

Freunde im Sowjetland! Euch fällt es schwer, das zu glauben, denn allzu himmelschreiend ist diese Lüge. Aber gerade dies ist das Argument, das die regierenden Kreise meines Landes seit 1947 anführen.

Wir, die wir einen Kampf im Parlament und im Lande führen, halten einen neuen Krieg keineswegs für unausbleiblich. Auch die sieben Millionen italienischer Männer und Frauen tun das nicht, die trotz des Polizeiterrors die Friedenspetitionen gegen den Atlantikpakt unterzeichnet haben. Die regierenden Kreise Italiens haben den Volkspetitionen nicht Rechnung getragen, sie haben vergessen, daß der atlantische Kriegsvertrag zu einem bloßen Fetzen Papier wird, wenn er nicht durch die Unterschrift des Volkes besiegelt ist.

Nein, Freunde! Die Arbeiter, Bauern, Intellektuellen meines Landes halten einen neuen Krieg nicht für unausbleiblich! Als sie uns zu euch entsandten, haben sie uns aufgetragen, zu erklären, daß, wenn es dem Überseeimperialismus auch gelungen ist, den Anschluß der herrschenden Klassen Italiens an den Atlantikpakt zu erreichen, er niemals die Beteiligung des italienischen Volkes an einem reaktionären Krieg durchsetzen wird. (Stürmischer Beifall.)

Sowjetische Freunde, heute wie in den Tagen von Stalingrad ist uns eure Gelassenheit und eure

Stärke ein Ansporn und gibt uns Mut und den Glauben an den Sieg der Sache des Friedens.

Wie viele meiner Kameraden, habe ich in den Gefängnissen von Paris, Stuttgart, München und Rom gegessen, gerade zu der Zeit, als sich die Stalingrader Schlacht entfaltete. Ich sah damals, wie Menschen starben, denen die Kunde von den Siegen der Roten Armee die Kraft gegeben hatte, vor die Hitlerhenker nicht nur voll Hoffnung hinzutreten, sondern auch voll der Überzeugung, daß die Stunde des Volkssieges über die Nazi-tyrannie, daß der Triumph des Friedens nahe sei.

Heute flößt ihr, sowjetische Freunde, uns wieder die Gewißheit ein, daß durch unseren Kampf der reaktionäre Block unter der Wucht seiner Verbrechen zusammenstürzen wird.

Gestern lasen wir Mitglieder der italienischen Delegation im W. I. Lenin-Museum bewegt das Manuskript des ersten Dekrets der Oktoberrevolution, in dem die erste Sowjetregierung der Welt allen Völkern den Frieden verkündete. Sowjetische Freunde, verkündet auch heute von der Tribüne eurer Konferenz den Frieden, den Frieden für die ganze Welt!

Seid überzeugt, daß eurer Stimme die Stimmen von Millionen Männern und Frauen antworten werden, die ebenso wie ihr ausrufen: „Nieder mit dem Krieg!“, „Fort mit den blutigen Händen der Imperialisten!“ Diese Millionen einfacher Menschen sehnen sich danach, in ihren Ländern das Banner des Sozialismus und des Friedens zu entrollen. (Lang anhaltender Beifall.)

Rede W. L. WASSILEWSKAJAS

Schriftstellerin

Genossen! Ich sah im Jahre 1939 die Häusermauern in Warschau einstürzen. Ich sah 1941 und 1942, wie Kiew zerstört wurde, wie Poltawa in Flammen aufging, wie die schönen Straßen Woroneshs in Trümmer sanken. An einem Wintermorgen im Januar 1942 sah ich im Kolchos „Dimitroff“, Gebiet Kursk, Säuglinge, denen die Faschisten die Köpfe an der gefrorenen Erde zerschmettert hatten. Im Jahre 1944 ging ich im von der Sowjetarmee befreiten Lublin über das Gelände des Todeslagers Majdanek und hörte mit Grauen etwas unter meinen Füßen knirschen. Was da knirschte, war die Asche mehrerer Millionen Menschen, die dort in den Öfen verbrannt worden waren. Unter diesen Millionen waren Freunde, die mir nahegestanden hatten.

Und wenn wir heute vom Krieg sprechen, so schreit jede Faser meines Körpers, jeder Blutstropfen in meinem Herzen, so schreit alles, was in mir ist: „Nie wieder! Nie wieder!“

Ich verstehe, ich weiß: nicht nur ich fühle so, so fühlen Millionen, hunderte Millionen von Menschen...

Ich verstehe, daß so hunderte Millionen fühlen, für die der Mensch nicht Kanonenfutter und nicht Ausbeutungsobjekt ist, sondern das Beste und Höchste, was die Natur geschaffen, das Wertvollste auf der Welt.

Dort, jenseits des Ozeans, wo sie heute der Menschheit den Untergang bereiten wollen, dort haben sie es nicht gern, wenn jemand den Krieg erwähnt, jenen Krieg, der erst jüngst sein Ende nahm. Dort ist es verboten, Bücher über den Krieg zu drucken, dort ist es verboten, Filme zu zeigen, die die Schrecken der faschistischen Invasion schildern. Dort versucht man, den Eindruck zu erwecken, als bereite man etwas anderes

für die Menschheit vor. Aber es ist nichts anderes. Es ist Gleiches und selbst Schlimmeres.

Dort, jenseits des Ozeans, haben die verachtungswürdigen Schatten Hitlers, Görings und ihresgleichen Anhänger gefunden, dort haben sie sehr fleißige Schüler gefunden, und wir hören die altbekannten Worte von Rassen, von „wertigen“ und „minderwertigen“ Völkern, von der zu großen Vermehrung der Menschen auf Erden. Und wir hören von diesen Schülern Hitlers und Görings, Gelehrten stehe es als würdigste Beschäftigung an, Methoden zu erfinden, durch die die Menschen am leichtesten in Massen ausgerottet werden könnten. Sie haben die hitlerfaschistischen Methoden ausgezeichnet studiert, aber sie haben aus dem Denkbüchlein, den die Geschichte der faschistischen Invasion erteilte, keinerlei Lehren gezogen. Sie haben das eine nicht begriffen: wenn wir auf der Wacht des Friedens stehen, wenn wir für den Frieden kämpfen — so tun wir dies nicht aus Furcht und nicht aus Schwäche, und wenn es wieder nötig sein sollte, unsere Heimat zu verteidigen, so wird das ganze Sowjetvolk in sich das Herz der Helden von Stalingrad finden, die mit Todesverachtung kämpfen und durch ihre Standhaftigkeit den Tod besiegten. (Stürmischer Beifall.) Wir haben standgehalten. Und wenn es nötig sein wird, so werden wir wieder standhalten und siegen, und solange auch nur ein Sowjeter auf Sowjet Erde schlägt, wird diese Erde nicht unterworfen werden, wird sie die freie Erde eines freien Menschen sein. Nicht aus Furcht und nicht aus Schwäche kämpfen wir gegen den Krieg, wir kämpfen gegen den Krieg, weil wir den Menschen achten, weil wir das Leben achten, weil wir fest an das Lebensrecht des Menschen glauben und

weil wir fest an die glückliche Zukunft der gesamten Menschheit glauben.

Wir sind das Volk der Baumeister. Wir sind das Volk der Werktätigen. Wir sind das Volk der Schöpfer, und deswegen kämpfen wir um den Frieden für alle, um den Weltfrieden. Es gibt in der ganzen Sowjetunion keinen Menschen, der nicht begriffe, was der Kampf für den Frieden bedeutet und wie notwendig der Frieden ist, und daß der Kampf für diesen Frieden, um einen Frieden für die gesamte Menschheit, unsere erste Pflicht ist. Das sind wir allen denen schuldig, die im Krieg gefallen sind, die ihr Leben hingegeben haben für die Unabhängigkeit und die Freiheit unserer Heimat, für das friedliche Leben und für unsere glückliche Heimat, für den Frieden, für die Arbeit, für jene Zukunft, deren Namen ihnen auf den Lippen schwebte, als sie fielen.

In der Sowjetunion wissen alle wie einer, was Frieden bedeutet und was Krieg bedeutet.

Wir rufen im Namen des zweihundert Millionen zählenden Sowjetvolkes, im Namen von zweihundert Millionen Werktätigen alle Völker

auf: kämpft mit uns zusammen für den Frieden!

Wir wenden uns an alle Völker der Welt, im Namen all jener besten Menschen von uns, die mit dem Glauben gefallen sind, daß Friede sein, daß unser Land aufblühen und daß die Menschheit sich entwickeln, daß sie vorwärtsschreiten wird.

Wir wenden uns an alle Mütter der Welt im Namen aller Sowjetmütter, im Namen der Sowjetjugend, im Namen der Jugend aller Länder der Welt. Wir wissen, daß kein Volk auf Erden einen Krieg will. Wir begreifen das sehr gut. Wir wissen, wo unser Feind steht, wir wissen, wer die Kriegsbrandstifter sind. Sie sind nicht das Volk, sondern jene, die das eigene Volk versklaven wollen.

Wir wenden uns an alle Völker der Welt mit dem Appell: Schließt die Reihen der Friedenskämpfer! Der Kampf für den Frieden ist ein Kampf, in dem wir gesiegt haben, ist ein Kampf, in dem wir siegen werden, denn unser ist die Kraft und unser ist die Wahrheit, denn in diesem Kampf führt uns der gleiche Mann, der die Menschheit vor dem Untergang gerettet hat: Genosse Stalin! (Stürmischer Beifall.)

Rede GABRIEL d'ARBOUSSIERS

Generalsekretär der Demokratischen Vereinigung Französisch-Zentralafrikas,
Vizevorsitzender des Ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger

Zu Beginn seiner Rede verliest Gabriel d'Arboussier folgendes Begrüßungsschreiben des Ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger an die Unionskonferenz der Friedensanhänger:

„Liebe Freunde!

Wir beglückwünschen Euch und danken Euch für diese eindrucksvolle Demonstration des einmütigen Friedenswillens, der die Völker Eurer erhabenen, gewaltigen Großmacht und ihre politischen, sozialen und kulturellen Organisationen beseelt.

Wir beglückwünschen Euch und danken Euch, da gerade der Friedenswille, den die Sowjetunion durch ihre ganze Tätigkeit erwiesen hat, die Hauptquelle des wachsenden Einflusses des Weltkongresses auf die Menschheit ist. *Es gibt mehr Anhänger des Friedens als Feinde des Friedens! Die Kräfte des Friedens sind stärker als die Kräfte des Krieges!* (Beifall.)

„Während die Durchführung des Atlantikpakts sowie die ungeheuerliche Vorbereitung eines neuen Krieges gegen Euch und alle freiheitliebenden Völker die Völker aller Länder mit Ruin und Vernichtung bedroht, neigen alle Friedensanhänger das Haupt vor den unsagbaren Verlusten, die Eurem Land durch den aggressiven Krieg zugefügt wurden, und vor den gewaltigen Opfern, die Ihr gebracht habt, um die ganze Welt vom Faschismus zu befreien.

Die Völker wissen die unbeugsame Weisheit, die Beharrlichkeit und die Wirksamkeit des Friedenskampfes, den die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und ihre Regierung unter der Leitung von Generalissimus Stalin führen, gebührend zu schätzen.“ (Beifall.)

„Liebe Freunde! Im Namen von hundert Millionen Männern und Frauen, die sich schon vereinigt haben und in der ganzen Welt für den Frieden kämpfen, begrüßen wir mit Stolz Eure Konferenz. Gemeinsam mit Euch und mit allen Völkern verurteilen wir die Kriegshysterie. Gemeinsam mit Euch und mit allen Völkern verurteilen wir die sowjetfeindlichen Kriegsbündnisse. Gemeinsam mit Euch und mit allen Völkern fordern wir das Verbot der Atomwaffe und die gleichzeitige Herabsetzung der Streitkräfte der Großmächte. Gemeinsam mit Euch und mit allen Völkern kämpfen wir für die nationale Unabhängigkeit und für die friedliche Zusammenarbeit aller Nationen, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Gemeinsam mit Euch und mit allen Völkern wird die Menschheit die Schlacht um den Frieden, die Schlacht um das Leben gewinnen.“ (Beifall.)

Im weiteren führt Gabriel d'Arboussier aus:

Nachdem ich die mir übertragene ehrenvolle Pflicht erfüllt habe, dem Sowjetvolk, das ihr hier vertritt, den Gruß der Friedensanhänger

aller Länder zu überbringen, gestatte ich mir, einige Worte im Namen der Völker meiner Heimat, Afrikas, hinzuzufügen, im Namen der Völker, die noch vom Imperialismus in Ketten geschlagen sind, sich aber schon gegen seine Herrschaft erheben. Deswegen ist der Brudergruß, den ich euch im Namen von Millionen Negern unserer Länder überbringe, der Gruß von Kampfesbrüdern an die Völker eurer ruhmreichen Sowjet-Heimat, an die Völker des großen Lenin, des großen Stalin, deren Namen über die Meere, durch die Wüsten und Wälder unserer Länder gelogen sind. (Beifall.)

Ja, Genossen, es ist ein Gruß von Kampfesbrüdern, da sich die Völker Afrikas gleichfalls erhoben haben, um die Freiheit zu erobern, und da ihr Kampf selbstverständlich gegen die Unterdrücker, d. h. gegen den Imperialismus gerichtet ist. Deswegen ist er ein Kampf für den Frieden. An Hand der Erfahrungen zweier Weltkriege haben sich unsere Völker davon überzeugt, daß die Freiheit wie der Frieden unteilbar ist. Sie wissen, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker das einzige feste Fundament für den Frieden ist. Deswegen haben die Männer und Frauen Zentralafrikas sich dem großen Kampf für den Frieden angeschlossen, den alle Völker mit den Völkern eures Landes an der Spitze führen. (Beifall.)

Vergeblich fabrizieren die Reaktionäre aller Schattierungen alle möglichen Verleumdungen über die Sowjetunion. Sie verlieren nur Zeit. Ein Sprichwort unseres Volkes sagt: Die Wahrheit gleicht der aufgehenden Sonne; erscheint sie am Himmelszelt, so kann man nicht mit der Handfläche ihre Strahlen abwehren. Ja, Genossen, keine Handfläche kann die großartigen friedlichen Errungenschaften der Sowjetmenschen, der Arbeiter, der Kolchosbauern, der Wissenschaftler

und Künstler, oder die unsterblichen Siege der Kämpfer der Sowjetarmee bei Moskau, bei Stalingrad, bei Leningrad vor den werktätigen Massen der ganzen Welt verdecken. Keine Handfläche kann vor den versklavten Kolonialvölkern die Erfolge verdecken, die die früheren Kolonialvölker des ehemaligen Zarenreiches in der Sowjetunion erzielt haben. Keine Handfläche kann vor den Völkern des ganzen Erdballs den Friedenswillen der Sowjetunion verdecken. Es gibt keine solche Handfläche, mag sie selbst Truman oder Churchill gehören, die breit genug wäre, um vor allen Unterdrückten auf Erden die Sterne des Kremls zu verdecken, die Leitsterne der Sowjetmenschen auf dem Weg zum Fortschritt und zum Glück. (Beifall.) Das versichere ich eurer großartigen Konferenz im Namen der Millionen Männer und Frauen, die den Raum von der Wüste Sahara bis zum Ufer des Kongo bewohnen. (Stürmischer Beifall.)

Von dem großen Beispiel der Sowjetmenschen beseelt, wollen die Männer und Frauen unserer Länder nicht unter dem Joch des Imperialismus leben; sie glauben fest an die Solidarität der Völker des ganzen Erdballs und schließen sich in ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zusammen. Sie wissen, daß sie in diesem Kampfe zahllose Verbündete im demokratischen Lager haben, an dessen Spitze die große Sowjetunion steht. Deswegen ist meine Stimme die Stimme von Millionen Männern und Frauen meiner Heimat, Zentralafrikas, die laut aufrufen:

Es lebe die Unionskonferenz der Friedensanhänger! (Beifall.)

Es lebe die ruhmreiche und mächtige Sowjetunion, das Land Lenins und Stalins, das Bollwerk des Friedens und der Brüderlichkeit der Völker! (Stürmischer Beifall.)

Rede A. KANAPINS

Sekretär des Zentralkomitees des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes Kasachstans.

Das antidemokratische Lager mit den USA-Imperialisten an der Spitze kämpft offen gegen den Sozialismus und die Demokratie, bereitet einen neuen Krieg vor, zimmert militärisch-politische Blocks und Bündnisse gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratie, gegen alle freiheitsliebenden Völker.

Aber die Völker der Welt wollen keinen Krieg. Millionen einfacher Menschen äußern ihren Haß gegen die Kriegsbrandstifter, ihren unbeugsamen Willen, einen dauerhaften und lang währenden Frieden zu erkämpfen.

Unsere von dem großen Stalin geführte Sowjet-Heimat betreibt fest und unbeirrbar die Politik des Friedens.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution hat der Lage ein Ende gemacht, bei der die Völker der früheren Randgebiete des zaristischen Rußlands nichtgleichberechtigt und unterdrückt waren, und die Werktätigen Mittelasiens und Kasachstans auf die Bahn des freien und glücklichen Lebens geführt.

Als Vertreter des wiedergeborenen kasachischen Volkes kann ich mit Stolz davon berichten, wie Kasachstan aufblüht.

Kasachstan hat sich durch den Willen der bolschewistischen Partei und mit Hilfe des großen russischen Volkes in eine Republik der Industrie und der Kolchose verwandelt. Bei uns sind größte Industriebetriebe errichtet worden, neue Eisen-

bahnlinien überqueren die Weiten der Republik. In den Kolchosdörfern und Aulen sind jetzt zehntausende Traktoren und Combines in Betrieb. Die weitgehende Mechanisierung in den Kolchosen hat zu einem nie dagewesenen kulturellen Wachstum der Werktätigen in den Dörfern und Aulen beigetragen.

Kasachstan mit seinen unermeßlichen Natur-schätzen, seiner stürmisch wachsenden Industrie, seiner großen sozialistischen Landwirtschaft und Viehzucht, liefert dem Lande Kohle, Metall, Erdöl, Getreide, Baumwolle und kolossale Mengen von Viehzuchtprodukten.

Der materielle Wohlstand des kasachischen Volkes ist unermeßlich gestiegen, seine der Form nach nationale, dem Inhalt nach sozialistische Kultur herrlich aufgeblüht.

Die kasachische Jugend genießt all das Gute, was die Partei und die Regierung geschaffen haben, um sich zu vervollkommen und allseitig zu entwickeln, um die fortgeschrittene Wissenschaft, Technik und Kultur zu meistern.

Es gibt in Sowjetkasachstan keinen jungen Mann und kein junges Mädchen, die nicht eine bestimmte Bildung genossen hätten oder in dieser oder jener Unterrichtsanstalt lernten. Allein in den Schulen des Volksbildungsministeriums der Kasachischen SSR lernen mehr als eine Million Schüler.

Unter aktivster Beteiligung der Jugend werden in der Republik die größten Bauten des Nachkriegsfünfjahrplans, neue Bergwerke, Eisenbahnen, Wasserkraftwerke, Erdölbohrstellen und zahlreiche andere Betriebe errichtet.

Das kasachische Volk hat alle seine Erfolge der Sowjetregierung, der bolschewistischen Partei, dem geliebten Führer, Genossen Stalin, zu verdanken. (Beifall.)

Das kasachische Volk, das von friedlicher

schöpferischer Arbeit in Anspruch genommen ist, verfolgt mit Entrüstung die Ränke der Kriegsbrandstifter aus dem reaktionären imperialistischen Lager. Die Werktätigen Kasachstans sind gleich den anderen Völkern der Sowjetunion und den Völkern der ganzen Welt erfüllt von der Entschlossenheit, beharrlich für einen dauerhaften Frieden und für die Völkerfreundschaft, gegen die Brandstifter eines neuen Krieges zu kämpfen.

Mögen die Kriegsbrandstifter wissen, daß ihrer das unrühmliche Los Hitlers und seiner Clique harret, wenn sie es wagen sollten, ein neues Gemetzel anzuzetteln.

Wir wollen keinen Krieg und kämpfen für den Frieden, fürchten uns aber nicht vor den Drohungen der Aggressoren.

Ich kann hier vor diesem repräsentativen und bedeutsamen Forum erklären, daß das kasachische Volk, daß die kasachische Jugend jederzeit bereit sind, auf den Ruf der Sowjetregierung, auf den Ruf unseres geliebten Führers, Genossen Stalin, hin einzutreten für die Ehre, die Freiheit und die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, für unser Leben und unser Glück, das wir durch Arbeit und Blutopfer errungen haben. (Beifall.)

Die von dem großen Stalin geführte Sowjetunion marschierte und marschiert in der Vorhut der Kämpfer für den Frieden, für die Völkerfreundschaft, für die Demokratie, für den Sozialismus; in dieser Vorhut wird sie auch künftig marschieren.

Es lebe und erstarke der Weltfriede!

Es lebe unser großes Heimatland, das Bollwerk und die Hoffnung der gesamten fortschrittlichen Menschheit im Friedenskampf!

Es lebe der große Führer der Werktätigen der ganzen Welt, unser geliebter, unser teurer Genosse Stalin! (Stürmischer Beifall.)

Rede M. A. SCHOLOCHOWS

Schriftsteller

Genossen Delegierte!

Ihr, meine lieben Landsleute und Genossen im Kampf für die Idee, jene höchste Idee der Menschheitsgeschichte, die uns vereint und vorwärtsführt...

Genossen Auslandsgäste, die ihr uns mit Herz und Gewissen so nahe seid!

Es ist kein Redner, der zu euch spricht, sondern ein Schriftsteller, gewohnt des Umgangs mit einfachen Menschen.

Entschuldigt meine schlichte Sprache, begreift aber auch etwas anderes: wenn das Leben dich anruft im Namen des Lebens, so beginnt selbst ein Mensch zu sprechen, dem Beredsamkeit nicht gegeben ist...

Das große, das größte aller Länder der Welt, unsere Mutter, unsere Heimat, die adlergleich einhundertelf Völkerschaften unter ihren mächtigen Schwingen schützt, hat uns hierher berufen, auf daß wir im Namen der Völker die zornigen Worte der absoluten Absage an alle sprechen, die einen neuen Krieg entfesseln wollen. Unter uns, die wir hier versammelt sind, ist wohl nicht einer, der keine Nächsten verloren hätte, der nicht im Herzen Wunden trüge, die der letzte Krieg schlug...

Die Kapitalisten und ihre Handlanger bereiten einen neuen Krieg vor. Um des Profits, um des eigenen viehischen Wohlergehens willen sind sie bereit, unsere Kinder, uns selbst dem Untergang auszuliefern.

Niemals wird das gelingen! (Beifall.)

Jeder, der sich müht, der sich durch ehrliches Schaffen das Recht auf ein liches Leben verdient, sagt mit entschlossener Stimme: „Wir wollen Frieden!“

Das haben die Völker auf den Friedenskongressen erklärt...

Möge es all jenen, die sich noch mit der Absicht fragen, ihr Wohlergehen auf Kosten des Bluts der werktätigen Menschheit aufzubauen, eine entschiedene Warnung sein, daß ihr Vorhaben mißlingen wird!

Kein ehrlicher englischer oder amerikanischer Soldat, kein ehrlicher Soldat in Uniform überhaupt wird gegen seine Nächsten kämpfen, die für ihn nur eins wollen: ein glückliches Menschenleben!

Mögen jene, die einen neuen Krieg entfesseln wollen, daran denken, daß das Gericht der Völker das strengste aller Gerichte ist.

Wir blicken mit hellen Augen in die Welt und in unsere Zukunft. Wir glauben wie kein anderer an unsere Zukunft...

In dem Lande, in dem es keine Trennung gibt zwischen geistiger und körperlicher Arbeit, begegnen sich alle Menschen schlicht und herzlich.

Ich möchte euch jetzt zum Schluß von einer Begegnung mit einem jener „einfachen Menschen“ erzählen, über die die Herrschaften vom Schlage Churchills nicht reden.

Es war einfach ein Traktorist, ein schlichter Mensch unseres Landes. Er hatte ehrlich gekämpft, hatte den Krieg bis Berlin mitgemacht, war während des Krieges viermal verwundet worden und immer wieder an die Front zurückgekehrt.

Und als wir über das Leben, über die Zukunft sprachen, da hörte ich von ihm den folgenden Satz:

„Ich habe breite Schultern und die Sowjetunion hat sie auch. Wir werden alles aushalten.“

Wir haben das Allerheiligste, unser Heimatland, unsere Mutter mit den mächtigen Adlerschwingen, wir haben auch einen Bergadler, dem nicht nur unsere unendlich liebevollen und rückhaltlos ergebenden Blicke, sondern auch die Augen der gesamten werktätigen Menschheit zugewandt sind.

Und ihr wißt doch, liebe Genossen, mit Vater und Mutter werden wir schon durchkommen! Unser Leben und unsere Zukunft hängen nur von uns selber ab!... (Stürmischer Beifall.)

Rede A. A. CHORAWAS

Volksschauspieler der UdSSR (Georgische SSR)

Gestatten Sie, daß ich Ihnen und durch Sie allen Brudervölkern unseres großen Heimatlandes im Namen und im Auftrag des georgischen Volkes heiße Grüße überbringe. (Beifall.)

Im Laufe seiner langen Geschichte hatte das georgische Volk seine Heimat oft vor fremdländischen Eindringlingen zu beschützen, die es nach den Schätzen unseres Landes gelüstete. Der Boden meiner Heimat ist durchtränkt von den Tränen und vom Blut seiner Söhne und Töchter. Aber es gab keine Eindringlinge, die das georgische Volk nicht früher oder später vom Boden seiner Heimat vertrieben hätte.

Nachdem Georgien Sowjetrepublik geworden war, gewann es seine Eigenstaatlichkeit und seine Unabhängigkeit. Lenin und Stalin, ihrem genialen Weitblick und ihrer Weisheit haben die Völker des ehemaligen Rußlands es zu verdanken, daß ihnen ein neues, liches Leben in Wohlstand zuteil geworden ist, daß sie nunmehr für sich selbst arbeiten und das Glück freier Arbeit erkannt haben.

Sowjetgeorgien ist unter der Führung der Kommunistischen Partei, mit Unterstützung der Brudervölker und dank der gewaltigen uneigenützigen Hilfe des großen russischen Volkes zu einer blühenden Unionsrepublik geworden, einer Republik mit mächtiger Industrie und Land-

wirtschaft und einer hochentwickelten Kultur. An all das konnten wir früher in unserer vielhundertjährigen Geschichte nicht einmal im Traume denken.

Die ganze Geschichte meines Volkes ist in diesem oder jenem Grad typisch für alle großen und kleinen Völker unserer Sowjetunion.

Unser Volk ist ebenso wie das ganze zweihundert Millionen zählende Sowjetvolk hingerissen von der schöpferischen Arbeit, die in unserem Lande Ruhm und Ehre genießt. Unser Volk denkt nicht an Krieg, nicht an die Eroberung fremden Gebiets, nicht an die Unterjochung von Völkern, sondern es strebt danach, friedlich, in Kultur und Schönheit zu leben.

Mit jedem Tage gemeinsamer Arbeit und gemeinsamen Schaffens erstarken die Bande der untrennbaren, wahrhaft Stalinschen Völkerfreundschaft. Sie ist die Seele unserer Kultur. Die Partei erzieht uns im Geiste der größten Achtung vor den anderen Völkern. Gerade deswegen kämpfen wir gegen die bürgerlichen Nationalisten, die Prediger der Exklusivität dieser oder jener Nation, und gegen die vaterlandslosen Kosmopoliten, die ihr Volk nicht achten.

Ebenso leben und schaffen alle Brudervölker in der Sowjetunion.

Die Sowjetmenschen lieben ihre Heimat heiß und achten die anderen Völker. Wir lieben die

Sowjetunion, wie nur eine Tochter oder ein Sohn die Mutter liebt, denn unser Heimatland sorgt für jeden von uns, wie nur eine Mutter für ihre Kinder sorgen kann. Den Kriegsbrandstiftern ist es nicht gegeben, diese Gefühle zu verstehen.

Die Truman, Acheson, Bevin, Moch und ihresgleichen haben die Worte Heimat, Ehre, Patriotismus, Mensch, Brüderlichkeit, Unabhängigkeit, Freiheit, Zivilisation, Freundschaft, Liebe, Wahrheit und Zukunft schon längst aus ihrem Wortschatz gestrichen. Sie haben ihn mit den Worten Spionage, Provokation, Sabotage, Blut, Zerstörung, Finsternis, Galgen, Kerker, Massaker, Meineid, Sklaverei bereichert. Ihre Parole lautet: Alles, was mein ist, ist mein, und alles, was dein ist, ist mein.

Um des Lebens, um der Menschenliebe, um der einfachen Menschen der Welt, um der Zivilisation willen ist das Sowjetvolk im Kampf um den Frieden an die Spitze der ganzen friedliebenden Menschheit getreten.

Die ehrlichen, die besten Männer der Wissenschaft, der Literatur, der Kunst, hunderte Millionen einfacher Menschen erweisen, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit und ihren religiösen Überzeugungen, den Kriegsbrandstiftern eine mächtige Abwehr.

Werte Genossen! Um der Zivilisation, um der Menschheitszukunft, um des Lebens von hunderten Millionen Menschen in der ganzen Welt, um des Glücks unserer Kinder, um des Menschen, um der Sache Lenins-Stalins willen werden wir unsere Reihen noch enger, noch fester um unsere

teure Kommunistische Partei, unsere Sowjetregierung, um unser heißgeliebtes Heimatland, um den Bannerträger des Friedens und des Glücks der Werktätigen in der ganzen Welt, um den großen Lehrer, Genossen Stalin, zusammenschließen. (Beifall.)

Beste Vertreter der schöpferischen Arbeit und Wissenschaftler der ganzen Welt! Stellen wir unsere Inspirationen und unser Denken in den Dienst des Volkes!

Ich rufe alle Vertreter der geistigen und schöpferischen Arbeit, alle Friedenskämpfer auf, durch ihr Schaffen erbarmungslos die niederträchtigen Absichten der Weltherrschaftsanwärter zu enthüllen, die Kriegsbrandstifter zu entlarven, ihre Stimme gegen die verbrecherischen Ränke und Machenschaften der Monopoltruste und deren Lakaien zu erheben, die Soldschreiber und Prediger des Menschenhasses zu geißeln.

Seien wir eingedenk unserer großen Verantwortlichkeit gegenüber unseren Völkern, die uns hervorgebracht, die uns genährt, die uns erzogen haben und deren Vertreter wir sind.

Es lebe der Weltfrieden!

Es lebe die Stalinsche Völkerfreundschaft!

Es lebe die Zuversicht und die Hoffnung der ganzen werktätigen Menschheit, der Freund der Völker, unser lieber Vater, Lehrer und Führer, der große Stalin! (Beifall.) Ruhm seinen unsterblichen Taten!

Den Feinden des Friedens und der Menschheit zum Schrecken und den Werktätigen zum Glück lebe er lange Jahre, unser Genosse Stalin! (Stürmischer Beifall.)

Rede L. J. BOBOCHODSHAJEWS

Verdienter Arzt der Tadshikischen SSR

Werte Genossen! Heute hält es jeder von uns für seine heilige patriotische, internationale Pflicht, von dieser Tribüne der Unionskonferenz der Friedensanhänger im Namen des Sowjetvolkes unsere Bereitschaft kundzutun, mit allen Kräften für den Frieden und die Unabhängigkeit der Völker einzustehen. Gestatten Sie, daß ich dies auch im Namen des tadshikischen Volkes erkläre.

Das tadshikische Volk ist ebenso wie alle Völker der Sowjetunion von brennendem Haß gegen die Brandstifter eines neuen Krieges erfüllt. Die Arbeiter, Kolchosbauern, die Intelligenz Tadshikistans haben nur einen heißen Wunsch: selbstlos zu schaffen, auf daß unser friedliches, geliebtes sozialistisches Heimatland gedeihe.

Das tadshikische Volk hat am eigenen Leib erfahren, was die Raubpolitik des Diehards Churchill bedeutet. Nachdem das aufständische Volk

den verhaßten Emir von Buchara gestürzt hatte, schickten die englischen Kolonisatoren, die es gewohnt sind, in fremden Ländern wie im eigenen Hause zu schalten und zu walten, die Banden der Basmatschen zu uns. Diese verachtungswürdigen Söldlinge des englischen Imperialismus verwüsteten unser Land und mordeten seine Menschen. Aber das blutdürstige imperialistische Abenteuer Churchills und seiner Kumpane erlitt ein völliges Fiasko. Mit Hilfe des großen russischen Volkes gingen die Werktätigen Mittelasiens aus dem Kampf mit den Agenten des Imperialismus als Sieger hervor.

Das tadshikische Volk lebt friedlich und glücklich in seinem Sowjetvaterland. Ende dieses Jahres feiern wir den zwanzigsten Jahrestag der Bildung unserer Republik, an dem unser Volk das Fazit der glänzenden Siege zieht, die unter der Führung der großen Partei Lenins-Stalins, unter der Leitung unseres großen Führers und

Freundes, des großen Stalin, erzielt wurden. (Beifall.)

Tadschikistan ist in den Jahren der Sowjetmacht zu einem Lande der sozialistischen Großindustrie und der kollektivwirtschaftlichen Landwirtschaft geworden. In unserem Land wurden die Metall-, die Baumwollverarbeitungs- und die Lebensmittelindustrie wie auch andere Industriezweige geschaffen, an die wir früher nicht einmal im Traume denken konnten.

Der wichtigste Wirtschaftszweig unserer Republik ist die Baumwolle. Dank der Anwendung der Mitschurinschen agrobiologischen Wissenschaft und mit Hilfe der modernsten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, die uns der Sowjetstaat liefert, bauen unsere Kolchose mit jedem Jahr mehr Baumwolle, technische Nutzpflanzen und Getreide an.

Mit jedem Jahr wächst der Reichtum der Kolchose, werden die Kolchosbauern wohlhabender. Im Jahre 1948 stiegen die Grundeinkünfte der Kolchose im Vergleich zu 1940 auf das 3,5fache. In den Kollektivwirtschaften werden neue Häuser errichtet, neue Siedlungen angelegt.

In unserer Republik wurden allein im Jahre 1948 in den Kolchosen 5000 neue Häuser, 105 Schulen, 188 Klubs, 172 Bibliotheken und 31 Kraftwerke gebaut. Es gibt jetzt bei uns keinen Rayon und keine Siedlung mehr, in denen es nicht Schulen, Sanitätsstellen und Krankenhäuser gäbe. Jetzt ist fast die ganze Bevölkerung der Republik lese- und schreibkundig, und jedem Tadschiken steht der Weg zur Hochschulbildung offen.

Wir wissen, was die Imperialisten im Schilde führen. Sie wollen unserem Aufblühen ein Ende machen, unsere Paläste zerstören, unsere Kultur

vernichten. Sie träumen davon, unser blühendes sonniges Land in ihre Kolonie zu verwandeln. Doch das wird ihnen niemals gelingen.

Genossen! Das tadschikische Volk lebt wie alle Völker unseres unermesslichen Heimatlandes frei und glücklich in seinem sozialistischen Vaterland. Es haßt den Krieg, wie ihn alle Völker der Sowjetunion hassen. Das Sowjetvolk steht für den Weltfrieden ein.

Mit dem teuren Namen des großen Stalin auf den Lippen arbeitet das tadschikische Volk jetzt gemeinsam mit den anderen Brudervölkern der Sowjetunion.

Der Krieg ist der Natur des freien Sowjetmenschen zuwider. Nur Tiere in Menschengestalt können jetzt, wo die Tränen der Mütter noch nicht getrocknet, die Wunden noch nicht verheilt, die vom Kriege verursachten Zerstörungen und Entbehrungen noch in frischer Erinnerung sind, wiederum zum Kriege aufrufen.

Mögen die Brandstifter eines neuen Krieges daran denken, daß wir Friedensfreunde stark und entschlossen genug sind, um allen und jeglichen Kriegsbrandstiftern das Genick zu brechen.

Das tadschikische Volk wird ebenso wie alle Völker der Sowjetunion als Antwort an die Brandstifter eines neuen Krieges seine Arbeits-taten mehren, um unsere sowjetische Großmacht noch herrlicher, noch stärker zu machen.

Es leben die Friedensverteidiger in der ganzen Welt!

Es lebe der beste Freund des tadschikischen Volkes, der flammende Kämpfer um den Weltfrieden, unser Führer und Lehrer, der große Stalin! (Beifall.)

Rede MAGDA JÓBORUS

Generalsekretärin des Ungarischen Bundes demokratischer Frauen

Verehrte Konferenzteilnehmer, teure Genossen und Freunde! Gestatten Sie, daß ich Ihnen die freundschaftlichen und kameradschaftlichen Grüße des werktätigen Volkes Ungarns überbringe. (Beifall.)

Den Auftrag, diese Grüße zu übermitteln, erhielten wir von unseren Arbeitern, Bauern und Intellektuellen, von unseren Frauen und von unserer Jugend, deren Herzen erfüllt sind von aufrichtiger Achtung und Liebe, von tiefem Dank und von Vertrauen zu dem heldenmütigen Volk der Sowjetunion und seinem weisen Lehrer, zu dem großen Führer aller, die für Frieden, Fortschritt und ein besseres Leben kämpfen, zu Genossen Stalin. (Anhaltender Beifall.)

Werte Genossen! Das ungarische Volk steht auf Seiten jener, die für die Erhaltung des Friedens kämpfen.

Wir sind dem Appell des Pariser Kongresses an die für den Frieden kämpfenden Völker nachgekommen, eigene Landeskongresse zum Schutz des Friedens zu veranstalten. Nach dem Geist und dem Sinn dieses Appells haben wir Mitte Juni in Budapest die ungarische Friedenskonferenz abgehalten. Auf dieser Konferenz brachten 500 Delegierte im Namen der Millionen unseres werktätigen Volkes wiederum ihre Treue für das von der Sowjetunion geleitete Lager des Friedens zum Ausdruck.

Die Konferenz wurde mit einer Kundgebung geschlossen, die auf dem Ludwig-Kossuth-Platz stattfand, wo mehrere hunderttausende Anwesende mit stürmischer Begeisterung ein Schreiben an Generalissimus Stalin annahmen. Es enthält die folgenden Zeilen: „Wir ungarischen Arbeiter, Bauern und Intellektuellen schwören

Ihnen im Namen unseres ganzen Volkes, daß wir fest und unerschütterlich im Lager des Friedens stehen werden. Wir schwören, daß wir in Zukunft ebenso wie bisher fest und entschlossen alle Angriffe und Provokationen der imperialistischen Kriegsbrandstifter und aller ihrer Agenten zurückschlagen werden, daß wir mit dem sich tarnenden inneren Feind erbarmungslos abrechnen werden.

Wir schwören, daß unsere Treue uns auch künftighin des Vertrauens unseres Befreiers und unseres Stützpfiebers, des großen Sowjetvolkes, der Freundschaft und der Achtung des großen Stalin würdig machen wird.“

Werte Genossen! Unser werktätiges ungarisches Volk hat allen Grund, einig und entschlossen auf seiten des Friedenslagers zu stehen. Wir Ungarn wissen, was Krieg bedeutet, und deswegen wissen wir den Frieden zu schätzen.

Zweimal im Leben einer Generation stürzte die reaktionäre Regierung Ungarns unser Volk in den Krieg auf seiten des imperialistischen Deutschlands.

Infolge der Verbrechen der ungarischen Reaktionäre verlor unser kleines Land im Weltkrieg verhältnismäßig mehr Menschenleben als England oder die USA.

Aber zum Glück des werktätigen ungarischen Volkes gibt es auf Erden die Sowjetunion! Mit Hilfe des heldenhaften Sowjetvolkes und der ruhmreichen Sowjetarmee erhielten wir den teuersten Schatz eines jeden Volkes — die Freiheit. Diese Freiheit und die ständige Unterstützung der Sowjetunion, die uns befreit hat, gaben uns die Möglichkeit, die vom Krieg verursachten Zerstörungen zu beheben, unser Heimatland wieder aufzubauen und im beharrlichen Kampf gegen die Reaktion in unserem Lande die Grundlagen des Sozialismus zu errichten.

Werte Genossen! Ich bin froh und glücklich, zu Ihnen in der Hauptstadt der erhabenen und ruhmreichen Großmacht sprechen zu dürfen, die die Quelle aller der von uns errungenen Erfolge, der treue Hüter der Freiheit und der Unabhängig-

keit in der ganzen Welt ist, in der Hauptstadt der Sowjetunion, Moskau.

Das ungarische Volk weiß jetzt richtig zu schätzen, was es der Sowjetunion zu verdanken hat. Wir betrachten jeden Sieg der Sowjetunion auf dem Gebiet des wirtschaftlichen oder kulturellen Aufbaus auch als Sieg des ungarischen Volkes und jedes demokratischen und friedliebenden Volkes der Welt. Alle diese Siege des Sowjetvolkes sind das Unterpfand des Weltfriedens. (Beifall.)

Werte Freunde! Das ungarische Parlament hat in diesen Tagen unter allgemeiner Freude und Begeisterung des gesamten ungarischen Volkes die neue Verfassung der Ungarischen Volksrepublik angenommen. Diese Verfassung würdigt die unsterblichen Verdienste des großen Sowjetvolkes um die Befreiung Ungarns vom Faschismus, um die Festigung der Volksdemokratie.

Ich bin überzeugt, daß jeder von uns klar die historische Rolle sieht, die die Sowjetunion im Kampf gegen die faschistische Barbarei im Interesse der Verteidigung des Weltfriedens spielt. Wir wissen, daß jegliche Wühlarbeit der Kriegsbrandstifter, der englisch-amerikanischen Imperialisten, und die Verrätertätigkeit der Titoclique vergebens sind. Vergebens sind auch alle Bemühungen der rechten Sozialdemokraten, dieser Lakaien des Imperialismus. Niemand und nichts wird verhindern können, daß die Völker der Welt mit dem Namen dessen für den Frieden kämpfen, der einem jeden werktätigen Mann und jeder werktätigen Frau ein treuer Freund, Führer und Lehrer ist, mit dem Namen des großen Stalin! (Beifall.)

Es lebe der schöpferische Frieden!

Es lebe die ewige Freundschaft des ungarischen und des sowjetischen Volkes!

Es lebe das brüderliche Kampfbündnis der für den Frieden kämpfenden Völker!

Es lebe der Leiter des gesamten, für den Frieden kämpfenden demokratischen Lagers, die mächtige Sowjetunion, es lebe ihr weiser Führer und Lehrer, Genosse Stalin! (Anhaltender Beifall.)

Rede A. S. ISSAAKIAN

Armenischer Schriftsteller

Werte Genossen! Als Mitglied der armenischen Delegation auf der hier, in der mächtigen Hauptstadt unserer großen Union, einberufenen Unionskonferenz der Friedensanhänger ist mir die Ehre zuteil geworden, euch den Gruß des armenischen Volkes überbringen und hier sein Denken und Fühlen über Krieg und Frieden darlegen zu dürfen.

Es sind nun bereits dreißig Jahre, daß die Armenische Sozialistische Sowjetrepublik sich mit Hilfe des großen russischen Volkes und der Bruderrepubliken entwickelt und alle Wohltaten der sowjetischen Ordnung genießt. Durch friedliche, schöpferische Arbeit heilte das armenische Volk die schweren Wunden, die ihm die Kriege und die blutigen Gemetzel von 1915—1920 geschlagen

hatten, baute es sein zerstörtes und verwüstetes Land wieder auf und entwickelt nun unter der Sonne der Lenin-Stalinschen Nationalitätenpolitik seine der Form nach nationale, dem Inhalt nach sozialistische Kultur.

Das armenische Volk hat aus der Geschichte der Völker überhaupt und aus seiner eigenen Geschichte im besonderen die unbestreitbare Weisheit, die Einsicht gewonnen, daß Kriege der gesamten Menschheit unvermeidlich zahllose Verluste, Verwüstungen und den Ruin bringen. Den kleinen Völkern aber bringen Kriege Untergang, Ausrottung und Tod. Nur der Frieden bedeutet Leben und alle Wohltaten des Lebens, bedeutet Licht und Glück.

Auch das armenische Volk, das wiederholt am eigenen Leibe alle Schrecken des Krieges zu spüren bekam, steht aufrichtig, mit Leib und Seele auf der Wacht des Friedens gegen den Krieg.

Heute droht man der Menschheit mit einem neuen, noch blutigeren Krieg.

Die USA-Imperialisten wetzen das Messer gegen die Sowjetunion, gegen die selbstlose Retterin der Völker vor der faschistischen Unterjochung, sie reißen Aufmarschgebiete an sich, erklimmen, von türkischen Generalen begleitet, auf der Suche nach der „Arche Noah“ den Gipfel des Ararat, bauen Militärflugplätze; sie versuchen, mit Dollargewalt die Völker zu versklaven und sie gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie aufzuhetzen. In Verfolgung ihrer verbrecherischen Pläne trachten die Imperialisten danach, die Welt in den Abgrund unsagbaren Elends zu stürzen, sie der Macht verderbnisbringender Kataklysmen auszuliefern. Mit Dollargewalt und um des Dollars willen!

Der USA-Imperialismus schätzt den Dollar höher als er wert ist. Der Dollar ist für die Wall Street etwas Mystisches, etwas Allmächtiges, ein Fetisch.

Aber der gleiche allmächtige Dollar ist nicht imstande, demokratische Völker zu bestechen, die den humanistischen Idealen ehrlicher Menschen huldigen.

Übrigens weiß das Amerika Trumans und Dulles' sich auch der Sprache Hitlers zu bedienen: es will der Welt eine „Neuordnung“, neue Sitten, eine neue Weltanschauung beschere. Woher nimmt es die Tafeln der neuen Gebote? Vielleicht aus den Banken der Milliardäre? Aus den Safes der Monopolherren? Aus dem Kodex der Lynchjustiz?

Es ist bekannt, daß man nur das geben kann, was man hat. Was hat Amerika?

Es gibt nichts, was das imperialistische Amerika der Welt geben könnte. Sein ganzer Besitz ist ein verrostetes Stück von Hitlers Schwert, das die Sowjetarmee schon vor vier Jahren zerbrochen hat.

Als ich geboren wurde, kannte die Welt weder Radio noch Kino. In meinem Leben aber sah ich die großen Taten des menschlichen Geistes, erstaunliche Entdeckungen der Medizin, lernte Automobile, Flugzeuge, Kino und Radio kennen.

Alle diese herrlichen Entdeckungen zeugen von der Herrschaft des menschlichen Geistes über die Natur, sie offenbaren den Sieg des Menschen über die Elementargewalten und verheißen der Welt Glück und Wohlstand.

Die amerikanischen Kriegsbrandstifter, die Aggressoren, bedrohen die schöpferische Arbeit der Völker, bedrohen die Freiheit der Völker, sie trachten gierig nach der Entfesselung eines neuen, noch fürchterlicheren Krieges, damit wieder Dutzende Millionen Menschen von Bomben zerrissen werden, damit wieder Hunger und Elend über friedliche Städte und Dörfer hereinbrächen und sie verwüsteten, damit die Welt sich wieder fülle mit Witwen und Waisen, damit es den Kapitalisten möglich sei, Profite einzustreichen, sich zu bereichern, zu befehlen und ihre imperialistische Herrschaft auf lange zu befestigen.

Wir wenden uns an alle Männer und Frauen des Erdballs, an Herz und Vernunft aller Demokraten und Humanisten, an alle, denen das Leben und der menschliche Geist teuer sind!

Wir rufen sie auf, sich um die Weltbewegung der Friedensanhänger zusammenzuschließen!

Wir fordern alle demokratischen und freiheitsliebenden Völker auf, zusammen mit dem mächtigen Friedensverteidiger, mit der Sowjetunion, gegen die Bande der Kriegsbrandstifter zu kämpfen, ihnen nicht zu erlauben, ihr Spiel mit dem Schicksal der Völker zu treiben, ihnen nicht zu gestatten, die Menschheit in ein neues Blutvergießen und in neue Verheerungen zu stürzen.

Wir wollen Frieden, weil wir die Menschheit lieben, weil wir unsere Mütter und Kinder lieben. Wir fordern den Frieden, und mögen die Kriegsbrandstifter wissen, daß wir imstande sein werden, sie zur Reason zu bringen, wenn sie nicht auf die Stimme des Gewissens und der Vernunft zu hören wünschen.

Wir setzen ihren finsternen Kräften den unerschütterlichen Siegeswillen hunderter Millionen von Menschen für den Weltfrieden entgegen. (Beifall.)

Rede N. F. KATSCHNOWAS

Vorsitzende des Moskauer Gebietskomitees der Gewerkschaft
der Konfektions- und Trikotagenarbeiter

Ich überbringe den Delegierten der Unionskonferenz der Friedensanhänger heiße Grüße der Arbeiterinnen der Leichtindustrie Moskaus und des Moskauer Gebiets. (Beifall.)

Genossen! In unserem Lande wird eine erhabene schöpferische Arbeit geleistet. Unser ganzes Volk ist vom Pathos friedlichen Schaffens erfüllt. Gemeinsam mit den Bergarbeitern und den Hüttenarbeitern, den Eisenbahnern und den Werktätigen der Felder, den Erbauern von Maschinen und von Wohnungen kämpfen die Arbeiter aller Zweige der Leichtindustrie selbstlos für die vorfristige Erfüllung des Stalinschen Nachkriegsfünfjahresplanes.

Wir in der Leichtindustrie Tätigen setzen alle Kräfte daran, um die Lebensbedürfnisse der Sowjetmenschen, der mit friedlicher schöpferischer Arbeit beschäftigten Erbauer des Kommunismus, so vollständig wie möglich zu befriedigen.

Es ist bedeutsam, daß in den Jahren des Stalinschen Nachkriegsfünfjahresplanes gerade die Leichtindustrie, die die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt, um besonders fruchtbare Stachanowsche Neuerungen bereichert wurde.

Wir nennen mit Stolz unter den vorgeschrittenen Neuerern der Produktion die Namen von vielen Frauen: Maria Wolkowa, Ljubow Ananjewna, Klawdia Senowa, Polina Suchowerchowa, Jekaterina Sedowa, Natalja Jarygina, Maria Roshnewa, Lydia Kononenko und andere. Die Frau ist zu einem gewaltigen schöpferischen Kraftfaktor der Sowjetgesellschaft geworden.

Die werktätigen Frauen der Welt sehen in der Sowjetunion einen unerschütterlichen Kämpfer für den Frieden, für die Demokratie, gegen die Entfesselung eines neuen Weltgemetzels. Sie sehen in der Sowjetunion das Land, das erstmalig in der Geschichte die alten Träume der besten Geister der Menschheit von der völligen und wirklichen Gleichberechtigung von Frauen und Männern verwirklicht hat.

Als Funktionärin der Gewerkschaft der Konfektions- und Trikotagenarbeiter möchte ich über die Sorge sprechen, die Partei und Regierung der arbeitenden Frau angedeihen lassen.

Gewaltige Mittel der Sozialversicherung werden verausgabt, um unseren Frauen Heilung und Erholung in verschiedenen Gesundheitsstätten zu gewährleisten. Allein im vorigen Jahr genossen 32 000 Mitglieder unseres Verbands Sanatoriumskuren oder konnten Erholungsheime besuchen. Im genannten Jahr wurden für diesen Zweck

10,3 Millionen Rubel ausgegeben, im Jahre 1949 aber sind es rund 16 Millionen Rubel.

Die Gesundheitsstätten, in denen sich die sowjetischen Näherinnen und Trikotagenarbeiterinnen erholen, liegen in den malerischsten Winkeln der Sowjetunion, im Kaukasus, an der Küste des Finnischen Meerbusens, in der Ukraine und im Moskauer Gebiet. In 42 unserer großen Fabriken sind Nachtprophylaktorien eingerichtet worden, in denen die Arbeiterinnen in ihrer Freizeit sich erholen können und ärztliche Behandlung finden.

Im Rahmen des Sozialversicherungsbudgets verausgabt unsere Gewerkschaft in diesem Jahr für die Kindererholung rund 15 Millionen Rubel. 32 000 Kinder erholten sich in diesem Jahr in Pionierlagern.

Diese Tatsachen aus dem Leben unserer, hauptsächlich Frauen erfassenden Gewerkschaft sind nur eine der zahllosen Bekundungen der großen Stalinschen Sorge um die Frau, um die Mutter.

Genosse Stalin wies auf die große Bedeutung dieses Umstandes hin, „...weil die Frauen die Hälfte der Bevölkerung unseres Landes ausmachen, weil sie eine riesige Arbeitsarmee bilden, weil sie berufen sind, unsere Kinder, unsere künftige Generation, d. h. unsere Zukunft zu erziehen“. Die Sowjetfrau verteidigt als gleichberechtigtes Mitglied der sozialistischen Gesellschaft mit allen Kräften die lichte Zukunft ihrer Kinder. Sie schreitet in der Vorhut der internationalen Frauenbewegung, die für den Sozialismus, für die Demokratie, für einen dauerhaften Frieden, gegen die Kriegsbrandstifter kämpft. Und heute erklären wir Sowjetfrauen von der Tribüne der Unionskonferenz der Friedensanhänger noch und noch einmal: es gibt für uns nichts Freudevolles, als den Kampf um das weitere Aufblühen unserer Heimat, für die Zukunft unserer Kinder, als den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in unserem Lande.

Wir appellieren an alle Frauen der Welt, an alle Mütter, um der Freiheit des Volkes, um der Zukunft unserer Kinder, um der Sicherheit des Familienherdes willen: vereinigt eure Anstrengungen im Kampf für den Frieden. Will man den Frieden erhalten, so muß man ihn verteidigen.

Wir Frauen erheben uns alle wie eine zur Verteidigung des Friedens.

Es lebe der Weltfrieden!

Es lebe der große Freund und Lehrer der Sowjetfrauen, der teure und geliebte Josef Wissarionowitsch Stalin! (Stürmischer Beifall.)

Rede HO HUNGS

Vorsitzender der Obersten Volksversammlung Koreas

Werte Freunde! Gestatten Sie, daß ich im Namen des friedliebenden koreanischen Volkes die Konferenz begrüße und allen Teilnehmern dieser Konferenz, die in der großen Sowjetunion, dem unerschütterlichen Bollwerk des Friedens und der Demokratie in der ganzen Welt, tagt, heiße brüderliche Grüße überbringe. (Beifall.)

Gestatten Sie mir im Namen des befreiten koreanischen Volkes dem Befreier und wahren Freund unseres Volkes, dem größten Genius der Menschheit, Generalissimus Stalin, einen herzlichen Gruß zu überbringen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

In Korea, das dank den heldenhaften Anstrengungen der großen Sowjetunion befreit wurde, erstarkte und wuchs in den vergangenen vier Jahren parallel mit dem Kampf um die Unabhängigkeit und um den demokratischen Aufbau unseres Heimatlandes der Kampf zur Verteidigung des Weltfriedens.

Wir haben in Nordkorea nicht nur alle demokratischen Umbildungen von der Bodenreform an durchgeführt, sondern vermochten es auch schon, erfolgreich zwei volkswirtschaftliche Jahrespläne zu erfüllen, und in diesem Jahr sind wir an die siegreiche Ausführung eines Zweijahrplans zur Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft gegangen. Im vorigen Jahr haben unsere Arbeiter und Fachleute etwa 120, nach dem letzten Wort der Technik ausgerüstete große Industriebetriebe neu errichtet oder rekonstruiert.

Diese Erfolge wurden dank der brüderlichen Hilfe der großen Sowjetunion wie auch dank dem Umstand errichtet, daß unser Volk, das sich eng zusammengeschlossen hat um seinen Führer, um unseren Nationalhelden Kim Il Sung, in einigem Streben selbstlos zum Wohle seines Heimatlandes arbeitet.

Unser Volk weiß, daß das Sowjetvolk sein nächster und treuester Freund ist; es ist von dem tiefen Verständnis durchdrungen, daß nur die Festigung der engen Freundschaftsbände zwischen dem Volke der Sowjetunion und dem Volke Koreas den Weg zu einem unabhängigen, souveränen Korea eröffnet.

Eine ganz andere Lage besteht in dem von den USA-Imperialisten okkupierten südlichen Teil unseres Heimatlandes.

In Südkorea betreiben die amerikanischen Imperialisten den Kurs auf die Erdrosselung, auf die Vernichtung der einheimischen Industrie, um ihre Waren absetzen zu können, um unser Land in eine Kolonie, in ein militärisches Aufmarschgebiet zu verwandeln.

In den Jahren 1946 und 1947 wurden zwei Drittel aller Industriebetriebe Südkoreas stillgelegt, im Januar 1949 aber waren es bereits drei Viertel aller Betriebe. In Südkorea gibt es heute mehr als drei Millionen Arbeitslose.

Die Marionettenregierung Li Seung Mans tritt mit ihrer Politik des Terrors und der Ermordung von Patrioten des Heimatlandes in die Fußstapfen der hitlerfaschistischen Mordbuben. Die Kreaturen Li Seung Mans haben allein im Laufe der ersten sieben Monate des Jahres 1949 nahezu 53 000 Patrioten erschossen.

Heute hat das ganze koreanische Volk schon aus eigener Erfahrung die Überzeugung gewonnen, daß die USA-Imperialisten geschworene Feinde unseres Volkes sind, neue Landräuber, die an die Stelle der japanischen Imperialisten getreten sind.

Von den glänzenden Erfolgen der Demokratie in Nordkorea begeistert, erhebt sich das gesamte Volk Südkoreas zum Kampf, um die ausländischen Landräuber und ihre Kettenhunde vom Antlitz der Erde auszulöschen.

Die USA-Imperialisten und ihre Handlanger streben mit allen Kräften danach, unser Volk zu einem brudermordenden Krieg aufzuhetzen. Aber die demokratischen Kräfte entfalten sowohl im Norden als auch im Süden unseres Landes einen entschlossenen Volkskampf gegen dieses verbrecherische Unterfangen. Die am 27. Juni dieses Jahres geschaffene Demokratische Vaterländische Einheitsfront bildet den Ausdruck der Träume, der Hoffnungen und der Wünsche des gesamten, für Frieden und Einheit kämpfenden koreanischen Volkes.

Das koreanische Volk, das sich zum Kampf um die friedliche Vereinigung der Heimat und um die Sicherheit in seinem Lande erhebt, setzt gleichzeitig alle Kräfte an den Kampf für den allgemeinen Frieden und die Sicherheit, gegen die Brandstifter eines neuen Krieges. Am Landeskongreß der Friedensanhänger, der am 25. März d. J. stattfand, nahmen 1550 Delegierte von 31 Organisationen teil, die 12 Millionen Menschen vereinigen. Nach heißen und leidenschaftlichen Reden wurde ein Aufruf an das ganze koreanische Volk angenommen und ein Landeskomitee der Friedensanhänger gebildet.

Werte Freunde! Im südlichen Teil unseres Landes sind immer noch die amerikanischen Okkupanten. Wir kämpfen gegen sie und ihre Komplizen und glauben mit Bestimmtheit, daß dieser Kampf mit unserem vollen Siege enden wird. Unsere Aufgabe besteht darin, die amerikanischen

Okkupanten und ihre Handlanger aus unserem Lande zu vertreiben. Die Vertreibung der imperialistischen Eindringlinge aus unserem Lande wird nicht nur unser Sieg, sondern auch ein Sieg der demokratischen Kräfte der ganzen Welt sein. (Beifall.)

Gestatten Sie mir zum Schluß, der festen Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß die Unionskonferenz der Friedensanhänger in Moskau der Festigung der freundschaftlichen Verbindungen

zwischen den Völkern sowie der Enthüllung der Umtriebe der Brandstifter eines neuen Krieges dienen wird, und daß wir unter dem Banner des Friedens und der Freiheit vorwärtsschreiten werden zu neuen Siegen. (Beifall.)

Es lebe die Unionskonferenz der Friedensanhänger!

Es lebe der Befreier unseres Volkes, der Genius der Menschheit, der große Stalin! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Rede J. W. PEIVES

Professor, Rektor der Lettischen Landwirtschaftsakademie

Genossen! Gestatten Sie, daß ich die Unionskonferenz der Friedensanhänger im Namen der Werktätigen der Lettischen SSR begrüße. Die Werktätigen unserer Republik verfolgen mit größter Aufmerksamkeit das Tun der imperialistischen Aggressoren, die einen neuen Krieg anzetteln wollen und militärpolitische Blocks zu gemeinsamen Kriegshandlungen gegen die UdSSR und die Länder der Volksdemokratie organisieren. Die Organisatoren des Nordatlantikpakts kopieren die Methoden Hitlers und Mussolinis: sie schreien Zeter und Mordio über die kommunistische Gefahr, verleumdend die UdSSR und bereiten sich fieberhaft zum Kriege vor. Sie bauen Rüstungsbetriebe, stellen Atombomben und andere Waffen her.

Das lettische Volk, das die deutsche Okkupation erlebte, kennt alle Schrecken des Krieges gut, und deswegen sind wir Letten ebenso wie alle Sowjetmenschen daran interessiert, den Kriegsbrandstiftern nicht zu gestatten, ihre heimtückischen Absichten auszuführen.

Die Völker der UdSSR wollen den Frieden, sie bauen ein neues Leben auf und gehen unter der Führung ihres besten Freundes und Lehrers, des Genossen Stalin, zuversichtlich vorwärts auf dem Wege zum Kommunismus. (Beifall.)

Das lettische Volk haßt die Kriegsbrandstifter, die imperialistischen Räuber, und wenn nötig wird es imstande sein, für seine sozialistische Sowjetheimat einzustehen.

Das lettische Volk hat mit Hilfe der Völker der anderen sowjetischen Bruderrepubliken und in erster Linie des großen russischen Volkes, unter der Leitung der Kommunistischen Partei und bei tagtäglicher Unterstützung des Genossen Stalin im sozialistischen Aufbau bedeutende Erfolge erzielt.

Begeistert von den großen Ideen Lenins-Stalins, schonen die Werktätigen unserer Republik keine Kräfte, um erfolgreich die Aufgaben zu lösen, die ihnen die bolschewistische Partei, Genosse Stalin stellen. Die Werktätigen Sowjetlettlands kämpfen

für die Erfüllung des Fünfjahrplans in vier Jahren, in der Industrie und im Verkehrswesen der Republik sind zehntausende Stachanowarbeiter herangewachsen, kühne, unermüdliche Neuerer, die beharrlich für eine gesteigerte Produktion, für die Hebung ihrer Qualität, für die Einsparung von Rohstoffen, Materialien, Brennstoffen und Strom kämpfen.

In der Landwirtschaft der Republik haben sich Änderungen von gewaltiger geschichtlicher Bedeutung vollzogen. Die werktätige lettische Bauernschaft hat die Vorteile der großen sozialistischen Landwirtschaft vor der kleinen Einzelbauernwirtschaft erkannt. Gegen 83 Prozent aller Bauernwirtschaften Sowjetlettlands haben sich in Kolchosen vereinigt. Ihre Gesamtzahl in der Republik beträgt schon rund 4000.

Nur in der großen Bruderfamilie der Völker der UdSSR sind dem lettischen Volke alle Voraussetzungen für das Aufblühen seiner Wissenschaft, seiner Literatur, Kunst und Volksbildung gegeben. Die Intelligenz Lettlands beteiligt sich aktiv am sozialistischen Aufbau.

Auch die Hochschulen der Republik sind nach den Zerstörungen, die ihnen die hitlerfaschistischen Landräuber zugefügt haben, wiederhergestellt worden.

Im Jahre 1946 wurde in der Republik eine eigene Akademie der Wissenschaften gebildet, und in ihrem Bestand funktionieren jetzt 16 wissenschaftliche Forschungsinstitute, die fruchtbare Arbeit leisten.

Unsere Wissenschaftler, die Fleisch vom Fleisch und Bein vom Bein des Volkes sind, wirken in enger Verbindung mit dem praktischen Tun und dem Schaffen von Millionen Sowjetmenschen.

Unsere Republik hat auf dem Gebiet der Literatur und der Kunst bedeutsame Erfolge aufzuweisen.

Die Bühnenkunst Lettlands ist zu einem außerordentlichen Aufblühen gelangt. Die lettische Malerei und Musik steht in Blüte. In der Republik werden systematische Sängeriester veranstaltet.

an denen viele tausende Kolchosbauern, Arbeiter und Vertreter der lettischen Intelligenz teilnehmen. Es werden viele Bücher, Zeitungen und Zeitschriften herausgegeben. In lettischer Sprache erscheinen die Werke W. I. Lenins und J. W. Stalins, die die Werktätigen mit der Theorie des Marxismus-Leninismus ausrüsten.

Das lettische Volk wird nicht bei dem Erreichen verweilen und, weiter vorwärtsschreitend auf dem Weg, den uns die Kommunistische Partei und der große Stalin gewiesen haben, mit noch größerer Energie für die Weiterentwicklung unserer Industrie, für die Festigung unserer Kollektivwirtschaften, für das Blühen unserer Wissenschaft, Literatur und Kunst kämpfen.

Unsere Republik ist im Aufschwung begriffen. Das lettische Volk ist mit friedlicher Aufbauarbeit beschäftigt und daran interessiert, daß ein langer und dauerhafter internationaler Frieden erhalten bleibe. Das lettische Volk liebt sein Heimatland und wird alles tun, um die Macht unserer Sowjetunion, die auf der Wacht des Friedens steht und alle Ränke der Brandstifter eines neuen Krieges aufdeckt, noch mehr zu festigen.

Es lebe die Kommunistische Partei der Sowjetunion!

Es lebe der beste Vorkämpfer für den Frieden und das Glück aller Völker der Welt, unser großer Führer und Lehrer, Genosse Stalin! (Stürmischer Beifall.)

Rede J. D. BERNALS

Mitglied des Ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger, Professor (England)

Genossen und Freunde! Ich betrachte es als eine außerordentliche Ehre, diesen von dem großen, in seinem Kampf für den Frieden einigen Sowjetvolk einberufenen Kongreß im Namen der Weltföderation der Wissenschaftler begrüßen zu dürfen. (Beifall.)

In den kapitalistischen Ländern liegt das Schicksal der Wissenschaft in den Händen jener, deren Ziel darin besteht, Menschen um der Steigerung und Erhaltung ihrer eigenen Profite willen zu martern und zu vernichten. Das ist schon aus der Wahl der Waffen ersichtlich, die sie vorziehen: nicht die Waffen gleicher Gegner, sondern eine Waffe, die zur Zerstörung und Vernichtung von Städten und Feldern, zur Vergiftung von Frauen und Kindern bestimmt ist.

Aber nicht die Explosionen von Spreng- und Brandbomben haben das faschistische Deutschland gebrochen; das hat die heldenhafte Sowjetarmee getan. (Beifall.)

Japan wurde nicht von der Atombombe besiegt, sondern weil es begreifen mußte, daß die Kräfte der Sowjetunion überlegen sind. (Beifall.)

Es ist abscheulich, mehr noch, es ist eine Niedertracht, wenn Bradley sich offen brüstet, er habe sich als Zielscheibe speziell die Städte der Sowjetunion ausgesucht, Städte, die das Sowjetvolk mit so viel liebevoller Sorge und Energie aufbaute und wiederherstellte, nachdem es die übrige Menschheit vor den Schrecken des Faschismus errettet hatte. Von welchem Haß und welcher Furcht ist das Treiben der Kriegsbrandstifter durchdrungen!

In allen Ländern der kapitalistischen Welt beginnen die Wissenschaftler zu erkennen, mit welchen Methoden sie zur Vertiefung der Kriegsschrecken ausgenutzt werden. Die internationale Protestbewegung greift rasch um sich.

In den USA wird es bald so weit sein, daß es nur denen erlaubt sein wird, zu unterrichten und wissenschaftliche Forschungsarbeit zu betreiben, die jetzt offene Feinde der Sowjetunion sind und es auch immer waren. Großbritannien folgt den USA gehorsam auf diesem Wege.

Wo die Wissenschaft nicht für den Krieg ausgenutzt wird, dort wird sie für die Kolonialausbeutung verwendet, wie das im vierten Punkt der Botschaft des Präsidenten Truman an den Kongreß niedergelegt ist.

Es ist auch Tatsache, daß die Wissenschaft, solange der verfaulende Kapitalismus über sie verfügt, niemals zum Nutzen der Menschheit verwendet werden kann; sie kann nur zu gesteigerter Ausbeutung und zu größerer Arbeitslosigkeit sowie zu Krisen und zum Kriege führen. Es ist nicht erstaunlich, daß dieser Umstand in den kapitalistischen Ländern eine Reaktion gegen die Wissenschaft hervorruft, und dies sogar unter den Gelehrten selbst. Unter dem Kapitalismus vergiftet der Krieg die Wissenschaft.

Zur gleichen Zeit tritt das Bestreben zutage, die Wissenschaft vollständig abzulehnen und sie durch Mystizismus zu ersetzen, der leicht zum Obskurantismus der Nazis führen kann. Aus den USA hört man bereits den Aufruf zur Verminderung der Bevölkerungszahl in der Welt, ein Aufruf, der schließlich und endlich nur zu einer raffinierteren Abart von Hitlers Gaskammern führen kann.

Für die Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Handlanger gibt es keine Zukunft; sie sagen, die Zivilisation sei zum Untergang verurteilt, doch zum Untergang verurteilt ist nur der Kapitalismus. (Beifall.) Unter dem Kapitalismus fördert die Wissenschaft nicht das Glück, sondern die Zerstörung. Der Gelehrte hat seine Freiheit

verloren, er ist der Sklave seiner wahnsinnigen Herren.

Und wie soll es weiter werden? Die Antwort auf diese Frage höre ich hier in diesem Saal. Ich sehe sie auf den Straßen Moskaus, im Blühen der neuen Gärten und Parks, in dem gesamten gigantischen Aufbauprozeß, der in der Sowjetunion vor sich geht. Ich höre die Antwort auf diese Frage in der Rede des Mitglieds der Akademie der Wissenschaften Wawilow, in der Rede des Präsidenten der Usbekischen Akademie der Wissenschaften, in allen Reden der Vertreter der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie, Chinas und Koreas. Hier ist die Wissenschaft nicht mehr Dienerin der Kapitalisten. Hier ist sie Eigentum des ganzen Volkes. All das müssen die Völker um der Schönheit und des Glückes willen begreifen, die sie durch gemeinsame Anstrengungen aller Menschen erringen werden. (Beifall.)

Das Sowjetvolk ist stark, weil es weise ist, weil

es danach strebt, die besten Menschheitsträume zu verwirklichen. Gerade aus diesem Grund ist die Kraft der Sowjetmenschen nicht nur in ihren eigenen tapferen Herzen konzentriert, sondern auch in den Herzen hunderter Millionen von unterdrückten Menschen der ganzen Welt. Für diese Menschen seid ihr die Hoffnung, die sie dazu inspiriert, die Verzweiflung und die Unterdrückung zu besiegen, unter denen die ganze Welt im Kapitalismus zu leiden hat.

Deswegen bin ich so stolz, daß ich im Namen der Wissenschaftler und Kämpfer für den Weltfrieden meinen Gruß überbringen darf an das große Sowjetvolk, das durch seinen Heroismus die Wissenschaft gerettet und ihre Zukunft für die gesamte Menschheit sichergestellt hat, und daß ich gleichzeitig mit dem Volke seinen großen Führer, den Beschützer des Friedens und der Wissenschaft, Genossen Stalin, begrüßen kann. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Rede A. N. TIMONENS

Schriftsteller, Karelisch-Finnische SSR

Ich bin aus der Karelisch-Finnischen SSR gekommen. Das Volk unseres Nordlandes ist nicht weniger als die übrigen Brudervölker der Sowjetunion daran interessiert, daß Frieden auf der Erde sei.

Mein Volk hat die unsterblichen Runen der Kalewala geschaffen, die die Arbeit als Quelle des Reichtums und des Glücks der Menschen besingt, es hat unter der Führung der Partei Lenins-Stalins sein Sampo, sein Glück, errungen, und es weiß den Frieden zu schätzen und zu verteidigen. Es weiß, was der Krieg ist und was er den Völkern bringt.

Das karelische Volk hat mehr als einmal am eigenen Leibe die Schrecken des Krieges verspürt, die Leiden und die Unbilden, die er verursacht. Ich bin noch nicht alt, aber doch erinnere ich mich an vier feindliche Invasionen in meine Heimat. Zwei von diesen Invasionen half ich selbst abwehren.

Als ergreifendes Bild ersteht vor mir eines der vielen Kriegsoffer: die Familie eines karelischen Bauern, deren häuslichen Herd die weißen Finnen in kurzer Zeit dreimal zerstörten: in den Jahren 1918, 1921 und 1941. Der Vater dieser Familie fiel im Jahre 1921, als er Sowjetkarelien gegen die ausländischen Interventionen verteidigte, der Sohn starb den Heldentod in den Kämpfen mit den weißen Finnen im Jahre 1939 und die Tochter fiel 1942, in den Kämpfen für unser Sowjetheimatland gegen die hitlerfaschistischen Landräuber.

Wer heute auf der Tribüne der Konferenz seine Stimme gegen den Krieg erhebt, der spricht auch

im Namen dieser karelischen Familie. Wie groß aber ist die Zahl solcher Familien, solcher Kriegsoffer?

Die deutschen und die finnischen Landräuber, die von 1941 bis 1944 einen bedeutenden Teil des Territoriums der Karelisch-Finnischen SSR okkupierten, haben hunderte Dörfer und Städte bis auf die Grundmauern niedergebrannt und vernichtet. Sie haben mehr als 200 Industriebetriebe, die von Sowjetmenschen erbaut waren, zerstört.

Die unzähligen Opfer und Leiden des Sowjetvolkes, das auf seinen Schultern die ganze Bürde des Kampfes gegen den Faschismus getragen hat, sind ein Appell an das Gewissen aller Völker der Welt, wachsam zu sein, den um den Preis des Blutes von Millionen Menschen eroberten Frieden, die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker wie den Augapfel zu hüten, die Brandstifter eines neuen Krieges erbarmungslos zu entlarven.

Noch haben die Völker die Schrecken des zweiten Weltkriegs in frischer Erinnerung, doch schon wieder durchstreifen die blutigen Schakale der englisch-amerikanischen Reaktion die ganze Welt auf der Suche nach neuen Opfern, während die käufliche bürgerliche Presse eine neue Kriegspsychose, eine neue Kriegshysterie anfacht.

Die Einpeitscher und Brandstifter eines neuen Krieges halten ihre Wahnideen nicht verschlossen. Sie verbreiten sie tagtäglich mit Hilfe der Presse, des Rundfunks, des Kinos.

Deswegen klingen die Worte Julius Fučiks, des von den faschistischen Henkern hingerichteten

tschechischen Kommunisten und Patrioten — „Menschen, seid wachsam!“ — heute so leidenschaftlich, deswegen finden sie in den Herzen der einfachen Menschen der ganzen Welt einen solchen Widerhall.

Die Inspiratoren der finnischen Politik aus Übersee versuchen, das Volk Finnlands durch die rechten Sozialdemokraten vom Wege der Freundschaft und der gutnachbarlichen Beziehungen zur Sowjetunion abzudrängen.

Die breiten Massen des finnischen Volkes verstehen, wohin die verbrecherische Kriegspolitik führt. Sie wollen nicht mehr Spielzeug in den Händen der englisch-amerikanischen Imperialisten sein. Der Widerstand des Volkes erweitert sich. Mit jedem Tage wachsen die Kräfte der Demokratie. Die einfachen Menschen Finnlands überzeugen sich immer mehr davon, daß das Volk die Sache des Friedens selbst in die Hände nehmen muß.

Wir Sowjetmenschen sind mit friedlicher schöpferischer Arbeit beschäftigt. Wir erbauen unsere Werke und Fabriken, Schulen und Museen, die neuen Dörfer und die Kraftwerke auf dem Lande absolut nicht, um sie wieder in Kriegsflammen aufgehen zu lassen.

Genossen! Vor meiner Abreise nach Moskau

baten mich die Werktätigen der Karelisch-Finnischen Republik, den Konferenzdelegierten zu sagen, sie mögen im Namen des gesamten sowjetischen Vielmillionenvolkes die Brandstifter eines neuen Krieges brandmarken und mit lauter Stimme den unbeugsamen Willen der Sowjetmenschen kundtun, für den Frieden und die Sicherheit der Völker zu kämpfen. Jeder, der auf dieser Tribüne seine Stimme erhebt für die treue Völkerefreundschaft, für die Verteidigung des Friedens, spricht im Namen der einfachen Menschen, im Namen des sowjetischen Zweihundertmillionenvolkes. Mögen alle ehrlichen Menschen unsere Stimme vernehmen. Wir wollen keinen Krieg und rufen dazu auf, für den Frieden zu kämpfen. Mögen die Brandstifter und Einpeitscher eines neuen Krieges wissen, daß wir nicht mit der Stimme der Schwachen vom Frieden sprechen, daß wir jetzt stärker sind als je zuvor, daß wir alles haben, um den Frieden und das Glück der Menschheit zu behaupten. Mit uns sind alle ehrlichen Menschen aller Länder!

Es lebe die Sowjetunion, das Bollwerk des Friedens und der Sicherheit der Völker!

Es lebe der Führer und Lehrer der gesamten fortschrittlichen Menschheit, Genosse Stalin! (Beifall.)

Rede GERHARD EISLERS

Vertreter der Öffentlichkeit Deutschlands

Liebe Freunde und Genossen! Im Namen der deutschen Delegation spreche ich Ihnen unseren Dank dafür aus, daß Sie den Vertretern der friedensliebenden Deutschen die Möglichkeit gegeben haben, an dieser sowjetischen Unions-Friedenskonferenz teilzunehmen. Beweist doch diese Einladung aufs neue, daß den Völkern der Sowjetunion das Gefühl der Rache fremd ist und daß sie bereit sind, mit einem friedlichen Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben.

Vor wenigen Monaten, als ich noch gezwungen war, in den Vereinigten Staaten zu sein, war ich Augenzeuge eines abscheulichen Schauspiels. Friedensliebende Amerikaner, die mutig dagegen kämpften, daß die USA den Weg Hitlerdeutschlands in die Katastrophe gehen, hatten einen Friedenskongreß nach New York einberufen. Darauf begannen die offiziellen und inoffiziellen amerikanischen Kriegshetzer eine wüste Kampagne gegen die Teilnehmer dieses Kongresses. Warum dieser Haß gegen die Freunde des Friedens?

Die amerikanischen Kriegshetzer fürchten, daß ihr Volk, das keinen Krieg will, die einfache, aber so große Wahrheit hört, nämlich:

Soweit es von der Sowjetunion und den Volkedemokratien abhängt, wird niemals mehr ein

Amerikaner, ein Deutscher oder irgendein Mensch auf der Welt in einem neuen Krieg sterben müssen, wird niemals mehr ein Land verwüstet werden.

Und weil dies so ist, so können die Völker gar nicht anders, als die Freunde der großen sozialistischen Weltmacht zu sein. Das gilt für alle Nationen, das gilt auch besonders für die deutsche Nation, die sich aus eigener Erfahrung davon überzeugt hat, wohin der Weg der imperialistischen Abenteuerer führt. Wenn heute, vier Jahre nach der Vernichtung Hitlerdeutschlands, die großen nationalen Fragen Deutschlands noch nicht gelöst sind und die deutsche Frage ein für den Frieden gefährliches, ungelöstes Problem bleibt, so nur deshalb, weil an die Stelle Hitlers die amerikanischen Imperialisten getreten sind, die jede dem Frieden dienende Lösung des deutschen Problems vereiteln.

Die amerikanischen Imperialisten und ihre Vasallen wollen Deutschland in völlige Abhängigkeit bringen, so daß das deutsche Volk die Rolle des Kanonenfutters für die amerikanischen Militärspele. In ihrer Arroganz und Dummheit halten sie es für den einzigen geschichtlichen Beruf der Deutschen, anderen Völkern die Kehle

abzuschneiden. Sie glauben von uns, daß wir Deutsche hoffnungslose Idioten sind und niemals aus der Geschichte etwas lernen können.

Gäbe es nicht diese imperialistischen Kriegshetzer in der Welt, alle Nachkriegsprobleme Deutschlands hätten bereits im Geiste der Potsdamer Beschlüsse endgültig geregelt sein können.

Wir Deutschen haben im eigenen Land nach dem Kriege lernen können, wer der Freund der Völker und wer der Feind der Völker ist. Jeder weiß, was die Hitlerfaschisten den Sowjetvölkern angetan haben. Aber was hat die Sowjetmacht in Deutschland getan? Im Gegensatz zu den imperialistischen Westmächten hat sie uns geholfen, den Weg des Fortschritts und des Friedens zu gehen. Sie hat uns geholfen, eine antifaschistische, demokratische Ordnung zu errichten, deren materielle, moralische und kulturelle Resultate immer sichtbarer werden.

Aber noch mehr: Von allen Großmächten der Welt ist es allein die sozialistische Weltmacht, die für die Einheit Deutschlands, den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland und den nachherigen Abzug aller Besatzungstruppen eintritt. Die sozialistische Weltmacht des Friedens braucht zum Unterschied von den amerikanischen Imperialisten keine Kolonien in Deutschland. Die

krisenlose sozialistische Weltmacht braucht nicht die Vernichtung, Drosselung und Ausschaltung der deutschen Friedenswirtschaft, wie der amerikanische Imperialismus.

Aus alledem folgt, daß jeder Deutsche, der die Interessen seiner Nation im Herzen hat, ein Freund der Sowjetunion ist. Mit der Sowjetunion befreundet sein, heißt für uns Deutsche auch ein Freund und Bundesgenosse der Weltfriedensfront zu sein, die zweifellos stärker ist als das Lager der Kriegshetzer. Wir wissen, daß den Imperialisten zum Trotz, die Deutschland zerreißen und knechten wollen, die Worte des großen und geliebten Josef Stalin zu Recht bestehen bleiben: Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleibt.

Wir friedensliebenden Deutschen tragen eine besonders große Verantwortung vor allen Völkern der Welt im Kampf um den Frieden. Manches haben wir schon getan, doch noch vieles bleibt zu tun bis der Tag kommt, wo wir sagen dürfen: „Auf Deutschland, auf das deutsche Volk können Sie sich verlassen.“ Wir wollen in den ersten Reihen, neben dem Volk der Sowjetunion, den Volksdemokratien, neben den Massen Frankreichs, Englands, Italiens den Kampf für den Frieden, den Kampf gegen die Kriegshetzer führen. (Beifall.)

* * *

Auf der Unionskonferenz der Friedensanhänger sprach auch eine Reihe anderer Delegierter sowie Vertreter des Auslands.

Professor G. Kruus erzählt in seiner Rede von den wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften Sowjetestlands, davon, wie das friedliebende und arbeitsfreudige estnische Volk die schweren Folgen des vorigen Krieges und der feindlichen Okkupation beseitigt, wie es für vorfristige Erfüllung des Stalinschen Nachkriegsfünfjahrplans kämpft.

„Auf alle diese Errungenschaften“, sagte Professor Kruus, „blicken die Feinde des estnischen Volkes, die Verräter, die Helfershelfer der hitlerfaschistischen Okkupanten, die vor dem Volkszorn ins Ausland geflohen sind, mit schäumender Wut. Da sie aber als kleine Raubtiere nicht stark genug sind, das gesteckte Ziel, die von der gesamten Macht der großen Sowjetunion behüteten Reichtümer unseres Volkes, zu erreichen, streichen sie unruhig um die Höhlen der großen Raubtiere herum und rechnen damit, bei der Teilung der Beute ihren Teil abzubekommen.“

Zu dieser Beute haben die großen und die kleinen Raubtiere einen Weg, den Krieg. Deshalb eben entfachen sie durch Verleumdung und Lüge eine Kriegshysterie.

Unsere Antwort an diese Raubtiere, die großen wie die kleinen, lautet: Hände weg von uns! Hände weg von der Sowjetunion, Hände weg vom Sowjetestland, Hände weg vom estnischen Volk!“ (Beifall.)

Professor G. Nepessow vom Aschhabader Pädagogischen Institut erklärte:

„Das turkmenische Volk denkt nicht an den Krieg, sondern an den Bau neuer Kanäle, die die bewässerte Fläche unserer Republik um viele tausend Hektar vergrößern werden. Das turkmenische Volk denkt daran, wie es die Folgen des Erdbebens möglichst bald beseitigen, den Wiederaufbau der Hauptstadt unserer Republik, Aschhabad, vollenden und sie noch schöner machen könnte; es denkt daran, hohe Baumwollerträge zu erzielen und den Fünfjahrplan vorfristig zu erfüllen. Das turkmenische Volk ist in Anspruch genommen von den Vorbereitungen zur Schaffung seiner eigenen, nationalen Akademie der Wissenschaften und seiner eigenen Staatsuniversität.“

An der Erfüllung edler und großer Aufgaben arbeiten enthusiastisch alle Völker der Sowjetunion.

Es wird den Herren vom Schlage Trumans und Churchills nicht gelingen, die einfachen Menschen der Welt zu betrügen! Die Sowjetvölker wollen keinen Krieg, sie brauchen weder amerikanische,

noch überhaupt irgendwessen Territorien. Wir wollen nur eins: daß man unsre friedliche Arbeit und unsern Aufbau nicht stört, daß man keinen Anschlag auf unser friedliches, frohes Leben unternimmt! Diese Arbeit und dieses Leben sind wir bereit, aus allen unseren Kräften zu verteidigen.“ (Beifall.)

Nikolaus Hovorka (Österreich), Vorsitzender der österreichischen Gesellschaft zur Pflege der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, erklärte:

„Als ich im größten Saal Wiens die ‚Kulturwochen für österreichisch-sowjetische Freundschaft‘ eröffnete und bekanntgab, daß ich in den nächsten Tagen der Unionskonferenz der Friedensanhänger in Moskau beiwohnen werde, bevollmächtigten mich die Tausende, die in diesem Saale anwesend waren, Ihnen ihren Gruß zu übermitteln. Ich spreche jedoch nicht nur in ihrem Namen, sondern im Namen aller österreichischen Patrioten.“

Kurz vor diesen von unserer Gesellschaft zur Pflege der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion veranstalteten Freundschaftswochen statteten Gäste aus dem sogenannten Westen Österreich eine ‚freundschaftliche‘ Visite ab. Hat die Sowjetunion uns eine Schar hervorragender Künstler geschickt, die als Sendboten der Freundschaft und des Friedens mit begeisterten Ovationen bei uns aufgenommen wurden, so sandte der ‚Westen‘ Generalstäbler in unser Land, die mit unserer Regierung verhandeln werden, wie man im Sinne des Atlantikpakts am besten Kasernen bauen und Soldaten rekrutieren kann!

Mit jedem Monat erkennen alle Bevölkerungsschichten immer klarer, wer unser Land mit Krise und neuem Krieg bedroht. Keine Lüge und Provokation der von gewissen interessierten Auslandskreisen bezahlten und geleiteten Zeitungen kann hieran etwas ändern.

Der Kampf für den Frieden vereinigt die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen Österreichs. Ein Friedensrat wurde gebildet, der die Tätigkeit aller Organisationen, Vereine, Bünde und Komitees zum Schutz des Friedens koordiniert und in unserm Lande die Kräfte der Friedensanhänger fest zusammenschließt.“

Der Redner schließt mit den Worten:

„Es lebe der Friede!

Es lebe die Freundschaft der Völker!

Es lebe der Freund aller friedliebenden Völker, Genosse Stalin, unter dessen Führung der Sieg der Friedenssache gewährleistet ist!“ (Lang anhaltender Beifall.)

Der Filmregisseur W. Pudowkin weist darauf hin, daß die niederträchtigen Umtriebe der Imperialistenclique sich nicht auf die Herstellung von Atombomben und die Vorbereitung militärischer Stützpunkte und Flugplätze für einen künftigen Krieg beschränken.

„Die Imperialisten träumen davon, eine genügende Menge Menschen vorzubereiten, auf die sie sich stützen könnten, wie sich einst Hitler auf seine faschistischen Banden stützte. Diesem provokatorischen Ziel dient jetzt der amerikanische Film. Es werden Filme gedreht wie ‚Der eiserne Vorhang‘, die die Sowjetunion in verleumderischer Weise als eine ‚Gefahr‘ für die Zivilisation darstellen. Zu gleicher Zeit wird Werken der Filmkunst aus der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie in den kapitalistischen Ländern der Zugang zur Leinwand versperrt. Erziehung zur Grausamkeit, zur viehischen Selbstzufriedenheit, das Streben nach ungestraftem Raub wird zum Hauptinhalt der in Hollywood gedrehten Filme.“

Diese niederträchtige Tätigkeit“, so erklärt Genosse Pudowkin, „ist darauf berechnet, den Zuschauer zu verderben, für die imperialistischen Aggressoren gehorsame Sklaven, Räuber und Mörder zu ‚erziehen‘.“

Es ist Pflicht der fortschrittlichen Intelligenz der ganzen Welt, den schmutzigen Händen der Feinde der Menschheit die Waffe des Films zu entreißen.“ (Beifall.)

Professor William Du Bois, Mitglied des Ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger, führt aus, wie schwer es für die Bewohner Amerikas sei, die Wahrheit über den Frieden zu kennen und von ihm zu sprechen.

Der Redner erklärt, in den USA, wo das Monopolkapital die Presse und die hauptsächlichsten Informationsorgane besitze und eine immer stärkere Kontrolle über die Schulen ausübe, sei die öffentliche Diskussion und sogar die Gedankenfreiheit erschwert und oft unmöglich.

„Im Lande wird eine hysterische Propaganda durchgeführt, die darauf abzielt, die Amerikaner davon zu überzeugen, daß ihnen eine ‚Gefahr‘ drohe und daß ein dritter Weltkrieg die einzige ‚Rettung‘ sei.“

Weiter spricht der Redner vom Kampf der fortschrittlichen Kräfte Amerikas gegen die Politik zur Entfaltung einer Kriegshysterie. „Die von dem weitblickenden Henry Wallace geführte Progressive Partei hat dieser Politik Fehde angesagt. Der Rat der Wissenschaftler, Künstler und Angehörigen freier Berufe hat voriges Jahr eine ausgedehnte Protestkampagne gegen den Krieg organisiert, und die Sekte der Quäker hat jetzt eben eine hervorragende Erklärung in diesem Sinne abgegeben. Es gibt noch Millionen anderer Amerikaner, die mit diesen Anhängern der Friedensbewegung einverstanden sind. Ihren Gruß überbringe ich Ihnen.“ (Beifall.)

Der Vorsitzende des Friedenskomitees von Nürnberg, H. Ziegler, erklärte:

„Die Politik, die heute in Westdeutschland gemacht wird, bringt uns die traurigen Zustände in verschlimmelter Auflage, die wir vor Hitlers

Machtergreifung erlebt haben. Gegen den Krieg sollen alle Menschen, die ihn nicht wollen, geschlossen und einig zusammenstehen.

Der Friede kommt nicht von selbst, er muß erkämpft werden. Das deutsche Volk, das für den vorigen Krieg verantwortlich ist, muß sich entschieden und unmißverständlich für den Frieden einsetzen.

Ich glaube, dem Willen der Mehrheit der Menschen nicht nur der ostdeutschen, sondern auch der westdeutschen Zone Ausdruck zu geben, wenn ich erkläre: Wir wollen den Frieden und die Unabhängigkeit für alle Völker!

Die Sowjetunion hat den Krieg gewonnen, ich wünsche, daß sie auch den Frieden gewinnt!“ (Beifall.)

Der Journalist D. Saslawski spricht von dem Krieg, den die Imperialisten bereits gegen den Frieden und die Demokratie führen. „Es fließt Tinte, die mit Lüge und Verleumdung vergiftet ist. Im Äther kreischen und heulen Stimmen, die Feindschaft und Haß zwischen den Völkern anfeuern. Die Feinde der Völker, die Provokateure eines neuen Kriegs haben diesen Zustand künstlich entfacht. Feindschaft einen ‚kalten Krieg‘ genannt.“

Wir schlagen die Lüge der Feinde durch unsere Wahrheit. Besondere Verantwortung aber ruht auf uns Pressemitarbeitern. Wir enthüllen die Verleumdungen der Kriegsbrandstifter und bringen die dunklen Intrigen ehrloser Politikaster ans Tageslicht. Wir müssen unsere Bemühungen vervielfältigen, um den Feinden des Friedens, der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker endgültig die Maske vom Gesicht zu reißen!

Die von Lenin und Stalin geschaffene Sowjetpresse hat hunderte Millionen Leser. Die meistverbreitete Zeitung der Arbeiterklasse, ihre Lieblingszeitung trägt den Namen ‚Prawda‘ (Wahrheit). Nach dem zweiten Weltkrieg erschien eine von den Kapitalisten unabhängige, demokratische Presse in allen Ländern der Volksdemokratie. Die Presse der Kommunistischen Partei Frankreichs und Italiens ist gewachsen. In den USA und England werden die Blätter der Kommunisten verfolgt. Das zeugt für ihren zunehmenden Einfluß. Und erst die Presse in China, in Korea!

Die gigantische Kraft der bolschewistischen Presse, der demokratischen Presse liegt darin, daß sie treu dem Volke dient, daß sie Lügen nicht duldet, daß sie lehrt, für die Interessen des Volkes, für Frieden, für Sozialismus, gegen die Imperialisten, gegen die Kriegsbrandstifter zu kämpfen.

Unsere Kräfte sind groß und wachsen immer mehr. Aber wir dürfen uns keine Minute mit dem Erreichten begnügen. Der Kampf gegen die Kriegsbrandstifter, gegen die Verleumder und Provokateure muß verstärkt werden. Man muß ihnen einen solchen Schlag versetzen, daß die Vorbereitung des verbrecherischen Krieges ver-

eitelt wird. Wir können es tun und wir werden es tun.

Wir, die Sowjetmenschen, tragen eine besondere Verantwortung. Auf uns ruhen die Blicke der Völker der ganzen Welt. Wir sind eine sozialistische Großmacht. Wir sind ein Bollwerk des Friedens. Uns führt der große Stalin. (Beifall.)

Die Welt des Kapitalismus zerfällt, die Welt des Sozialismus und der Demokratie entwickelt sich und erstarkt. Der Sieg wird unser sein.

Nieder mit den Imperialisten, den Kriegsbrandstiftern!

Es lebe die Freundschaft und Einheit der Völker der ganzen Welt!

Es lebe der Friede, die Demokratie und der Sozialismus!“ (Stürmischer Beifall.)

Der Führer der Delegation der russischen orthodoxen Kirche, Metropolit Nikolai von Krutizy und Kolomna, erklärte in seiner Rede:

„Die gierigen Fangarme des Überseepolypen suchen die ganze Welt zu umstricken. Von ‚Freiheit‘ singen die Überseesirenen. Aber nur ein Mensch mit unsauberem Gewissen und getrübttem Verstand ist fähig, vom Vorhandensein einer Freiheit in einem Land zu sprechen, wo Menschen gelyncht werden, wo man Kinder raubt, wo man Tränengasbomben auf Arbeiter wirft, d. h. auf Menschen, die das Wohlergehen des Landes schaffen, wo Getreide vor den Augen Hungernder verbrannt wird, wo man Menschen ins Gefängnis wirft, die versuchen, dem Wort ‚Freiheit‘ seinen wahren Sinn wiederzugeben, wo Gold gemünzt wird zur Bestechung von Helfershelfern außerhalb des Landes und wo Kanonenrohre gegossen werden, um die friedlichen Täler Griechenlands, Chinas, Indonesiens, Vietnams mit Menschenblut zu überschwemmen. Die Freiheit, zu rauben, zu schänden und zu morden — das ist ihre ‚Freiheit‘!“

Der Qualm von Brandstätten, der Verwesungsgeruch von Leichen und der panische Schrecken erpatterter Verbrecher weht aus dem Lager der westlichen ‚Demokraten‘ herüber. Diese Menschen haben nicht nur das Gewissen, sondern auch den Verstand verloren. In ihrem Irrsinn gehen sie so weit, solche unmittelbar an unser Land gerichteten Worte zu sprechen: ‚Wir werden an junge Menschen keine Waffe austeilen, damit sie einander umbringen. Wir werden Flugzeuge mit Atom-, Brand- und Bakterienbomben hinüberschicken, um Kinder in der Wiege, Großmütter beim Gebet und Arbeiter bei der Arbeit zu töten.‘

Wie tief muß man moralisch gesunken sein, welchen seelischen Marasmus und sadistischen Zynismus muß man erreicht haben, und schließlich in welche Schwäche muß man aus Furcht verfallen sein, um solche Worte zu sprechen!

Während des ganzen zweiten Weltkriegs ertönte vom Vatikan aus kein einziges Protestwort gegen die Henker der Menschheit, zum Schutz

der Millionen Gemordeten, Gefolterten, in den Gefängnissen Rottenden, Gehenkten, Erschossenen, in den furchtbaren „Gaswagen“ Geföteten. Diese Stimme ertönte nur ein einziges Mal — als die Mörder gerichtet wurden. Sie ertönte zum Schutz der Mörder. Jetzt ist das Oberhaupt der katholischen Kirche offen in das düstere Lager der Fackelwerfer eines neuen Krieges eingetreten. Die ganze Welt kennt den Papst als Agenten des amerikanischen Imperialismus.

Die christliche Religion wird mit Beihilfe ihrer höchsten katholischen Vertreter schamlos für die Klasseninteressen der kapitalistischen Oberschicht Europas und Amerikas ausgenutzt, um die Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen und die Entfesselung eines neuen Blutgemetzels zu fördern. Aber es gibt auf Erden kein so schlaues Mittel, und es kann auch keines geben, das imstande wäre, die aller Schliche baren Kräfte der einfachen Menschen zu bekämpfen, in deren Herzen der unsterbliche Glaube an die Wahrheit unauslöschlich lebt!“ (Beifall.)

Professor J. Chochol vom Kiewer Medizinischen Institut sprach von der edlen Tätigkeit des Arztes im Sowjetland. „Der sozialistische Staat, das Sowjetsystem, dem die Sorge für den Menschen zugrunde liegt, bietet den Sowjetärzten alle Möglichkeiten zu fruchtbringender Arbeit. Kein Land der Welt kennt ein so humanes, ein so vollkommenes System des Gesundheitsschutzes der Werktätigen, wie es in der Sowjetunion besteht. Das schöpferische Denken der wissenschaftlichen Arbeit nachgehenden Mediziner, die edle Tätigkeit Hunderttausender von Ärzten, Heilgehilfen und Krankenschwestern — das alles ist auf ein Ziel ausgerichtet, auf den Kampf für die Gesundheit und das Wohlergehen der Sowjetmenschen. Wir wollen friedlich arbeiten zum Wohl des Sowjetvolkes, und um dieser Arbeit willen, um des Glückes der ganzen Menschheit willen erklären wir: Es soll keinen neuen Krieg geben!

Wir Sowjetärzte rufen die fortschrittlichen Menschen aller Länder auf, den Kriegsbrandstiftern eine mächtige Abfuhr zu erteilen und aus allen Kräften zur Herstellung einer festen Freundschaft zwischen den Völkern beizutragen.

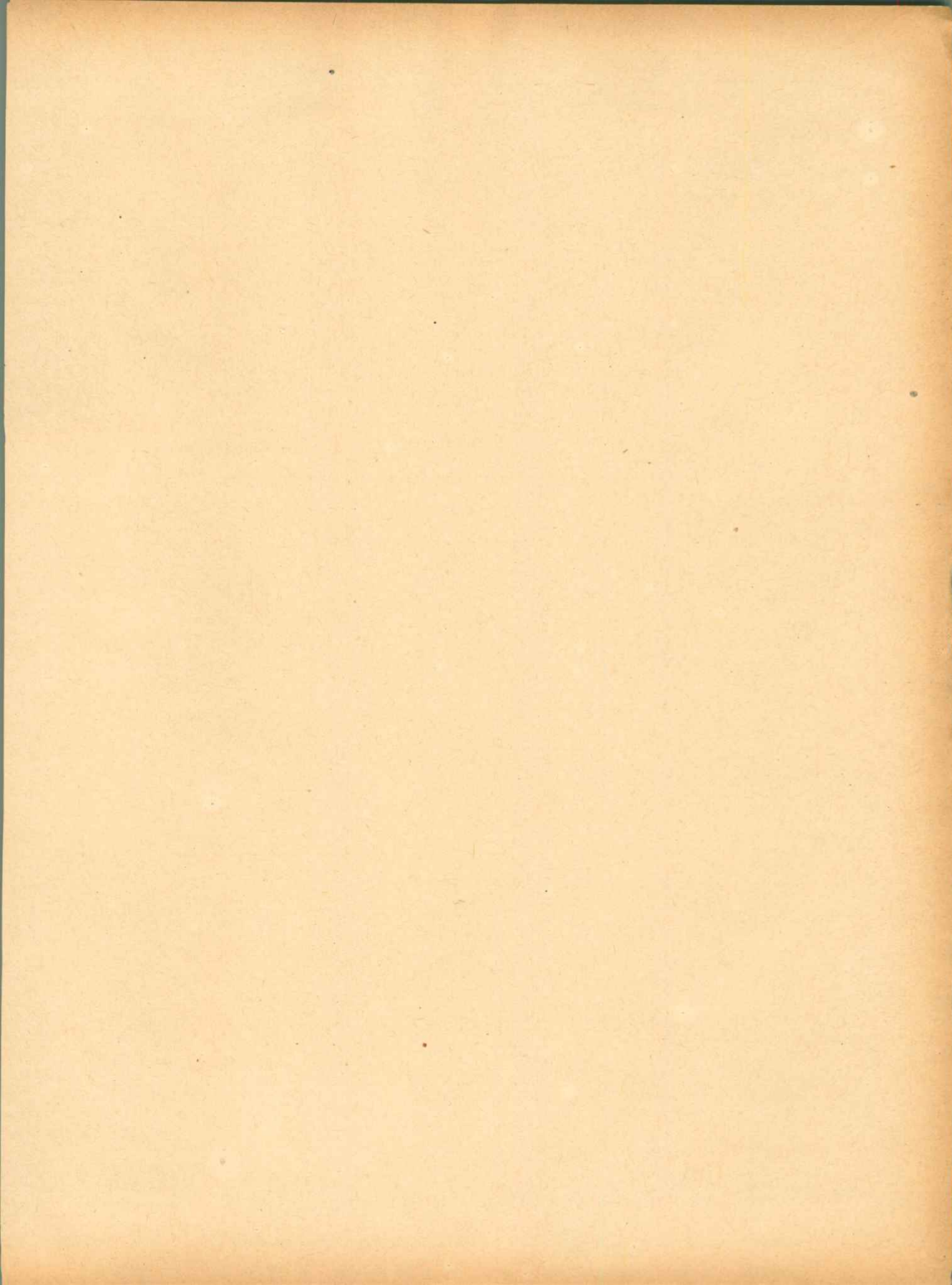
Wir glauben fest daran, daß wir in diesem Kampf für den Frieden siegen werden, weil unser Land von dem großen Stalin geführt wird. Es gibt auf der Welt keine Kraft, die den Willen der Völker in ihrem Kampf für Leben und Glück, für die großartige Zukunft, den Kommunismus, brechen könnte.“ (Beifall.)

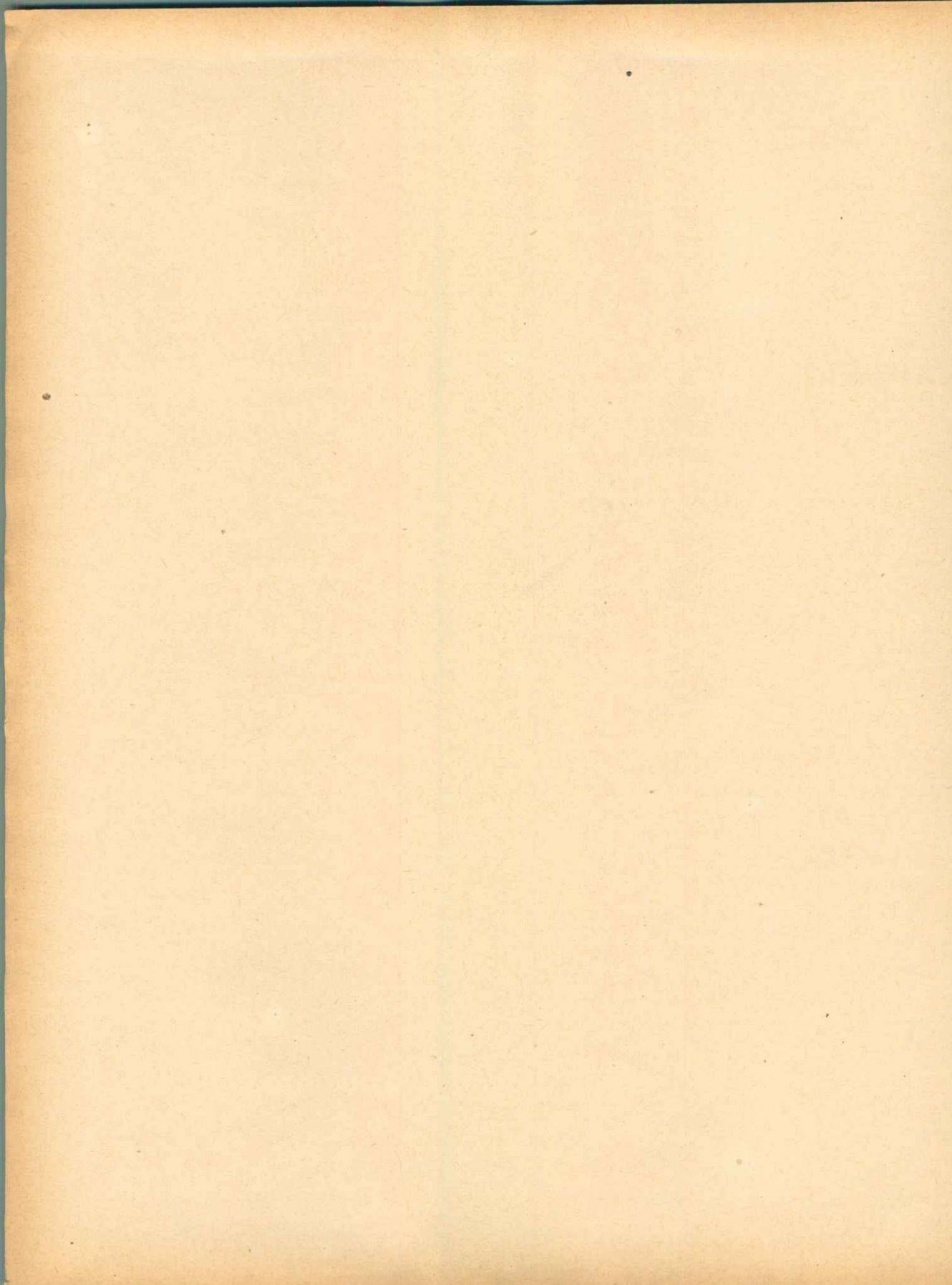
Professor I. Achunbajew erhebt im Namen des kirgisischen Volkes ebenfalls Protest gegen die Ränke der Brandstifter eines neuen Krieges. Er erklärt:

„Die Imperialisten der USA und ihre Vasallen suchen einen ‚Kreuzzug‘ gegen unser großes Land, das Land des Sozialismus, zu organisieren. Unter den Einpeitschern des Feldzuges sehen wir die unheilvolle Gestalt des Erzkriegshetzers und alten Abenteurers Churchill. Er war es, der in den Bürgerkriegsjahren den Plan ausheckte, Mittelasien von Sowjetrußland loszureißen und die Völker Mittelasiens zu Kolonialsklaven der englischen Imperialisten zu machen. Aber die von den Ideen der sozialistischen Revolution beseelten Völker Mittelasiens erhoben sich gemeinsam mit ihrem älteren Bruder, dem großen russischen Volk, zum Kampf gegen die ausländischen Interventen, Weißgardisten und Basmatschen und zerschmetterten die Kräfte der Reaktion. Ein ebenso schmachliches und ruhmloses Ende erwartet alle, die einen Krieg gegen das Sowjetvolk planen!

Als das kirgisische Volk seine Delegierten zu dieser Konferenz entsandte, trug es uns auf, gegen die Brandstifter eines neuen Krieges, gegen das blutige Vorhaben der Imperialisten Amerikas und Englands und ihrer Vasallen entschiedenen Protest einzulegen und alle ehrlichen, fortschrittlichen Menschen der Welt, darunter die Völker Indiens, Indonesiens, Vietnams, der Türkei, des Irans, Afghanistans und anderer Länder des Ostens zum aktiven Kampf für den Frieden, für ihre nationale Unabhängigkeit aufzurufen.“

„Als Antwort auf die Umtriebe der Brandstifter eines neuen Krieges“, so erklärte der Redner, „scharn sich die Werktätigen Sowjetkirgiens noch fester um die ruhmreiche Partei Lenins und Stalins, um den Führer und Lehrer aller Werktätigen, den teuren Genossen Stalin!“ (Beifall.)





Note der Sowjetregierung an die jugoslawische Regierung

Am 20. August sandte die jugoslawische Regierung an die Sowjetregierung eine Note mit einer Antwort auf die Note der Sowjetregierung vom 11. August über den Standpunkt der Sowjetunion zu den jugoslawischen Ansprüchen an Österreich im Zusammenhang mit der Erörterung des Entwurfs zum österreichischen Staatsvertrag.

In einer Note vom 29. August teilte die Sowjetregierung der Regierung Jugoslawiens ihre Antwort folgenden Inhalts mit:

„Die Sowjetregierung hat die Note der jugoslawischen Regierung vom 20. August erhalten. Die neue Note der jugoslawischen Regierung stellt eine Häufung neuen Klatsches und neuer verleumderischer Erfindungen dar, die darauf berechnet sind, die doppelzünglerische Politik der jugoslawischen Regierung zu tarnen und die Völker Jugoslawiens zu betrügen. Die jugoslawische Regierung, die durch die in der Note der Sowjetregierung vom 11. August angeführten unumstößlichen Tatsachen des Verrats an den Interessen der Slowenen in Kärnten und an den nationalen Rechten Jugoslawiens entlarvt ist, sucht die Spuren ihres Verrats zu verwischen und der Verantwortung zu entgehen, indem sie sich der von ihr schon gewohnten Methoden der Lüge und Verleumdung bedient. Nicht um die jugoslawische Regierung zu überzeugen, die schon längst ohne Überzeugungen lebt und nur nach Anweisungen ihrer westlichen Brotherren arbeitet, sondern um ihr die Maske vom Gesicht zu reißen und den Völkern Jugoslawiens zu helfen, das wahre Gesicht der heutigen jugoslawischen Regierung zu erkennen, hält die Sowjetregierung es für geboten, folgende Bemerkungen zu machen.

1. Die jugoslawische Regierung behauptet, Stalin habe in seinem Schreiben an den österreichischen Bundeskanzler Renner, 'die österreichischen Grenzen von 1938 garantiert' (siehe jugoslawische Note vom 3. August), Stalin habe 'versprochen, daß die österreichischen Grenzen unverändert bleiben', Stalin habe 'jegliche Hilfe bei der Aufrechterhaltung der Unveränderlichkeit der österreichisch-jugoslawischen Grenze zugesagt', in Anbetracht dessen habe die Sowjetregierung Jugoslawiens Forderung nach einer Korrektur der

Grenzen Österreichs im Sinne einer Übergabe Slowenisch-Kärntens an die jugoslawische Republik nicht unterstützen können.

Wir führen Stalins Schreiben an den österreichischen Bundeskanzler Renner vom Mai 1945 an:

„Seiner Exzellenz, dem Bundeskanzler Österreichs, Herrn K. Renner.

Ich danke Ihnen, sehr geehrter Genosse, für Ihr Schreiben vom 15. April.

Zweifeln Sie nicht daran, daß Ihre Sorge für die Unabhängigkeit, die Integrität und das Wohlergehen Österreichs auch meine Sorge ist.

Jede beliebige Hilfe, die Österreich brauchen könnte, bin ich bereit, nach Kräften und Möglichkeiten zu erweisen.

Entschuldigen Sie die verspätete Antwort.

J. Stalin.

Wie man sieht, enthält der Brief Stalins kein einziges Wort über 'die Grenzen Österreichs', noch über 'Garantie für die Grenzen Österreichs von 1938', noch auch über die 'Unveränderlichkeit der Grenzen Österreichs', noch darüber, daß 'Österreichs Grenzen unverändert bleiben'. Das alles ist von der jugoslawischen Regierung ausgedacht und erlogen.

Stalins Brief war durch zwei Umstände veranlaßt, die Österreich mit einer Teilung und mit einem Verlust seiner Unabhängigkeit bedrohten. Einerseits trug man sich in gewissen englischen Kreisen mit dem Plan einer Vereinigung Österreichs, Ungarns und eines Teils von Süddeutschland zu einer Donaumonarchie. Die Sowjetregierung äußerte sich entschieden gegen diesen Plan und erklärte, daß dies Österreich mit dem Verlust seiner Unabhängigkeit bedrohe, daß Österreich ein unabhängiger Staat bleiben müsse. Andererseits wurde von gewissen nationalistischen Kreisen der slawischen Staaten, darunter auch Jugoslawiens, ein Plan zur Aufteilung Österreichs unter die Nachbarstaaten aufs Tapet gebracht. Die Sowjetregierung sprach sich auch hiergegen entschieden aus und erklärte, eine Aufteilung Österreichs wäre eine reaktionäre Maßnahme, die den Prinzipien des Demokratismus widerspräche, Österreich müsse ein integraler Staat bleiben.

Auf dieser Grundlage kam es zu dem Schreiben Stalins.

Die jugoslawische Regierung ist der Ansicht, das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen sei nur auf Jugoslawien und die Siegernationen anwendbar. So aber können nur Menschen denken, die im Geiste des imperialistischen Landraubs erzogen sind. Der Demokratismus hingegen geht davon aus, daß das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen auf alle Nationen, darunter auch auf die besiegten Nationen, anzuwenden ist. Eben hiervon ging die Sowjetregierung aus, als sie sowohl den Plan zur Schaffung einer Donaumonarchie als auch den Plan zur Aufteilung Österreichs ablehnte.

Bedeutet dies aber, daß die Sowjetregierung, wenn sie sich gegen eine Aufteilung Österreichs und für dessen Unabhängigkeit ausspricht, dadurch die ‚Unveränderlichkeit der Grenzen‘ Österreichs, die Unzulässigkeit einer Korrektur der Grenzen Österreichs zugunsten Jugoslawiens anerkannt hat? Natürlich nicht. Die Frage der Integrität des einen oder andern Staates und die Frage der ‚Unveränderlichkeit der Grenzen‘ dieses Staates stellen zwei völlig verschiedene Probleme dar. Nur Leute, die die letzten Überreste des Marxismus verzettelt haben, können diese Probleme in einen Topf werfen, zwischen sie ein Gleichheitszeichen setzen. Die Sowjetregierung hat sich gegen die Teilung Polens und für den Zusammenschluß aller polnischen Lande zu einem einzigen, einheitlichen, integralen Staat ausgesprochen. Bedeutet das etwa, daß sie sich dadurch gleichzeitig für eine Unveränderlichkeit der Grenzen Polens ausgesprochen hat, daß sie damals eine Korrektur der Grenzen Polens nach der einen oder andern Seite hin für unmöglich hielt? Natürlich heißt es das nicht. Die späteren Tatsachen haben das mit aller Offenkundigkeit gezeigt. Als ein Teil der amerikanischen Politiker sich mit dem Plan einer teilweisen Aufteilung Italiens trug und die Abtrennung Siziliens von Italien forderte, sprach sich die Sowjetregierung gegen einen solchen Plan aus und setzte sich für die Integrität Italiens ein. Bedeutet dies aber, daß sich die Sowjetregierung für die Unveränderlichkeit der Grenzen Italiens ausgesprochen hat, daß sie eine Korrektur der Grenzen Italiens zugunsten Jugoslawiens nicht für möglich hielt? Natürlich heißt es das nicht. Die späteren Tatsachen haben das mit aller Offenkundigkeit

gezeigt, denn die Sowjetregierung, die die Integrität Österreichs verteidigt, hat sich zugleich für die Notwendigkeit einer Korrektur der Grenze Österreichs zugunsten Jugoslawiens eingesetzt.

Es kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß Jugoslawien Slowenisch-Kärnten erhalten hätte, wenn die jugoslawische Regierung nicht Angst bekommen und in ihrer Feigheit die nationalen Rechte Jugoslawiens verraten hätte.

2. Da die jugoslawische Regierung die Unstichhaltigkeit ihrer verleumderischen Erfindungen in der Frage des Briefes Stalins an Renner erkennt, nimmt sie zu einer andern Version von verleumderischen Erfindungen ihre Zuflucht, indem sie in ihrer Note behauptet, die Sowjetregierung habe es nicht mehr für möglich erachtet, sich für Jugoslawiens alte Ansprüche auf Slowenisch-Kärnten einzusetzen, auf die die jugoslawische Regierung verzichtet hatte, — angeblich deshalb, weil sie hierfür aus dem Verkauf sowjetischen Eigentums in Österreich an den österreichischen Staat zusätzliche 50 Millionen Dollar erhalten habe. Bekanntlich erhielt die Sowjetunion gemäß den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz das Eigentumsrecht auf deutsches Eigentum in Ost-Österreich, ebenso wie England, die USA und Frankreich das Eigentumsrecht auf deutsches Eigentum in West-Österreich, in Westeuropa und in den Ländern Amerikas erhielten. Um Österreich entgegenzukommen, erklärte sich die Sowjetregierung einverstanden, Österreich einen Teil dieses Eigentums gegen entsprechende Entschädigung zu veräußern. Und nun behauptet die jugoslawische Regierung: ‚Die Sowjetregierung hat dadurch, daß sie sich mit dem Verbleiben der Kärntner Slowenen unter Österreichs Macht einverstanden erklärte, eine Erhöhung der Vergütung für deutsches Eigentum in Österreich um 50 Millionen Dollar zu ihrem Nutzen erreicht‘; in diesem Zusammenhang habe die Sowjetregierung für das erwähnte Eigentum nicht 100 Millionen Dollar zu bekommen, wie sie die Sowjetregierung angeblich gefordert hat, sondern 150 Millionen Dollar.

Wir hatten nicht geglaubt, die jugoslawische Regierung könne so tief sinken, von der Sowjetunion so gemein und unfähig zu denken. Es besteht kein Zweifel, daß nur Leute, die den Sozialismus und die Demokratie verraten haben und zu zügellosen Faschisten geworden sind, sich unterstellen können, so schamlos und kalt-schnäuzig über die Sowjetunion und ihre Regierung herzu ziehen.

In der Behauptung der jugoslawischen Regierung ist jedes Wort erlogen. Es ist nicht wahr, daß die Sowjetregierung als Vergütung für das Eigentum 100 Millionen Dollar gefordert hat. In Wirklichkeit hat sie 200 Millionen Dollar verlangt. Es ist nicht wahr, daß die Sowjetregierung

50 Millionen Dollar über den festgesetzten Preis hinaus erhält. In Wirklichkeit soll sie 50 Millionen weniger als den festgesetzten Preis erhalten. Es ist nicht wahr, daß die Frage Kärntens in irgendwelchem Zusammenhang mit der Frage des Verkaufs von Sowjeteigentum in Österreich steht, denn selbst bei der niederträchtigen Annahme der jugoslawischen Regierung bleibt hier kein Raum für die Frage Slowenisch-Kärntens. Das alles ist von der jugoslawischen Regierung ausgedacht und erlogen.

Nein, Herrschaften! Nicht die Sowjetregierung, sondern die jugoslawische Regierung hat die Interessen der Slowenen in Kärnten verraten, indem sie schon 1947 auf jegliche Territorialansprüche an Österreich verzichtete. Es liegt ein Dokument vor, das Schreiben Kardeljs an A. J. Wyschinski vom 20. April 1947, in dem die jugoslawische Regierung auf Slowenisch-Kärnten verzichtet und sich damit begnügt, besondere Rechte bei der Verwaltung zweier Kraftwerke zu erhalten. In dem Dokument heißt es:

„Die Frage kann durch eine kleine Grenzkorrektur geregelt werden, für die ich Ihnen das Projekt zweier Varianten unterbreite, im äußersten Fall aber kann man sie durch Einführung besonderer Rechte der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien bei der Verwaltung dieser Kraftwerke regeln.“

Diesem verräterischen Dokument kann die jugoslawische Regierung ebensowenig entgehen wie ihrem eigenen Schatten.

Es verdient der Aufmerksamkeit, daß zur selben Zeit, als die jugoslawische Regierung in Kardeljs Brief auf Slowenisch-Kärnten verzichtete, die Sowjetdelegation am 21. April 1947, einen Tag nach Erhalt des Briefes von Kardelj, auf der Moskauer Außenministerratstagung erklärte:

„Die Sowjetdelegation hält die Vorschläge der jugoslawischen Regierung über die Wiedervereinigung Slowenisch-Kärntens mit Slowenien, das zu Jugoslawien gehört, für begründet, ebenso über die slowenischen Grenzbezirke der Steiermark und darüber, daß den Burgenländer Kroaten ein besonderes Statut gewährt wird, das ihre nationalen Rechte sicherstellt, wie das am 22. Januar 1947 in der Denkschrift der jugoslawischen Delegation dargelegt war, die sie dem Außenministerat auf seiner Londoner Tagung am 22. Januar 1947 unterbreitete. Die Sowjetdelegation unterstützt die obigen Vorschläge.“

Bekanntlich wurde diese Erklärung der Sowjetdelegation später in den Bericht der Außenministerratskommission zum österreichischen Staatsvertrag vom Oktober 1947 aufgenommen.

Es liegt auch noch ein anderes Dokument vor. In ihrer Note vom 3. August 1949 erklärte die jugoslawische Regierung: „Die Regierung der UdSSR ist von den Vorschlägen der Regierung

Jugoslawiens, die dem englischen Minister Noel-Baker am 14. Juni 1947 dargelegt wurden, schon am 20. April 1947 in Kenntnis gesetzt worden, in einem Brief, der an Minister A. J. Wyschinski gerichtet war, d. h. in dem oben erwähnten Schreiben Kardeljs.“

Somit hat die jugoslawische Regierung in der Note vom 3. August zugegeben, daß die englische Regierung von der jugoslawischen Regierung im Juni 1947 über ihren Verzicht auf jegliche Territorialansprüche an Österreich in bezug auf Slowenisch-Kärnten informiert worden war. Dadurch waren nicht nur die Regierung Englands, sondern auch die Regierungen der USA und Frankreichs, die hinsichtlich der jugoslawischen Ansprüche an Österreich eine gemeinsame negative Linie verfolgten, darüber in Kenntnis gesetzt worden, daß die jugoslawische Regierung zwar zum Schein ihre formellen Erklärungen an den Außenministerrat mit Territorialansprüchen auf Slowenisch-Kärnten aufrechterhielt, in Wirklichkeit aber auf diese Ansprüche verzichtet hat, wodurch sie die Interessen der Slowenen in Kärnten und die nationalen Rechte Jugoslawiens verriet.

Hiernach liegt die Verlogenheit der Erklärung der jugoslawischen Regierung in der Note vom 20. August völlig auf der Hand, wo es heißt: „Es ist jedermann bekannt, daß die jugoslawische Regierung niemals auf Slowenisch-Kärnten verzichtet und nicht aufgehört hat, für dessen Wiederingliederung zu kämpfen.“

Die Verlogenheit und das Doppelzünglertum der jugoslawischen Regierung sind desto unverkennbarer, als die erwähnten Verhandlungen mit englischen Ministern vor der Sowjetregierung geheimgehalten, als sie hinter dem Rücken der Sowjetunion geführt wurden. Bekanntlich enthielt Kardeljs Brief vom 20. April nichts darüber, daß die jugoslawische Regierung die Absicht habe, die Regierung Englands über ihre Zugeständnisse in der Frage Slowenisch-Kärntens zu informieren. Die Sowjetregierung wußte von diesen Unterredungen nichts bis zu dem Augenblick, wo im Juli 1947 einer der jugoslawischen Vertreter in Wien bei einem Gespräch mit dem Stellvertreter des sowjetischen politischen Beraters in Österreich sich verplauderte. Erst hiernach richtete die Sowjetregierung durch ihren Botschafter in Belgrad eine Anfrage an die jugoslawische Regierung und bat darin um Klärung dieser Frage. Am 5. August 1947 fand ein Gespräch des Sowjetbotschafters A. I. Lawrentjew mit Ministerpräsidenten Tito und seinem Stellvertreter Kardelj statt. Auf Bitte des Sowjetbotschafters, die Sowjetregierung über die Belgrader Verhandlungen mit Noel-Baker in Kenntnis zu setzen, erklärte Tito anfangs, die jugoslawische Regierung habe bei diesen Unterredungen ihre im Außenministerat eingebrachten offiziellen Vorschläge bezüglich

Slowenisch-Kärntens verteidigt, wurde aber sogleich von E. Kardelj korrigiert, der zugab, daß Noel-Baker auch über die territorialen Minimalansprüche auf Slowenisch-Kärnten informiert worden war. Aber erst aus der Note der jugoslawischen Regierung vom 3. August 1949 wurde bekannt, daß dem englischen Minister Noel-Baker die Vorschläge der jugoslawischen Regierung mitgeteilt worden waren, die in dem Brief Kardeljs vom 20. April 1947 dargelegt sind und die einen Verzicht der jugoslawischen Regierung auf jegliche Territorialansprüche hinsichtlich Slowenisch-Kärntens enthielten.

Diese Tatsachen zeugen erstens davon, daß die jugoslawische Regierung schon im Sommer 1947 die Regierung Englands über ihren Verzicht auf Territorialansprüche hinsichtlich Slowenisch-Kärntens informiert hat, was vor der Regierung der UdSSR geheimgehalten wurde. Diese Tatsachen zeugen zweitens davon, daß die jugoslawische Regierung sich sowohl 1947 als auch später doppelzünglerisch verhielt, indem sie sich als Kämpferin für Slowenisch-Kärnten aufspielte, während die jugoslawische Regierung in Wirklichkeit schon vor zwei Jahren in einer Geheimabmachung mit Vertretern der englischen Regierung auf Slowenisch-Kärnten verzichtet hat. Diese Tatsachen zeugen drittens davon, daß die über den Verzicht Jugoslawiens auf Slowenisch-Kärnten informierten Westmächte noch schroffer gegen die jugoslawischen Territorialansprüche auftreten mußten, wodurch es der Sowjetregierung unmöglich war, in der Verteidigung der jugoslawischen Ansprüche einen Erfolg zu erzielen.

Womit erklärt sich ein so verräterisches Verhalten der jugoslawischen Regierung gegenüber Slowenisch-Kärnten und ein so niedriges Doppelzünglertum gegenüber der Sowjetunion? Was wurde damit bezweckt?

Offensichtlich wurde damit bezweckt, im Außenministerrat künstlich Differenzen zu entfachen. Dies tat die jugoslawische Regierung den extremen, aggressivsten Imperialistenkreisen Englands, der USA und Frankreichs zu Gefallen, die an einer Aufrechterhaltung feindlicher Stimmungen gegen die Sowjetunion und an einer Kriegshysterie interessiert sind.

In diesem Fall trat die jugoslawische Regierung als Widersacher und Gegner der Sowjetunion, als Agentur ausländischer Imperialistenkreise auf.

Als dies unsaubere Spiel der jugoslawischen Regierung offenkundig wurde, wollte die Sowjetregierung naturgemäß an dieser schmutzigen Politik des Verrats an den Völkern Jugoslawiens von seiten der jugoslawischen Regierung nicht beteiligt sein.

Verständlich ist auch, daß die Sowjetregierung die Territorialansprüche Jugoslawiens nicht länger

verteidigen konnte, insofern die jugoslawische Regierung, wie es sich jetzt herausgestellt hat, in der Geheimabmachung mit Vertretern der englischen Regierung 1947 selbst auf diese Ansprüche verzichtet und damit eine weitere Verteidigung der jugoslawischen Ansprüche durch die Sowjetregierung unmöglich gemacht hat.

3. Die jugoslawische Regierung, die die Ausichtslosigkeit ihrer Kapitulantenhaltung in der Frage Slowenisch-Kärntens spürte und sah, daß es ihr nicht gelingen werde, den Brief Kardeljs, in dem die jugoslawische Regierung auf Slowenisch-Kärnten verzichtet, der öffentlichen Meinung vorzuenthalten, nimmt zu einer dritten Version verleumderischer Erfindungen ihre Zuflucht. Sie behauptet, Sowjetvertreter hätten die jugoslawische Regierung in der Frage der jugoslawischen Territorialansprüche an Österreich zu einer Abmachung mit den Westmächten getrieben, und die jugoslawische Regierung sei „zum Nachgeben in dieser Frage bereit gewesen, nur weil die Sowjetregierung es verlangt hatte“.

Zwar haben die Sowjetvertreter diese lügnische Behauptung der jugoslawischen Regierung durch ihre Reden auf den Beratungen der Vertreter der vier Mächte in Moskau, Wien und London in den Jahren 1947, 1948 und 1949 bloßgestellt, wo sie sich offen und ehrlich für alle territorialen und anderen Ansprüche Jugoslawiens an Österreich einsetzten. Aber die jugoslawische Regierung sucht diese Tatsachen zu verbergen und zieht es vor, sich mit Klatsch abzugeben.

Zwar hat die Sowjetregierung diese lügnische Behauptung der jugoslawischen Regierung enthüllt, indem sie sie in ihrer Note vom 11. August daran erinnerte, daß der Sowjetbotschafter in Jugoslawien im November 1947 auf eine Anfrage des jugoslawischen Außenministers letzterem mitgeteilt hatte, die UdSSR sehe keine Gründe für die Einschränkung der Territorialansprüche Jugoslawiens an Österreich. Aber die jugoslawische Regierung ignoriert diese Tatsache und gibt vor, sie nicht zu bemerken.

Zwar enthüllt die Sowjetregierung die Lügenhaftigkeit der Behauptungen der jugoslawischen Regierung, indem sie in ihrer Note vom 11. August daran erinnerte, daß der Sowjetbotschafter in Jugoslawien 1948 erneut bestätigt hat, daß die Sowjetregierung den Standpunkt vertrete, die Einschränkung der jugoslawischen Territorialansprüche sei unzeitgemäß. Sie hat hierbei das mehr als verdächtige Verhalten Beblers in London enthüllt. Aber die jugoslawische Regierung ignoriert auch diese Tatsache und stellt sich blind.

Wovon zeugen alle diese Tatsachen, wenn nicht davon, daß die jugoslawische Regierung die Sowjetregierung und ihre Vertreter böswillig verleumdet, indem sie behauptet, sie hätten angeblich

die jugoslawische Regierung zum Verzicht auf die Territorialansprüche Jugoslawiens getrieben, und die jugoslawische Regierung sei zu den territorialen Zugeständnissen bereit gewesen, nur, weil die Sowjetregierung es verlangt hatte?

Es fragt sich: wenn die Sowjetregierung die jugoslawische Regierung zu territorialen Zugeständnissen trieb, warum hat sie sich dann nicht an Kardeljs Schreiben geklammert, warum ist sie nicht auf die in diesem Brief enthaltenen Vorschläge der jugoslawischen Regierung eingegangen, die einen völligen oder teilweisen Verzicht auf die Territorialansprüche Jugoslawiens enthalten? Womit ist das zu erklären?

In der Tat, hätte die Sowjetregierung die Regierung Jugoslawiens zu territorialen Zugeständnissen getrieben, warum hat sie sich dann mit Kardeljs Schreiben nicht einverstanden erklärt? Warum hat sie Kardeljs Vorschläge abgelehnt? Hat die jugoslawische Regierung hierüber irgendwann einmal nachgedacht?

Findet die jugoslawische Regierung nicht, daß allein schon die Stellung dieser Frage alle verleumderischen Erfindungen der jugoslawischen Regierung darüber, daß die Sowjetregierung sie angeblich zum Verzicht auf die Territorialansprüche Jugoslawiens getrieben hat, über den Haufen wirft?

Ist ein Verzicht auf die maximalen Territorialansprüche denn überhaupt zulässig? Ist eine Ersetzung der Maximalansprüche durch minimale in diesem Fall zulässig? Ja, sie ist zulässig, jedoch unter zwei Bedingungen: wenn die Notwendigkeit es bedingt, d. h. wenn im gegebenen Augenblick keine Hoffnung auf Erfüllung der Maximalforderungen besteht und wenn die jugoslawische Regierung die Verantwortung für solche Zugeständnisse übernimmt. Warum hat sich die Sowjetregierung denn mit Kardeljs Vorschlägen nicht einverstanden erklärt? Erstens darum, weil die von Kardelj vorgeschlagenen Zugeständnisse nicht von der Notwendigkeit bedingt waren, d. h. weil eine Möglichkeit zur Befriedigung der maximalen Territorialansprüche bestand. Zweitens deshalb, weil die jugoslawische Regierung sich weigerte, für die im Briefe Kardeljs dargelegten Territorialzugeständnisse die Verantwortung zu übernehmen. Die jugoslawische Regierung wollte, daß nicht sie, sondern die Sowjetregierung für diese Zugeständnisse verantworte. Naturgemäß konnte sich die Sowjetregierung auf diese gaunerische Machenschaft zum Betrug der Völker Jugoslawiens nicht einlassen.

Die jugoslawische Regierung bemüht sich, die Sache so hinzustellen, als habe Kardelj seinen Brief an Wyschinski gesandt, weil die Sowjetvertreter eine Kompromißlösung der Frage Slowenisch-Kärntens anstrebten, und der Brief Kardeljs

sei somit eine Antwort auf Vorschläge Wyschinskis gewesen. In Kardeljs Brief aber ist mit keinem Wort erwähnt, daß er eine Antwort auf irgendwelche Vorschläge oder wohl gar auf Forderungen der Sowjetvertreter war. Im Gegenteil, E. Kardeljs Brief hinterläßt keinen Zweifel darüber, daß er nicht als Antwort auf irgendwelche 'Forderungen' der Sowjetvertreter, sondern von Kardelj aus eigener Initiative geschrieben wurde. Das ist schon aus dem ersten Satz des Briefes von Kardelj ersichtlich:

„Da die Möglichkeit besteht, daß die jugoslawischen Territorialansprüche an Österreich in ihrer jetzigen Form samt und sonders zurückgewiesen werden, und für den Fall, daß Sie einen neuen Antrag zu stellen wünschen, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf Fragen lenken, die für die Föderative Volksrepublik Jugoslawien derart wichtig sind, daß es erforderlich wäre, eine positive Lösung für sie zu finden.“

Wie man sieht, ist Kardeljs Brief keine Antwort auf irgendeinen Vorschlag oder eine Forderung Wyschinskis. Wäre nämlich Kardeljs Brief eine Antwort auf einen Vorschlag oder eine Forderung Wyschinskis gewesen, so hieße es dort: 'Da Sie einen neuen Antrag stellen wollen', oder 'In Anbetracht dessen, daß Sie einen neuen Antrag zu stellen wünschen'. In dem Brief aber ist etwas völlig anderes gesagt, nämlich: 'Für den Fall, daß Sie einen neuen Antrag zu stellen wünschen'. Folglich stellt Kardeljs Brief keine Antwort auf irgendeinen Vorschlag oder eine Forderung Wyschinskis dar, sondern eine an Wyschinski gerichtete Anfrage, ob er nicht einen neuen Antrag zu stellen wünsche.

Bekanntlich hatte die Sowjetregierung Kardeljs Frage ablehnend beantwortet, d. h. sie hatte gesagt, daß sie keinen neuen Antrag zu stellen wünsche, der die Ansprüche Jugoslawiens auf Slowenisch-Kärnten revidiere. Die Sowjetregierung hatte geantwortet, daß eine Revision der jugoslawischen Ansprüche nicht von der Notwendigkeit bedingt sei, wenn aber die jugoslawische Regierung auf ihrem Standpunkt verharre, so müsse sie die ganze Verantwortung für die territorialen Zugeständnisse übernehmen, und nur dann, wenn die jugoslawische Regierung die Verantwortung für diese Zugeständnisse übernehme, werde die Sowjetregierung bereit sein, im Außenministerrat diese neue Position als die der jugoslawischen Regierung zu verteidigen.

Bekanntlich hat sich die jugoslawische Regierung, als sie der Sowjetregierung territoriale Zugeständnisse unterschob, geweigert, die Verantwortung für diese Zugeständnisse zu übernehmen, in dem Wunsche, ihre neue Kapitulantenhaltung vor den Völkern Jugoslawiens zu verbergen.

Der Klarheit halber bringen wir nachstehend den Wortlaut des Briefes von Kardelj, und zwar:

den Teil, der sich auf den Verzicht der jugoslawischen Regierung auf Territorialansprüche Jugoslawiens bezieht.

Moskau, den 20. April 1947

Geehrter Genosse Wyschinski!

Da die Möglichkeit besteht, daß die jugoslawischen Territorialansprüche an Österreich in ihrer jetzigen Form samt und sonders zurückgewiesen werden, und für den Fall, daß Sie einen neuen Antrag zu stellen wünschen, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf Fragen lenken, die für die Föderative Volksrepublik Jugoslawien derart wichtig sind, daß es erforderlich wäre, eine positive Lösung für sie zu finden. Die positive Lösung dieser Fragen würde die minimalste Befriedigung der Forderungen darstellen, die in den jugoslawischen Territorialansprüchen enthalten sind.

Die erste Frage betrifft die Kraftwerke Zvabek und Labud. In meinem Referat vor dem Außenministerrat habe ich die besondere Bedeutung betont, die diese Kraftwerke für die jugoslawische Elektroindustrie haben. Die Kraftwerke Zvabek und Labud wurden nach dem Anschluß, hauptsächlich während des Krieges, von der deutschen Firma Alpen-Elektrowerke AG., Wien, gebaut, im Gegensatz zu der Konvention von 1926, derzufolge Österreich sich verpflichtet hat, an der Dráva nichts ohne vorherige Verständigung mit Jugoslawien zu bauen. Diese Kraftwerke sind also deutsches Eigentum in der Westzone Österreichs, von dem auch die Föderative Volksrepublik Jugoslawien, außer den übrigen Signatarstaaten des Beschlusses der Pariser Reparationskonferenz, einen Teil ihrer Reparationen zu erhalten hat. Weiter sind diese Kraftwerke ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse der jugoslawischen Elektroindustrie gebaut worden und werden bei dem heutigen Auswertungsregime ungeheuer schädigen — in einzelnen Monaten ungefähr um je eine Million Kilowattstunden.

Die Frage kann durch eine kleine Grenzkorrektur geregelt werden, für die ich Ihnen das Projekt zweier Varianten unterbreite, im äußersten Falle aber kann man sie durch Einführung besonderer Rechte der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien bei der Verwaltung dieser Kraftwerke regeln. Ich lege den Plan eines solchen Regimes bei.

Die zweite Frage betrifft den besonderen Schutz der nationalen Rechte der in Kärnten lebenden Slowenen. Nach allen Erfahrungen, die das slowenische Volk mit Österreich gemacht hat, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß nach der Unterzeichnung des Vertrags Versuche einer nachdrücklichen Germanisierung einsetzen werden. Selbst die demagogischen Maß-

nahmen (z. B. die Wiederherstellung der Zweisprachenschule), die Österreich in Kärnten nach dem Zusammenbruch Deutschlands, zumindest auf dem Papier, getroffen hat, um sich in nationaler Beziehung tolerant zu zeigen, werden schon heute de facto nicht durchgeführt. Aus diesem Grunde hätte es große Bedeutung, wenn in dem Vertrag erreicht würde, daß Maßnahmen, die bereits Gesetzeskraft erlangt haben, ergänzt und als Bestandteil des Vertrags in ihrer Gesamtheit unter die Kontrolle der vier Mächte gestellt werden. Ich lege Aufzeichnungen mit den Hauptprinzipien eines solchen Regimes bei.

Ich benutze die Gelegenheit, Sie zu begrüßen.

Mit Hochachtung

Kardelj

1. VARIANTE

Die erste Variante bezieht sich auf den Gerichtskreis Pleiberg (Bleiburg), das Territorium zwischen der jetzigen österreichisch-jugoslawischen Grenze, der Dráva und der Westgrenze der Gemeinde Bistrica (Feistritz) und Blato (Moos), und nördlich der Dráva die Gemeinde Labud (Lavamünd) und den Teil der Gemeinde Rude (Ruden), der an der Dráva liegt sowie von dem übrigen Teil der Gemeinde durch eine Linie getrennt ist, die den Gebirgskamm entlang über Anhöhe 882 verläuft. Dieses so beschaffene Territorium hat 210 qkm und, den österreichischen Erhebungen von 1934 zufolge, 9396 Einwohner.

Die ethnische Zusammensetzung des erwähnten Territoriums ist ausführlich aus den beigelegten Tabellen zu ersehen. Die österreichischen Erhebungen von 1910, die bekanntlich zum Schaden der Slowenen durchgeführt wurden, zeigen immerhin auf diesem Territorium eine unverkennbare Mehrheit von Slowenen (6696 Slowenen, 2878 Deutsche).

Bei der Volksabstimmung von 1920 stimmte die Mehrheit auf diesem Territorium für Jugoslawien.

2. VARIANTE

Die zweite Variante erfaßt südlich der Dráva die Gemeinden Libelice (Leifling) und Zvabek (Schwabek), sowie nördlich der Dráva die Gemeinde Labud (Lavamünd) und einen kleinen Teil der Gemeinde Rude (Ruden). Diese Variante erfaßt ein Territorium von ungefähr 63 qkm und hat laut österreichischen Erhebungen von 1934 3150 Einwohner.

Die ethnische Zusammensetzung ist etwas schlechter als in Variante 1, da die Gemeinde Labud, die in dieser Variante die meisten Einwohner hat, stark germanisiert worden ist.

4. Die jugoslawische Regierung verlangt in ihrer Note vom 20. August von der Sowjetregierung, sie solle besondere Achtung oder gar Liebe für sie an den Tag legen, diese Achtung und Liebe sollten in den sowjetischen Noten an die jugoslawische Regierung zum Ausdruck kommen; die Noten sollten nichts enthalten, was die Eigenliebe der jugoslawischen Regierung antasten oder diese beleidigen könnte. Die jugoslawische Regierung versichert, dies erforderten die 'internationalen Normen'.

Die Sowjetregierung ist gezwungen, festzustellen, daß die jugoslawische Regierung Unmögliches von ihr verlangt.

Jedermann ist bekannt, daß die jugoslawische Regierung aus dem Lager des Sozialismus und der Demokratie ins Lager des Imperialismus und des Faschismus desertiert ist. Es sei bemerkt, daß die Sowjetmenschen und die Sowjetöffentlichkeit Deserteure nicht achten. Um so weniger können sie irgend etwas wie Liebe für Deserteure empfinden. Noch mehr: es ist jedermann bekannt, daß die Sowjetmenschen und die Sowjetöffentlichkeit Deserteure verachten.

Natürlich gibt es verschiedenerlei Deserteure. Es gibt zufällige Deserteure, Deserteure aus Feigheit, die glauben, durch Desertion ihre Haut retten zu können; es gibt auch andere Deserteure, böswillige Deserteure. Das sind Leute, die nicht nur desertieren, um ihre Haut zu retten, sondern um dem Lager zu schaden, aus dem sie davongelaufen sind. So bedauerlich das auch ist, sei festgestellt, daß die Sowjetmenschen und die Sowjet-

öffentlichkeit die jugoslawische Regierung zur Kategorie nicht der zufälligen, sondern der böswilligen Deserteure zählen.

Es sei ferner darauf hingewiesen, daß es auch verschiedenerlei böswillige Deserteure gibt. Es gibt böswillige Deserteure, die sich schuldig fühlen, unter ihrer Schmach schwer leiden und bemüht sind, unbemerkt zu bleiben, nicht aufzufallen, die sich beinahe bescheiden verhalten. Aber es gibt auch böswillige Deserteure, die ihre Schmach zu einem einträglichen Geschäft für sich machen, die sich marktschreierisch ihrer Desertion als einer Art Heldentums rühmen, die immer wieder auf die Bühne gerannt kommen, um das Lager, aus dem sie davongelaufen sind, anzuklaffen, die sich schamlos damit brüsten, daß sie dieses Lager stets anklaffen können, daß sie folglich nicht irgendwelche gewöhnlichen Deserteure, sondern Helden seien. Genau wie in Krylows Fabel: 'Ei seht doch, was das Möpschen kann, es bellt den Elefanten an.'

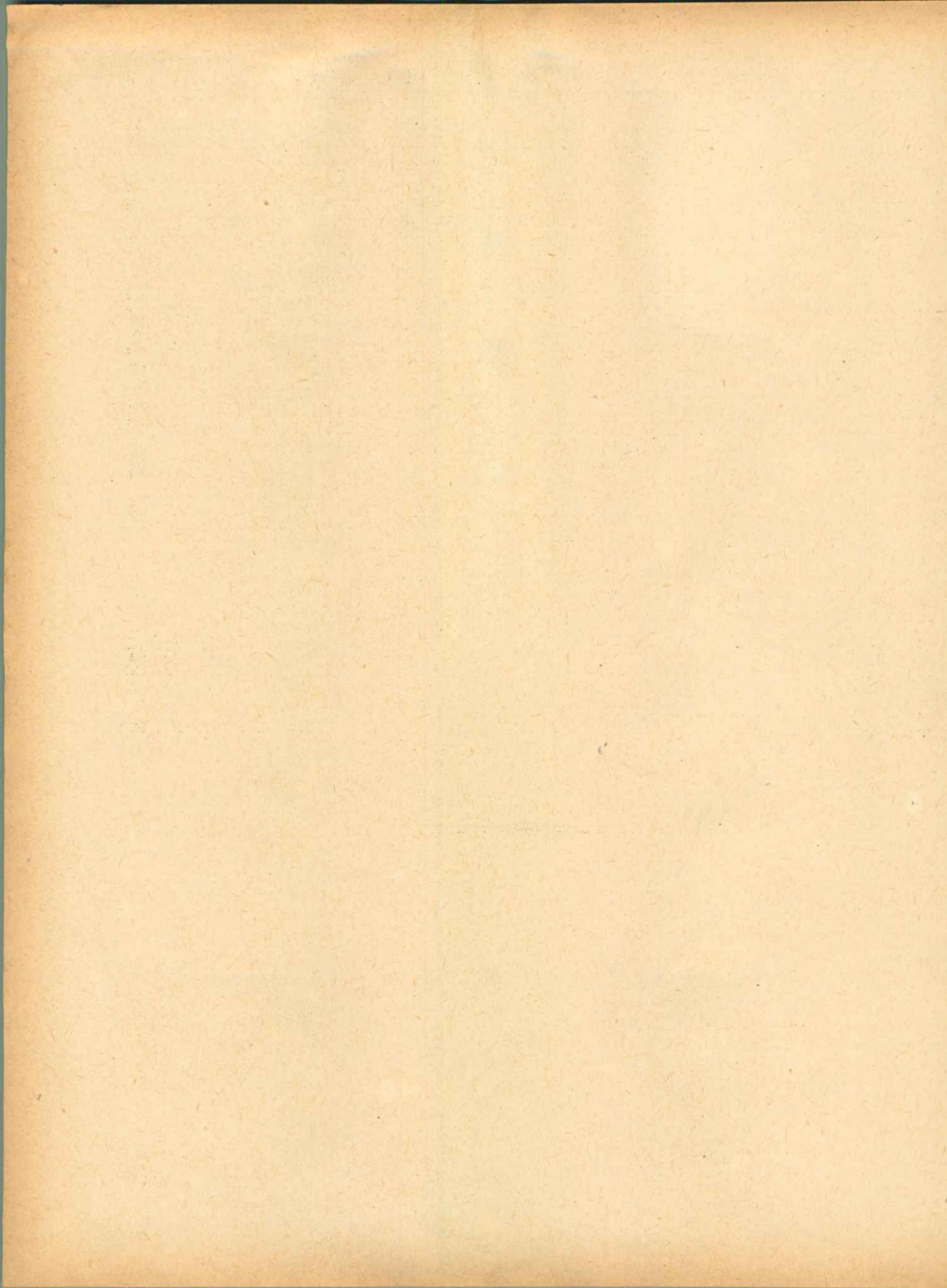
So bedauerlich das auch ist, sei festgestellt, daß die Sowjetmenschen und die Sowjetöffentlichkeit die jugoslawische Regierung zur Kategorie gerade solcher prahlerischen, böswilligen Deserteure zählen.

Das ist die öffentliche Atmosphäre, inmitten der die Sowjetregierung zu arbeiten hat.

Wir hoffen, die jugoslawische Regierung wird begreifen, daß sie von seiten der Sowjetregierung nicht auf Liebenswürdigkeiten und erst recht nicht auf Achtung rechnen kann.

Moskau, den 29. August 1949.

(„Prawda“ vom 31. August 1949.)



befehlshaber der englischen Streitkräfte in Malaya, muß zugeben, daß die Lage in Malaya immer noch ernst ist. Keinerlei Truppen könnten helfen, solange das Volk den Regierungsbehörden die Zusammenarbeit verweigere.

Diesmal hat ein Würger der Freiheit Malayas die Wahrheit gesprochen. Das malaiische Volk

„verweigert“ der Marionettenregierung „die Zusammenarbeit“ und setzt den Kampf für seine Unabhängigkeit und Freiheit fort. Es möchte über die Früchte seiner Arbeit selbst bestimmen. Und es wird sich dieses Recht zweifellos erzwingen, so schwer der bevorstehende Kampf auch sein mag.

Senator Malones Geständnisse

I. SOTNIKOW

DER THEORETIKER des Labourismus, Mr. Harold J. Laski, unternahm vor kurzem eine höchst angenehme Reise nach Amerika. Das Mekka des modernen Kapitalismus machte auf Laski, wie er schreibt, einen „überwältigenden Eindruck“. Er veröffentlichte in der New Yorker Zeitschrift „Nation“ mehrere Artikel, in denen er begeisterte Loblieder auf seine amerikanischen Brotherren singt: sie seien mit allem ausgestattet, was notwendig sei, um ihnen eine den ganzen Erdball erfassende „moralische Führerschaft“ zu gewährleisten, von der „die Welt sich die Sicherung der Grundlagen der Zivilisation“ erhoffen könne. Aber selbst dieser überschwengliche labouristische Tellerlecker konnte nach näherer Bekanntschaft mit den amerikanischen Salons nicht umhin zu bemerken, daß es „nicht viele moderne Gesellschaften gibt, in denen... die Kunst des Denkens so wenig gepflegt wird“.

Harold Laski verschweigt selbstredend die Namen der Minister, Senatoren, Gewerkschaftsbözen und Generale, deren Denkvermögen ihn zu diesem Schluß gelangen ließ. Man kann jedoch Gift darauf nehmen, daß George W. Malone, ein Senator des Staats Nevada, nicht mit dem letzten Platz in der langen Liste dieser Namen vorliebnehmen müßte.

In der Augustnummer der Zeitschrift „American Magazine“ veröffentlichte Malone einen Artikel, in dem er offen eingestand, seiner Ansicht nach könne man die Führung über die Welt beanspruchen, ohne sich besonders in der Kunst des Denkens zu vervollkommen. Zu diesem Zweck genügt es seiner Ansicht nach durchaus, nur die ersten beiden der vier Grundrechnungsarten zu kennen. Malone brüstet sich, er habe zwar ein „bewegtes Leben hinter sich“, sei „Soldat und Boxer“ gewesen, sei aber jetzt ein „nächster Geschäftsmann, der weiß, wie man addiert

und subtrahiert und für das kämpft, was man braucht“. Dieser so unsagbar reiche Vorrat an Kenntnissen und Talenten befähigt Malone seiner Meinung nach zur Genüge dazu, über das Schicksal der Völker entscheiden zu können.

Durch Addition hat Malone die gesamte — elfstellige! — Summe von Dollars errechnet, die die USA nach dem zweiten Weltkrieg den „hungernden Europäern“ in Form von Anleihen und Marshallplanwendungen zukommen ließen. Nach Ermittlung dieses Resultats geriet er in Zorn. Die westeuropäischen Regierungen haben dieses Geld doch zu einem bestimmten Zweck bekommen. Erstens wären sie verpflichtet, der Wall Street „im Fall außerordentlicher Umstände“ Kanonenfutter zu stellen, zweitens:

„Wir sollten ihnen Geld überweisen, und sie sollten dies Geld hier bei uns ausgeben, damit unsere Betriebe täglich volle drei Schichten arbeiten könnten.“

Aber, entrüstet sich Malone, „das ist nicht eingetreten“. Vor allem haben in Westeuropa

„die einfachen Leute... uns nicht gern, wieviel Geld wir auch immer für sie ausgeben.“

Das schreibt Malone, offensichtlich um darauf hinzuweisen, daß die businessmen in den USA angesichts eines solchen Verhaltens die Lieferung von Kanonenfutter nicht als garantiert betrachten können. Andererseits hat der Marshallplan auch niemand vor der Wirtschaftskrise gerettet:

„Wir haben schon fünf Millionen Arbeitslose und mehr als zehn Millionen Kurzarbeiter... Unser Export, dessen Wachstum uns durch den Marshallplan in Aussicht gestellt wurde, ist um rund drei Milliarden Dollar zurückgegangen.“

Und da haben die westeuropäischen Länder, wie Malone entrüstet erklärt, noch die Stirn, zu beanspruchen, es müsse ihnen gestattet sein, einen bestimmten Teil ihrer Fertigwaren auf die

Weltmärkte und sogar in die USA zu exportieren. Malone schreibt höchst empört:

„Nun frage ich Sie: ‚Sind wir nicht blöd?‘... Wir geben ihnen Geld, damit sie uns so übel mitspielen.“

Nachdem er den Überblick über die Einzelheiten des Marshallplans verloren hat, stellt der Senator das ganze Vorhaben in Zweifel. Er schreibt:

„In unserem Streben, der Welt zu beweisen, daß wir nicht Onkel Shylock sind, haben wir uns lächerlich gemacht... In diesem Fall ist Onkel Sam in Wirklichkeit Onkel. Sap geworden.“

Da aber „sap“ nur „Trottel“ bedeutet, so erhebt sich natürlich die Frage: Wozu hat sich der USA-Senator zu einer so harten Selbstkritik entschlossen? Es stellt sich heraus, daß er ein eigenes „geschäftstüchtiges“ Programm hat. Hier seine Hauptpunkte:

Einführung eines Systems von „gleitenden Importzöllen“, durch das den mit analogen USA-Waren konkurrierenden europäischen Waren der USA-Markt versperrt werden könnte;

Ersetzung der Hilfe im Rahmen des Marshallplans durch „Verleihung von Geld an Privatunternehmer in den verarmten ausländischen Staaten auf rein geschäftsmäßiger Grundlage“; „ich würde durch Sachwerte gedeckte Schuld-

verschreibungen nehmen und einen vernünftigen Zinsfuß festsetzen“, fügt Malone hinzu;

Ausdehnung der Monroedoktrin auf alle Länder, die „für unser Wohlergehen notwendig sind“; mit anderen Worten: Malone beantragt, der Parole „Amerika für die Amerikaner!“ noch einige andere hinzuzufügen: „Europa für die Amerikaner!“, „Asien für die Amerikaner!“ usw.

Eigentlich enthält dieses räuberische Programm des USA-Imperialismus gar nichts Neues. Zollbarrieren für westeuropäische Industrieerzeugnisse gibt es in den USA; in den „verarmten Auslandsstaaten“, mit anderen Worten in den marshallisierten Ländern, werden die Betriebe und Aktien annehin schon von den amerikanischen Geschäftsherren für ein Butterbrot aufgekauft; die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Länder, die in Reichweite der raffenden Hände der Shylocks von der Wall Street liegen, ist bereits in die Tasche dieser Shylocks gewandert. Das Malone-„programm“ zeichnet sich nur durch seinen ungeheuerlichen Zynismus und durch das offenerzogene Wehgeschrei um den Zusammenbruch des Marshallplans aus. Es bedurfte eines ziemlich gründlichen Fiaskos des berühmten USA-„Hilfs“programms für Westeuropa, um dem amerikanischen „Onkel Sap“ dieses Geständnis zu entlocken.

Internationale Umschau

(Notizen)

DAS DEUTSCHE VOLK TRITT FÜR DEN FRIEDEN EIN

Am 1. September wurde in allen Städten und Dörfern der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands feierlich der „Friedenstag“ begangen. Diese Feier verwandelte sich in eine machtvolle Demonstration der fortschrittlichen Kräfte des neuen Deutschlands, die sich der internationalen Bewegung für den Frieden, gegen die Brandstifter eines neuen Kriegs angeschlossen haben.

Der 1. September ist ein denkwürdiges Datum in der deutschen Geschichte. Vor zehn Jahren fielen an diesem Tag die Hitlerhorden in Polen ein und entfesselten so den zweiten Weltkrieg. In diesem Jahr sind die Vertreter der fortschrittenen deutschen Öffentlichkeit am 1. September auf die Straße gegangen, um einem neuen Krieg ihr „Nein“ zu bieten. Die Friedensbewegung hat sich auch des Landes bemächtigt,

das im Laufe der letzten Jahrzehnte zweimal Aggressionsherd war. Diese Tatsache bestätigt eindringlich die unüberwindliche Stärke des Lagers des Friedens und der Demokratie.

Im Osten Deutschlands, wo das Volk durch nichts an seiner freien Willensäußerung gehindert wird, ist der Friedenskampf Sache der Allgemeinheit geworden. In den anderthalb Monaten, in denen der „Friedenstag“ vorbereitet wurde, fanden in der Sowjetzone tausende Versammlungen und Demonstrationen zum Schutze des Friedens statt. Aber im Kampf um den Frieden schließen sich die fortschrittlichen Kräfte aller Zonen zusammen. In Westdeutschland, das unter der Polizeiherrschaft der englisch-amerikanischen Behörden steht, hat das in Düsseldorf (englische Besatzungszone) unter dem Vorsitz des Schriftstellers Dr. von Hatzfeld organisierte Vorläufige Komitee der Friedensbewegung am 11. August einen Aufruf zur Festigung der Friedensfront in den Westzonen veröffentlicht.

Ein gleiches Komitee wurde in Hagen gebildet. Friedenskundgebungen fanden in Frankfurt, Nürnberg, Hamburg, Offenburg und anderen Städten statt.

Der Friedenstag wurde in der Hauptstadt Deutschlands, in Berlin, sowie in den Städten der Sowjetzone zu einem wahren Festtag aller demokratischen Kräfte des deutschen Volkes. In Berlin sprachen leitende Funktionäre der SED, des Berliner Magistrats sowie der Freien Deutschen Jugend; sie forderten die Versammlungen auf, die Friedensfront noch mehr zu stärken. 500 000 Berliner, die auf dem August-Bebel-Platz zusammengekommen waren, demonstrierten unter den Losungen des Kampfs für Frieden und Völkerfreundschaft, gegen die imperialistischen Kriegstreiber, für den Zusammenschluß um die Sowjetunion — das Bollwerk des Friedens. Ebensolche Demonstrationen fanden in Leipzig, Dresden, Halle und anderen Großstädten der Zone statt.

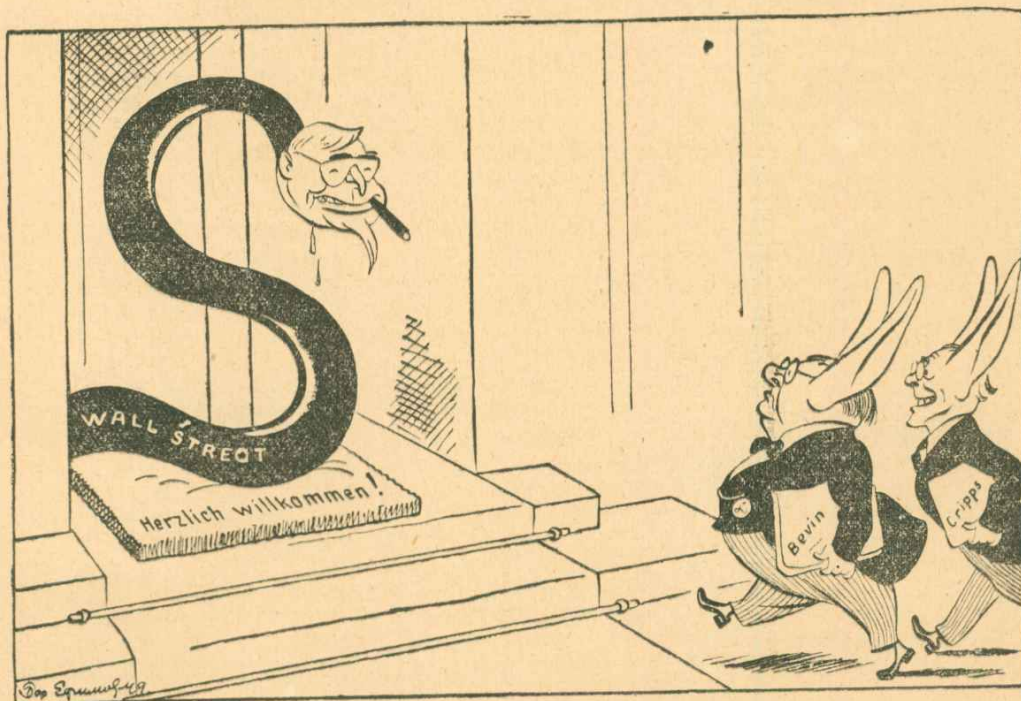
Die Worte aus dem Appell des Präsidiums des Deutschen Volksrates, daß „im deutschen Volk die Friedenskräfte wachsen und stärker zu werden beginnen als die Kräfte des Krieges“, fanden in den am 1. September 1949 abgehaltenen Demonstrationen ihren überzeugenden Ausdruck.

EHRLICH ERWORBENE EINKUNFTE VON LOUIS JOHNSON & CO.

Vor zweitausend Jahren galt Cäsars Gattin im alten Rom als über jeden Verdacht erhaben. In den modernen USA gilt dieses Vorrecht, wie sich vor kurzem zeigte, für hochgestellte Persönlichkeiten nicht nur weiblichen Geschlechts, soweit diese im Weißen Hause oder in seiner Nähe wohnen. Das geht aus einer Erläuterung des Heeresausschusses des Repräsentantenhauses der USA hervor.

DIE TAPFEREN KANINCHEN IN WASHINGTON

(Zu den englisch-amerikanisch-kanadischen Finanzverhandlungen)



Bevin und Cripps: „Dem werden wir's sch-schon zeigen.“

Zeichnung von BORIS JEFIMOW

Wie in unserer Zeitschrift (siehe Nr. 35 vom 24. August 1949) bereits mitgeteilt wurde, nahm dieser Ausschuß im Laufe mehrerer Tage Beweismaterial darüber entgegen, daß der Verteidigungsminister der USA, Louis Johnson, eine besondere Zuneigung zur Consolidated Vultee Aircraft Corp., der Erzeugerfirma für Bomber des Typs B-36, empfindet. Johnson, der als Direktor der Korporation unmittelbar an ihrem Geschäftsgang und ihren Einkünften interessiert ist, hat ihr — in seiner Eigenschaft als Verteidigungsminister — äußerst lohnende Aufträge zugeschanzt, die sich auf viele Dutzende Millionen Dollar belaufen.

Am 23. August gab Johnson in einer Sitzung des Ausschusses zu, in den letzten neun Jahren von der Consolidated Vultee Aircraft für persönliche Zwecke 150 000 Dollar erhalten zu haben. Johnson gestand auch ein, daß er, bald nachdem er sein Amt als Verteidigungsminister angetreten hatte, der Firma noch größere Lieferungsaufträge für B-36-Maschinen zukommen ließ, und daß er von dieser Firma auch Geld zur Finanzierung von Trumans Wahlkampagne erhielt.

Das Geständnis hatte einen geradezu verblüffenden Effekt: zwei Tage später faßte der Ausschuß des Repräsentantenhauses einen Beschluß, der sowohl Johnson wie auch in einem Aufwasch den Luftfahrtminister Symington und andere in der Luftlotte dienende Persönlichkeiten als über jeden Verdacht erhaben erklärte. So wurde das Privileg der Gattin Cäsars nicht nur den Empfängern modernster Kühlschränke, sondern auch denen knisternder Dollarscheine zugestanden.

Übrigens ist es nicht nur der Heeresausschuß des Repräsentantenhauses, der in den USA bestimmten Gruppen von Leuten derartige Privilegien verleiht. Unsere Leser sind bereits über die Bestechungsaffäre informiert, in die Trumans Adjutant, General Vaughan, verwickelt ist und zu der immer neue und neue skandalöse Einzelheiten bekanntwerden. Ihre Zahl ist so groß, daß eine USA-Zeitung, nämlich die „New York Post“, diesem Thema von nun an nicht mehr einzelne Artikel, sondern schon eine ganze Serie unter dem Titel „Leben und Erlebnisse von Harry Vaughan“ widmet. Und trotzdem begleitet dieser in seiner Art recht merkwürdige König der Korruption, weit davon entfernt, aus dem Weißen Haus entlassen zu werden, den Präsidenten nach wie vor auf seinen Reisen, z. B. nach Miami, zum Kongreß der Kriegsveteranen, wo Truman die Reize der amerikanischen Demokratie in besonders verlockenden Farben herausstrich. Harry Vaughan war wahrscheinlich über diese Rede ehrlich entzückt.

DIE KUOMINTANG AUF DER SUCHE NACH SÖLDLINGEN

Die Streitkräfte der chinesischen Demokratie erringen immer neue Siege über die Kuomintangreaktion. Die Tschiangkaischektruppen erleiden bei ihrem Zurückfluten in den Süden des Landes gewaltige Verluste, nicht nur an Gefallenen und Verwundeten. Der Massenübertritt von Kuomintangsoldaten und Offizieren auf die Seite des Volkes ist eine Alltagserscheinung geworden. Nach einer Meldung der Agentur Hsinhua haben allein im Juli über 17 000 Soldaten und Offiziere gegen das Tschiangkaischekregime gemeutert.

Unter diesen Umständen setzt die Spitzenschicht der Kuomintang ihre Hoffnungen in ausländische Söldner, die zum „Kampf gegen die kommunistischen Truppen“ angeworben werden. Die in Kanton erscheinende Zeitung „South China Morning Post“ veröffentlichte am 22. Juli eine Mitteilung, das Oberkommando der Kuomintang habe die Absicht, eine hunderttausend Mann starke „Fremdenlegion“ zu schaffen, in der auch „USA-Flieger und sogar japanische Soldaten gern gesehen sein werden“.

Nach Pressemeldungen hat eine Kuomintangmission, die sich in Japan befindet, eine intensive Werbung von Soldaten und Offizieren der früheren Armee des Mikado entfaltet; die Angeworbenen sollen dann nach Formosa überstellt werden. Wie der Berichterstatte der Agentur France Presse am 20. August aus Tokio meldete, haben sich hunderte ehemalige japanische Militärs

„in der chinesischen Mission registrieren lassen, um gegebenenfalls die kommunistischen Kräfte in China zu bekämpfen“.

Daß die Tschiangkaischekclique zu den Diensten japanischer Landsknechte greift, bestätigt am besten, wie hoffnungslos ihre Lage ist. Aber japanische Söldner können diese Clique ebenso wenig vor dem Zorn des chinesischen Volkes retten, wie amerikanische Waffen und Dollars.

LABOURISTISCHE ANWÄLTE DES HITLERFASCHISMUS

In Hamburg hat die Komödie des Gerichts gegen einen hitlerfaschistischen Henker im Waffenrock, Feldmarschall Manstein, begonnen, der sich auf dem Gebiet Polens und der Sowjetunion unerhörte Bestialitäten schuldig gemacht hat. Bekanntlich hat sich Churchill als erster unter den englischen Reaktionären mit diesem blutigen Unhold solidarisiert und 25 Pfund Sterling für seine Verteidigung gespendet. Die Labouristen haben zum Fonds für die Verteidigung

Mansteins ihr Scherflein in Gestalt zweier Advokaten beige-steuert: des Parlamentsmitglieds Paget und des Anwalts Silkin.

Jetzt wird es klar, zu welchem Zweck die Labouristen und Konservativen diese gemeinsamen Spenden aufgebracht haben. Die englischen Anwälte des Hitlerfaschismus sind bestrebt, den Prozeß gegen Manstein zu niederträchtigsten sowjetfeindlichen Verleumdungen auszuschlachten. Sie suchen ihrem Mandanten mit Goebbelsschen Argumenten aus der Patsche zu helfen. Dieses Schauspiel der geistigen Verbrüderung zweier Labouristen mit einem hitlerfaschistischen Henker ist so widerwärtig, daß sich selbst die BBC verpflichtet fühlte, es wenigstens irgendwie zu erklären.

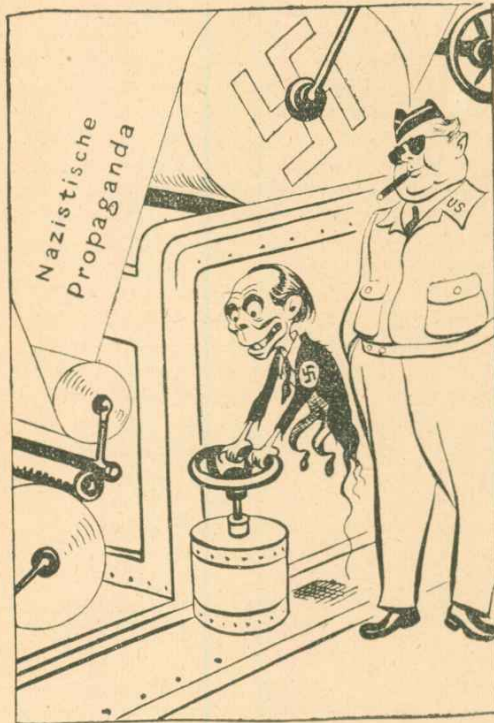
In einer am 26. August durchgegebenen Sendung berief sich der Londoner Rundfunk in diesem Zusammenhang auf das rettende angelsächsische Recht, laut dem „der Verteidiger verpflichtet ist, die Verteidigung in der von seinem Mandanten angegebenen Richtung zu betreiben“. So ist der mit dem Faschismus liebäugelnde Labourist Paget nach den Worten des BBC-Kommentators verpflichtet, Manstein nach den Weisungen Mansteins selbst zu verteidigen, weswegen es nicht zu verwundern ist, daß der Verteidigung des Nazifeldmarschalls Naziargumente und Nazierwägungen zugrunde gelegt werden.

Nicht genug damit, daß der „Sozialist“ Paget nach dem Geständnis der höchst kompetenten BBC zu „Naziargumenten und Nazierwägungen“ greift, stellt es sich noch heraus, daß er damit gerade seiner Pflicht nachkommt. Die Rechtfertigung der faschistischen Bestialitäten und Verbrechen mit faschistischen Argumenten wird zur direkten Pflicht der Labouradvokaten erklärt. Das ist der Sinn der Erläuterung, die die BBC gegeben hat.

Den Hörern des englischen Rundfunks gibt diese Erläuterung die Möglichkeit, darüber zu urteilen, wie tief die politischen Chamäleons aus der BBC gesunken sind. Ihre Erklärung ist ja nichts anderes als eine ungeheuerliche Verhöhnung des Andenkens aller Opfer des Faschismus, darunter auch jener Opfer, die das englische Volk im Kampf gegen die Hitlerpest gebracht hat.

GOEBBELS' KREATUREN KEHREN NACH TRIZONIEN ZURÜCK

Die amerikanischen und englischen Behörden haben dieser Tage bekanntgegeben, daß in den Westzonen das Lizenzsystem für die deutsche Presse abgeschafft wird. Einer Meldung der „New York Times“ zufolge sollen nach Aufhebung der Lizenzen allein in Bayern mehr als



Der Geist der „Pressefreiheit“ in
Westdeutschland

Zeichnung von BORIS JEFIMOW

80 offene Nazizeitungen wiedererscheinen. Nach anderen Angaben werden von 106 Zeitungen, die neu erscheinen sollen, mehr als 80 einen chauvinistischen, antidemokratischen und antisemitischen Charakter tragen. Die Londoner „Reynolds News“ schrieb am 28. August, daß die dahingeschiedenen Goebbelszeitungen unter ihren früheren Namen und mit den früheren faschistischen Redakteuren wiederauferstehen werden.

So beabsichtigt z. B. der frühere Herausgeber der Naziwochenschrift „Der Stürmer“, Max Willmay, zwei Zeitungen in der Nähe von Nürnberg herauszugeben. Othmar Best — seinerzeit der stellvertretende Chefredakteur der Berliner „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ — soll Chefredakteur einer Zeitung werden, die von den Kreisen der deutschen Monopolherren finanziert wird. Auch in den Städten Hof, Pfaffenhofen, Traunstein, Rosenheim, Windsheim, Kitzingen und Weißenburg werden Neonazizeitungen gegründet.

Selbst der frühere Reichsleiter für die faschistische Presse und nahe Günstling Hitlers, Max Amann, der noch im Gefängnis sitzt, hat schon

gewittert, woher der Wind weht: er erklärte, nach seiner Freilassung wolle er eine Zeitung herausgeben. In seiner Art hat er recht: wenn schon Goebbels' Kreaturen mit amerikanischer Erlaubnis neue Posten erhalten, so muß auch der Hitlersche Pressechef bald an der Reihe sein.

Die Neugründung von Nazizeitungen und das offene Auftreten bekannter nazistischer Pressegangster in der politischen Arena sind eine logische Folge des antidemokratischen politischen Kurses der Westmächte in Deutschland. In den Westzonen wurde den „entnazifizierten“ aktiven Hitlerfaschisten das Recht, Industrieunternehmungen, darunter auch Druckereien, besitzen zu dürfen, nicht abgesprochen. Die Aufhebung des Lizenzsystems ermöglicht es ihnen

nun, nach eigenem Gutdünken Nazizeitungen zu drucken und der demokratischen Presse Hindernisse jeder Art in den Weg zu legen.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang eine Erklärung, die der Militärgouverneur der englischen Zone, General Robertson, am 30. August in Berlin abgab. Der General hält es erstens für durchaus normal, daß die Nazi „unbedingt die Situation ausnutzen werden, die sich nach Aufhebung des Lizenzsystems ergibt“. Zweitens ist nach Robertsons Ansicht die Schaffung von günstigen Bedingungen für die Nazi „höchst demokratisch“.

Freiheit für faschistische Pogromtätigkeit ist der Gipfel jener Demokratie, die der Bevollmächtigte der Attlee-Bevin-Regierung vertritt.

Quer durch die sowjetische Besatzungszone Deutschlands

(Reisenotizen)

T. SOLOWJOWA

ES IST SCHON Usus geworden, eine Schilderung Berlins mit der Darstellung der ungeheuren Kriegszerstörungen zu beginnen. Ruinen, halbeingestürzte Mauern und Ziegelhaufen sind ein nicht wegzudenkender Bestandteil des Berliner Stadtbilds. Wir verhehlen nicht: auch in unseren ersten Eindrücken spielten Trümmer und Ruinen eine Rolle. Aber diesmal in einem anderen Zusammenhang: als das Auto in das Straßenlabyrinth des Sowjetsektors von Berlin einfuhr, fiel uns das rege Leben und Treiben rings um die zerstörten Gebäude ins Auge. Längs der Straßen und Plätze sind Schmalspurbahnen gelegt, auf denen sich Kleinlokomotiven bewegen, die aus den Ruinen die für Bauzwecke tauglichen Ziegel fortbringen. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend tragen Arbeitsbrigaden von Berlinern, darunter Hausfrauen, die Trümmer ab und sortieren die Baumaterialien, die man für den Wiederaufbau der zerstörten Häuser und für Neubauten verwenden kann. Der ganze Sowjetsektor der Stadt erinnert an eine große Baustelle: überall sind längs der Straßen Ziegel aufgestapelt.

Frankfurter Allee. Man berichtet uns, daß diese Straße im Frühjahr 1950 zur Hauptverkehrsader

des Sowjetsektors werden soll. Die Wiederherstellungsarbeiten und die Enttrümmerung sind in vollem Gange. An den schon wiederhergestellten Häusern blitzen die Fensterscheiben. Neben den Häusern werden Rasenflächen gesäubert oder angelegt. Der Straßenbahn- und Stadtbahnverkehr ist geregelt. Die verglasten und reparierten Straßenbahnwagen des Sowjetsektors stechen von den finsternen, unsauberen, hermetisch mit Sperrholz vernagelten Elektrischen der Westsektoren vorteilhaft ab.

Wir besuchten das neue Gebäude des Berliner Magistrats in der Parochialstraße. Die Berliner Stadtverordneten sind hier in weiten, hellen Räumen tätig. Der von Friedrich Ebert geleitete Magistrat erfüllt den Wahlauftrag der Berliner, er stellt die Stadt wieder her und strebt eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung an. Am 15. Juli hat Oberbürgermeister Ebert den Generalplan zum Aufbau Berlins der Öffentlichkeit unterbreitet. In der Hauptstadt Deutschlands werden neue Verkehrsadern, Plätze und Gärten entstehen. Für das Jahr 1949 ist allein in bezug auf Wohnhäuser, die der Stadtgemeinde und den volkseigenen Betrieben gehören, die Wieder-

herstellung von 1924 Räumlichkeiten sowie die Instandsetzung von 14 482 und der Neubau von 1569 Gebäuden geplant. Es sind 10 Millionen Mark für privaten Wohnbau, 9,2 Millionen Mark für Wohnbaugenossenschaften bewilligt.

In den Straßen des Sowjetsektors brodeln das Geschäftsleben. Die zahlreichen Schilder und Schaufenster der Geschäfte lassen aufmerken. Viele dieser Läden gehören nicht Privateigentümern, sondern Genossenschaftsvereinen und staatlichen Handelsorganisationen. In ihnen sieht man die meisten Käufer. An vielen Läden, Verkaufsständen und Cafés ist das Staatshandelszeichen „HO“ (Handelsorganisation) wahrzunehmen. Fünfhundertfünfzig Läden umfaßt der Genossenschaftshandel. Läden, Verkaufsstände und Märkte strotzen von frischem Gemüse. Die regelmäßige Gemüseversorgung der Stadt bedeutet einen großen Sieg der demokratischen Wirtschaftsorganisationen.

Die Ernährung der Bevölkerung des Sowjetsektors hat sich in diesem Jahr erheblich verbessert. Im Juli wurden die HO-Preise gesenkt. Der Umsatz nahm sogleich zu. Paul Baender, der Leiter der Handelsorganisation, gab in der Berliner Presse unlängst bekannt, daß sich der Einzelhandelsumsatz im Juli gegenüber dem Vormonat um 50 Prozent gesteigert hat. Die Lebensmittel und die anderen Waren die die Berliner in den Läden des Sowjetsektors kaufen, sind Erzeugnisse deutscher Landwirtschaft und deutscher Industrie.

In den Westsektoren werden diese Waren oft im Schleichhandel abgesetzt. Vor den Läden der Westsektoren kann man solche Szenen beobachten: geht ein Käufer auf den Laden zu, so hält ein Deutscher ihn an, schaut sich um und bietet flüsternd diese oder jene deutsche Ware an. Die Sache ist nämlich die, daß die deutschen Waren besser und erheblich billiger als die amerikanischen sind, die man in den Läden der Westsektoren feilbietet.

Wir gingen einmal in eine Lederwarenhandlung. Ein deutsches Geschäft, jedoch amerikanische Waren. Die Verkäuferin zeigt Damenhandtaschen von abstoßender Form und Qualität. Der Preis ist für deutsche Begriffe unerschwinglich. Als die Verkäuferin unsere mißbilligenden Blicke bemerkt, holt sie plötzlich unter dem Ladentisch eine gute, schöne Tasche hervor und erläutert halblaut:

„Das ist deutsches Erzeugnis, es ist billiger, aber wir sollen dem Käufer in erster Linie Importware anbieten...“

* * *

Aus Berlin führte unser Weg in die Länder der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Auch

hier erstand vor uns ein Bild intensiven Wiederaufbaus und schwungvoller Arbeit.

In Thüringen, diesem „grünen Herzen Deutschlands“, wie es in den Reiseführern genannt wird, besuchten wir den größten volkseigenen Betrieb der Zone, die Maxhütte. Das Werk liegt anderthalb Stunden Autofahrt von Weimar entfernt, in der Nähe des Fleckens Unterwellenborn, und beschäftigt etwa 7000 Arbeiter.

Die Geschichte des Werks ist sehr aufschlußreich. Bis 1945 gehörte es Friedrich Flick, einem der größten deutschen Eisen- und Stahlmagnaten, der zur imperialistischen Kriegsbrandstifterclique gehörte.

Am 30. Juni 1946 faßte die Bevölkerung Sachsens in geheimer Abstimmung den Beschluß, die Betriebe der Kriegsverbrecher und der aktiven Faschisten zu Volkseigentum zu machen. Nach Sachsen wurde auch in anderen Ländern der Sowjetzone beschlossen, derartige Betriebe dem Volk zu übergeben. Unter anderen wurde die Maxhütte Volksbetrieb. Man muß feststellen, daß die Volksbetriebe gegenwärtig 100 Prozent der Kohlenförderung der Zone, an die 100 Prozent der Kraftstromerzeugung und mehr als vier Fünftel der Eisengewinnung leisten sowie in der chemischen Industrie und im Maschinenbau die führende Stellung einnehmen.

Die Westpresse hatte boshaft prophezeit, die Arbeiter würden mit der komplizierten Sache der Industrieleitung nicht zu Rande kommen. Das Beispiel der Maxhütte zeigt, was diese Prophezeiungen in Wirklichkeit wert sind. Trotz der veralteten Betriebsausrüstung ist das Werk zu einem der besten Betriebe der Zone geworden. Die neuen Herren, die Arbeiter, haben alle Schwierigkeiten überwunden, die alten Aggregate instand gesetzt und neue gebaut. Die Jugend von Thüringen hat eine neue Wasserleitung angelegt, wodurch zusätzliche Produktionskapazitäten erschlossen werden konnten. Die alte Einstellung der Arbeiter zu ihrer Arbeit ist allmählich in die Brüche gegangen, was für die Produktionssteigerung von gewaltiger Bedeutung war.

Wir waren in einer im Bau befindlichen neuen Werkhalle. Das Dach war noch nicht fertiggestellt, aber die Werkzeugmaschinen dröhnten schon in rhythmischem Schall. Einer unserer Begleiter sagte:

„Was hätten unsere Ingenieure angefangen, wenn man ihnen vor zwei Jahren etwas von solchen Schnellmontagemethoden gesagt hätte?... Wir bauen in so raschem Tempo, denn das liegt in unserem eigenen Interesse...“

Das Werk überbietet den Plan systematisch. Wir unterhielten uns mit alten erfahrenen Arbeitern und mit jungen, die erst vor kurzem ins Werk gekommen sind. „Wir lernen so arbeiten,

wie es die Sowjetarbeiter tun“, sagten sie uns und zeigten ihre durch Rationalisierung erzielten Vervollkommnungen; sie stellten uns die Teilnehmer der Bewegung für gesteigerte Arbeitsproduktivität vor.

In den Werkabteilungen sind Ehrentafeln mit den Produktionskennziffern der besten Aktivisten des Werks ausgehängt. Neben den Porträts der Bestarbeiter des Werks ist die Photographie des technischen Leiters angebracht, der Methoden zur Gewinnung neuer Edeldahlstahlorten ausgearbeitet hat. Die besten Hochofenarbeiter des Werks sind Götz Gärtner, Paul Sieder, Hans Peterreich und Rolf Brückner. Ihrem Aktiv wurde der Name Dimitroff beigelegt.

In dem Werk, wo früher alles der Profitauspressung für den Kapitalisten diente, zeigt sich auf Schritt und Tritt die Sorge für den Arbeiter, für seine Arbeitsbedingungen, für seine kulturvolle Erholung. Im Klub, dessen Saal 500 Plätze hat, werden Theaterstücke aufgeführt sowie Konzerte, Vorlesungen und Aussprachen veranstaltet. Hierfür sorgen die Werkorganisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Betriebsrat. Das Jugendaktiv des Werks baut eine neue Jungarbeitersiedlung.

Wir sahen auch ein Arbeitersanatorium, in das die Luxusvilla Mauxions, des früheren „Schokoladenkönigs“ von Deutschland, umgestaltet ist. Am 1. Mai dieses Jahres hat die Sowjetische Militärverwaltung dieses Sanatorium dem Werk zum Geschenk gemacht. Das Sanatorium liegt in einer malerischen Gegend. Ein schöner Park, gut eingerichtete Gastzimmer, Säle für Massage und Wasserheilverfahren sowie geräumige Schlafzimmer. Auf der sonnigen Veranda rasten Arbeiter und Angestellte des Betriebs in bequemen Sesseln und lassen sich von der Sonne bräunen. In einem Flügel ist in großen, schön und zweckmäßig eingerichteten Räumen ein Kinderhort untergebracht. Beim Abschied bitten die im Sanatorium ausruhenden Arbeiter:

„Erzählen Sie in Ihrer Heimat von unserm neuen Leben...“ Gern erfüllen wir ihren Wunsch.

* * *

Wieder sind wir unterwegs. Städte und Dörfer ziehen vorbei. Saubere Häuser, Gemüse- und Blumengärten. Viele Blumen. Felder und abermals Felder. In diesem Jahr gibt es eine reiche Ernte. Man erklärt uns:

„Das ist der Boden deutscher Junker, den Landarbeiter, landarme Bauern und Umsiedler durch die demokratische Bodenreform bekommen haben...“

Wir sahen Maschinenausleihstationen (MAS). Ihrer gibt es viele in der Sowjetzone. Als die Neubauern Boden erhielten, hatten sie noch kein Inventar. Jetzt haben sie die Möglichkeit, ihren Boden mit Maschinen zu bestellen, ohne bei den Großbauern in Knechtschaft zu geraten. In Brandenburg sahen wir auf den Feldern, die von der MAS des Kreises Birkholz betreut werden, sowjetische Traktoren.

Wir erfuhren, daß die MAS-Angestellten eine große Kultur- und Aufklärungsarbeit unter den Bauern verrichten. Es gibt unter ihnen viele Aktivisten der Landortsgruppen der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. In diesem Frühjahr veranstalteten sie für die Bauern Vorlesungen über Mitschurinsche Biologie.

* * *

In Berlin sahen wir einen der neuesten Filme des jungen Studios Defa, das die progressive Kunst des demokratischen Deutschland repräsentiert. Der Film trägt den auf den ersten Blick etwas sonderbaren Titel „Die Buntkarierten“. Es ist das die Geschichte einer deutschen werktätigen Frau, die den Weg aus einem Sklavendasein zum bewußten Kampf gegen den Hitlerfaschismus zurückgelegt hat. Die Heldin des Films, Guste, begann ihr Berufsleben als Dienstmädchen in einem reichen Haus. In jenen fernen Tagen pflegte die Hausfrau ihrem Dienstmädchen, zum Zeichen ewiger Knechtschaft und sozialer Ungleichheit, Bettwäsche nicht aus weißem, sondern aus buntkariertem Stoff zu geben.

Guste machte eine schwere Lebensschule durch. Ihr Mann war ein sozialdemokratischer Phrasendrescher. Der erste Weltkrieg macht seine hochtrabenden Phrasen vom „Wirtschaftsfrieden“ zu nichts. Immer neue Schläge werden der Arbeiterfamilie versetzt. Die Faschisten verführen den geliebten Sohn durch leichten Gewinn. Der zweite Weltkrieg verschlingt alle Angehörigen Gustes. Die deutsche Frau beginnt zu begreifen, wer an den Nöten des Arbeitervolks wirklich schuld ist. Sie erhebt Protest gegen den Krieg, gegen Hitler, gegen die Monopolherren. Das Ergebnis ist bekannt: Gestapo und Gefängnis. Deutschland war in diesen Jahren ein einziges Konzentrationslager.

Der Zusammenbruch des Hitlerfaschismus gibt Guste die Freiheit. Sie ist eine schon alte, grauhaarige Frau. Aber ihr Geist ist ungebrochen. Sie beteiligt sich am demokratischen Wiederaufbau der Ostzone und erzieht ihre Enkelin zu einer Kämpferin für die Zukunft. Die alte Frau nimmt ihre buntkarierte Wäsche aus der Truhe und näht der Enkelin daraus ein Kleid. Dem Mädchen ist

der Weg ins Leben — zur Bildung, in die Universität — jetzt erschlossen. Aber Guste will, daß sie immer der verfluchten Vergangenheit ihrer Heimat, immer der Knechtschaft eingedenk sei, in der ein deutscher Werktätiger hat leben müssen. Guste vermacht der jungen Generation den Haß wider die Vergangenheit und ruft sie auf zum Kampf für die Zukunft...

Der Film spiegelt einen wichtigen Grundzug des Lebens im neuen Deutschland wider: die Sorge für die Erziehung der deutschen Jugend im demokratischen Geist, die wir insbesondere an zahlreichen Hochschulen der Ostzone, in Berlin, Leipzig, Halle, Jena und Rostock, wahrnahmen.

Vor nicht allzu langer Zeit waren die deutschen Universitäten Bollwerke reaktionärer Elemente und Brutstätten des Obskurantismus. Im Jahre 1941 stammte die Studentenschaft nur zu 2,4 Prozent von Arbeitern und Bauern ab. Nunmehr erfolgt ein langsamer, jedoch unentwegter Prozeß der Brechung alter Traditionen und der Gesundung des Hochschulwesens. Nicht mehr 2, sondern mehr als 25 Prozent der Universitäts Hörer und -Hörerinnen sind Arbeiter- und Bauernkinder. Das ist noch wenig. Aber der Geist der neuen Zeit ist schon in die alten Universitätsgebäude eingezogen.

An sämtlichen Universitäten wurden spezielle Arbeiterfakultäten gegründet. Dort studieren die besten Arbeiteraktivisten. Ihnen werden Stipendien und Plätze in Studentenheimen zur Verfügung gestellt. Die Lehrpläne der Hochschulen wurden abgeändert. Unterrichtet werden Fächer wie dialektischer Materialismus, politische Ökonomie, Planwirtschaft. Aus den Universitäten gehen Kader von Erbauern des demokratischen Deutschland hervor.

Das genaue Gegenteil hiervon ist die sogenannte „freie“ (!) Universität, die in den Westsektoren Berlins aufgezogen wurde. Diese „freie“ Hochschule erinnert sehr an eine faschistische Militärschule. Mit Vergünstigungen wird diese Universität nicht von Arbeiter- und Bauernkindern, sondern von früheren Offizieren der Hitlerarmee bezogen...

In den Universitäten und Schulen der Sowjetzone haben nicht nur neue Studenten Einzug gehalten. Die Demokratisierung hat auch das Lehrpersonal betroffen. Unser Aufenthalt in Sachsen-Anhalt fiel mit dem Abschluß der Lehrerkonferenz zusammen, die in Halle einberufen war. Den auf dieser Konferenz verlautbarten Angaben zufolge sind in den Schulen allein dieses Landes an die 8500 Neulehrer tätig, die aus den Reihen der Werktätigen hervorgegangen sind. Unlängst hat die Deutsche Wirtschaftskommission den Ehren-

titel „Verdienter Lehrer des Volkes“ eingeführt, der 28 besten Lehrern der Zone zuerkannt wurde.

Wir hatten in der Deutschen Akademie der Wissenschaften Zusammenkünfte mit Akademiemitgliedern und Universitätsprofessoren der Sowjetzone. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften hat ihren Sitz in Berlin, Unter den Linden, im Gebäude der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften. Es ist bezeichnend, daß Deutschland nie eine gesamtdeutsche Akademie der Wissenschaften besaß und daß eine solche Akademie erst nach dem Kriege von demokratischen Kräften der Sowjetzone mit Hilfe und Beistand sowjetischer Behörden gegründet wurde. Wie der Präsident der Akademie der Wissenschaften, der bekannte Philologe Professor Johannes Stroux, uns mitteilte, entfaltet die Akademie eine umfangreiche Tätigkeit zur Festigung und Erweiterung ihrer wissenschaftlichen Kommissionen sowie zu deren Umgestaltung in wissenschaftliche Forschungsinstitute.

Gelehrte, Schriftsteller, Künstler nehmen Fühlung mit den Volksmassen. Studenten und Universitätsprofessoren stehen den Arbeitern der volkseigenen Betriebe bei. Solchen Beistand leistet z. B. die Universität Dresden regelmäßig den Arbeitern Sachsens. Auf der Maxhütte trafen wir den bekannten Dichter Kurt Bartel. Er befindet sich hier schon mehrere Monate und hilft den gesellschaftlichen Organisationen, in dem Werk Kulturarbeit zu leisten. Wie weit ist all dies von dem traditionellen Wesen des deutschen Dichters entfernt — des „Priesters der reinen Kunst“!

In Berlin hörten wir die Solistenvereinigung des Berliner Rundfunks unter Leitung des Dirigenten Helmut Koch, die, begleitet vom Symphonischen Orchester, neue deutsche Lieder darbot. Sie heißen „Unser Lied — unser Leben“. Eindringliche und schlichte Melodien, einfache Worte, die von den tragischen Vergangenheitsirrunen sprechen und zum friedlichen Gegenwarts-schaffen aufrufen. Solcher Art ist das „Aktivistenlied“ Helmut Kochs zu dem Text Kurt Bartels, das den Teilnehmern der deutschen Bewegung für gesteigerte Arbeitsproduktivität gewidmet ist, sowie Eberhard Schmidts Lied „Brüder, packt mit an“, das zu Arbeitsheldentaten um des demokratischen Aufbaus willen aufruft.

Alles, was wir im Sommer 1949 in Stadt und Land der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gesehen haben, zeugt von der großen schöpferischen Arbeit der deutschen Werktätigen, die vom Joch der Monopolherren und der Junker befreit sind. Freilich ist das erst der Anfang. Die deutsche Demokratie hat viele Feinde — besonders jenseits der Zonengrenze. Aber die Werk-

tätigen rücken mit jedem Tag entschiedener und energischer von dem schweren Erbe der Vergangenheit ab, indem sie das neue, demokratische Deutschland aufbauen.

Während unseres Aufenthalts in der Zone war die Vorbereitung zum „Friedenstag“, zum 1. September, im Gange. Unter der Losung des

Kampfes für den Frieden, für die Freundschaft mit der Sowjetunion, für die demokratische Einheit Deutschlands, unter den Bannern der einheitlichen Partei der Arbeiterklasse schlossen sich Hunderttausende einfacher Menschen zusammen. Hierin liegt das Unterpfand weiterer Erfolge der deutschen Demokratie.

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Föngjuisang über Kuomintangchina

N. BALASCHOW, M. STROGOW

AUF dem Umschlag des Buches ist ein Kuomintangsoldat abgebildet, der ein blutiges, zerbrochenes Schwert fest mit der einen Hand umklammert hält, während die andere versucht, mit krampfhafter Bewegung die Schlinge zu zerreißen, die ihm den Hals zuschnürt. So hat der chinesische Zeichner das Buch des vor kurzem verstorbenen Marschalls Föngjuisang, „Tschiangkaischek wie ich ihn kenne“*, illustriert.

Einige Worte über den Verfasser. Sein Name ist bekannt. Föngjuisang war ein altes Mitglied der Kuomintang, er gehörte zu ihrem linken Flügel und bekleidete jahrzehntelang wichtige Staatsposten. Seine politischen Anschauungen waren die Ursache ständiger Zusammenstöße mit der reaktionären Spitzenschicht der Kuomintang. Nach 1945 war er einer der aktiven Führer des Revolutionären Komitees der Kuomintang. Im Jahre 1947 begann die reaktionäre USA-Presse und nach ihr auch die chinesische Kuomintangpresse Verleumdungen über den damals in den USA weilenden Föngjuisang zu verbreiten, sie behauptete, er sei für die Schaffung einer antikomunistischen Regierung Chinas. Das geschah, um Spaltung in das Revolutionäre Komitee der Kuomintang hineinzutragen. Im Zusammenhang hiermit teilte Litschen, der Vorsitzende des Revolutionären Komitees, von einem Brief Föngjuisangs ausgehend, im Februar v. J. mit, dieser betreibe in Amerika Propaganda „für einen Zusammenschluß mit den Kommunisten zum Sturz des Regimes Tschiangkaischek und gegen die amerikanische Hilfe an Tschiangkaischek, die von der Kuomintang zur Vernichtung des chinesischen Volkes benutzt wird“.

* Föngjuisang. Wo soshenshiti Kiangtseschi. Verlag Wenhuatuschupanscha, 1949.

Tatsächlich kritisierte Föngjuisang auf Kundgebungen und in der Presse scharf das Kuomintangregime. Die amerikanischen Zeitungen weigerten sich, seine Artikel abzudrucken, sie verschwiegen oder entstellten seine Reden. Im Dezember 1947 verlangte die Kuomintangregierung die sofortige Rückkehr Föngjuisangs nach China, als er sich aber weigerte, annullierte sie seinen Diplomatenpaß und schloß Föngjuisang im Januar 1948 aus der Kuomintang aus.

Föngjuisang gehörte zu denen, die alle Seiten des Lebens der Kuomintang sowie viele Geheimnisse ihrer Führer ausgezeichnet kannten. Die Zeitung „Tungpeischipao“ beurteilte Föngjuisangs Buch wie folgt:

„Es zeigt dem viele Millionen zählenden Volke Chinas das Leben, das die Spitzenclique der Kuomintang hinter den Kulissen führt. Alles, was so sorgfältig vor den Augen des Volkes verborgen und durch süßliche, demagogische Losungen getarnt wurde, erhebt in dem entlarvenden Buch Föngjuisangs vor den Augen des Volkes in seiner abscheulichen Nacktheit.“

Die Hauptaufgabe, die sich der Verfasser stellte, besteht darin, die Ursachen des Bürgerkrieges aufzudecken, das Leben und die Lebensart der Kuomintangmachthaber sowie ihre „politische Küche“ zu zeigen. Einzelne Schlußfolgerungen des Verfassers können Einwände erwecken, interessant für den Leser sind jedoch nicht nur die Schlußfolgerungen, sondern das in dem Buch angeführte umfangreiche Tatsachenmaterial. Daß dieses Material authentisch ist, unterliegt keinem Zweifel. Der Verfasser führt in seinem Vorwort aus:

„Durch meine Arbeit möchte ich ein bescheidenes Scherflein zur Sache des ganzen Volkes, zur Vernichtung der reaktionären Kuomintangdiktatur, zum Sturz

des kleinen Juanschikai*, mit andern Worten des Hitlers Nr. 2, sowie zur Schaffung einer demokratischen Koalitionsregierung und eines neuen, volksdemokratischen Chinas beisteuern." (S. 2—3.)

In Föngjuisangs Buch ist den Beziehungen zwischen der Kuomintang und der Kommunistischen Partei viel Raum gegeben, es ist gezeigt, wie sich das Volk zur einen und zur anderen Partei verhält. Im Lichte der Riesenerfolge und des Wachstums der Kommunistischen Partei Chinas treten die innere Zersetzung und die volksfeindliche Tätigkeit der Kuomintang deutlich zutage.

Nach den Worten Föngjuisangs nehmen die Obermacher der Kuomintang „nicht nur keine Rücksicht auf das Volk, sondern umgekehrt, sie verachten es offen“. Er berichtet von seinen Unterredungen mit führenden Vertretern der Kuomintangspitze, die offen zugaben, daß die politische Tätigkeit für sie vor allem ein Weg zum eigenen Wohlergehen sei. Das Geschick des Volkes interessiert sie wenig. Für sie ist das Volk nur ein Objekt erbarmungsloser und rücksichtsloser Plünderung. Föngjuisang schreibt:

„Es ist kein Wunder, daß das Volk der Kuomintang hierfür nur mit wütendem Haß heimzahlen kann. Aus dem Wortschatz des Volkes ist das Wort ‚Kuomintang‘ längst verschwunden. An seine Stelle ist das Wort ‚Kuamintang‘ getreten, das die Tätigkeitsart der Kuomintang besser kennzeichnet. Es bedeutet: ‚Partei, die das Volk ausraubt.‘“ (S. 70.)

Föngjuisang ist ein Anhänger des revolutionär-demokratischen Programms Sunjatsens. Die Kommunistische Partei Chinas kämpfte und kämpft, wie er ausführt, für die praktische Verwirklichung der drei Volksprinzipien Sunjatsens. Sie hätten in ihrem politischen Programm einen gebührenden Platz gefunden und entsprächen in der Hauptsache dem Minimalprogramm der Kommunistischen Partei. Das reaktionäre Lager aber, das die Lehre Sunjatsens zynisch fälscht, betrüge das Volk und die Weltöffentlichkeit, wenn es behaupte, die Kuomintang sei eine getreue Jüngerin des Sunjatsenismus. Der Verfasser schreibt:

„Sunjatsen war der Ansicht, das Volk müsse Herr der Lage sein, für Tschiangkaischek und die ihm nahestehenden Leute aber ist das Volk eine Herde von Sklaven, die sich widerspruchslos der kleinen Gruppe der ‚von Gott Auserwählten‘ fügen müssen. Sunjatsen strebte die nationale Unabhängigkeit Chinas an und rief zum Sturz des Imperialismus auf, Tschiangkaischek aber — und ich kenne ihn gut — kriecht sein ganzes Leben lang vor dem Imperialismus.“

Und weiter:

„Tschiangkaischek sprach im Kreise seiner Freunde häufig mit Spott von diesem ‚schwachsinnigen Mummelgreis Sun‘, der jetzt Verrückten wie er selbst den Kopf verdrehe.“ (S. 162—163.)

* Juanschikai — ein Militarist, der 1912 die Macht ergriff und versuchte, die Monarchie in China wieder aufzurichten.

Die Kuomintangreaktionäre haben, wie Föngjuisang schreibt, „das Heimatland ebenso nötig wie das Schwein Lackschuhe“. Das hat der Kampf gegen die japanische Aggression deutlich gezeigt. Der Verfasser gibt der Tätigkeit der Kuomintangclique in jener Zeit eine vernichtende Charakteristik. Entrüstet schildert er die Korruption, die Spekulation und die verschiedenartigen Geschäfte der höchsten Beamten und Offiziere der Kuomintang, denen das Land ein Objekt ihres Engros- und Detailschachers war. In der Kuomintangarmee wurde alles verschoben, von Soldateneßnapfen bis zu schweren Transportflugzeugen. Hierüber schreibt Föngjuisang:

„Handelsfieber, Kauf und Verkauf, Korruption oder einfach offener Diebstahl hatte alle Schichten der Offiziere und höchsten Beamten erfaßt. Das ist auch verständlich. Es war ja niemand da, der die Diebe verurteilen konnte, denn es stahlen alle.“ (S. 178.)

Föngjuisang enthüllt die Geheimnisse der „Kunst“, in den höchsten Sphären der Kuomintang „Karriere zu machen“. Er führt Beispiele von unfähigen, analphabetischen Leuten an, die von der Umgebung verachtet wurden und nur deshalb zu Favoriten Tschiangkaischeks aufrückten, weil sie es verstanden, sich bei ihm Liebkind zu machen, indem sie ungeniert und freigebig mit Schmeicheleien über seine Talente um sich warfen.

„Es ist ganz gleichgültig, welche Mängel ein Mensch hat, wie gemein und niedrig, in welch schmutzige Angelegenheiten er verwickelt ist, meint aber Tschiangkaischek, er könne einen solchen Menschen für seine Zwecke gebrauchen, dann ist dessen Karriere sichergestellt.“ (S. 161.)

* * *

In der ersten Zeit der japanischen Aggression kam die Kuomintangregierung unter dem Druck der patriotischen Bewegung des chinesischen Volkes der Aufforderung der Kommunistischen Partei zur Schaffung einer antijapanischen nationalen Einheitsfront nach. Das war, wie Föngjuisang schreibt, nur ein Manöver der Kuomintangreaktion zur Beschwichtigung der öffentlichen Meinung. Der Verfasser weist darauf hin, daß in kurzer Zeit von den Versicherungen und Deklarationen der Kuomintangleute keine Spur mehr übrigblieb. Tschiangkaischek und sein Kreis maßten der Aufgabe eines Zusammenschlusses der Volkskräfte zum Kampf gegen die japanischen Okkupanten niemals ernste Bedeutung bei.

Die militärischen Erfolge der kommunistischen Truppen, die gegen die japanischen Okkupanten kämpften, brachten die Kuomintangreaktion in Wut. Föngjuisang weist darauf hin, daß es während des Krieges gegen Japan in China im Grunde

zwei Fronten gab: die kommunistische, die aktive Kampfhandlungen durchführte, und die Kuomintangfront, die sich bestenfalls auf passive Verteidigung beschränkte. Im Volke machte man bittere Witze über die Frontberichte von den Operationen der Kuomintangtruppen:

„Das Volk spottete mit einem lachenden und einem weinenden Auge über die Unfähigkeit des Oberkommandos der Kuomintang, den Widerstand gegen die Japaner zu organisieren, und es setzte alle Hoffnungen auf die kommunistischen Truppen. Das Volk sagte: Wieder einmal sind die ruhmreichen Truppen der Kuomintang heldenhaft zurückgewichen und haben den in Panik fliehenden Gegner hinter sich hergezogen...“ (S. 165.)

Das Buch enthält Tatsachen, die zeigen, wie sich die Kuomintangreaktion schon lange vor der Beendigung des Krieges mit Japan darauf vorbereitete, einen Bürgerkrieg gegen die Demokratie, vor allem aber gegen deren Vorhut, die Kommunistische Partei, zu entfesseln. Die Kuomintangreaktionäre hatten animalische Furcht vor der im Verlauf des Kampfes gegen die japanischen Okkupanten anwachsenden politischen Aktivität des Volkes. Das Oberkommando der Kuomintang verwandte mehr Kraft darauf, Pläne für einen Feldzug gegen die Demokratie aufzustellen, als Kampfoperationen gegen die japanischen Aggressoren zu organisieren.

An die Front wurden alte, abgenutzte Waffen und Kampfmaschinen geschickt, die aus dem Ausland eintreffenden Waffen und Kampfmaschinen aber wurden „aufbewahrt“, d. h. sie wurden für den bevorstehenden Kampf mit den demokratischen Kräften zurückbehalten. Tschiangkaischek sagte im engsten Kreise:

„Die Zerschmetterung der Kommunisten ist für uns wichtiger und geht uns alle näher an, als die Zerschmetterung der japanischen Okkupanten.“ (S. 170.)

Föngjuisang enthüllt den engen Zusammenhang zwischen der verräterischen Linie der Kuomintangmachthaber und der Spitzenschicht des Monopolkapitals. Er befragte einmal den bekannten Bankier Fuhengtscheng über seine Einstellung zum Krieg, der noch nicht zu Ende war. Dieser antwortete:

„Je länger sich der Krieg hinzieht, desto mehr Geld gibt es.“

Dieser Ausspruch enthält die ganze „politische Philosophie“ der chinesischen Plutokratie und der reaktionären Kuomintangleiter. Die Interessen des Landes, die Interessen des Volkes wurden den Interessen des Profits zum Opfer gebracht.

* * *

Zum Hauptbevollmächtigten für die Durchführung der Japan gestellten Kapitulationsbedin-

gungen bestimmte Tschiangkaischek 1945 Hojingsching. Dieser Mann ist dadurch in China bekannt, daß er

„während des Kampfes gegen die japanischen Okkupanten darauf bestand, man solle vor Japan kapitulieren und einen ausgedehnten antikommunistischen Kampf organisieren“.

Tschiangkaischek gab Hojingsching Geheimanweisungen darüber, daß die japanischen Armeen in Gegenden, wo kommunistische Truppen die Front hielten, nicht vor diesen kapitulieren, ihnen nicht die Waffen abliefern sollten:

„Bei uns zirkulierten hartnäckige Gerüchte, Tschiangkaischek sehe vor, die japanischen Truppen zum Kampf gegen die kommunistischen Streitkräfte heranzuziehen. Gerüchte sind Gerüchte. Bald aber mußte ich mich davon überzeugen, daß sie der Wahrheit entsprachen. Einmal sagte Tschiangkaischek: „Die Japaner haben indirekt zur Verbreitung des Kommunismus in China beigetragen, mögen sie ihn jetzt auch vernichten.“ Erst der entschiedene Widerstand vernünftigerer Leute gegen diesen unsinnigen Plan verhinderte, daß er in die Praxis umgesetzt wurde.“ (S. 206.)

Föngjuisang läßt keinen Zweifel darüber offen, wen er für den wahren Schuldigen des Bürgerkriegs in China ansieht. Der nach der Kapitulation Japans einberufene Politische Konsultativrat, dem Kuomintangleute, Kommunisten und Vertreter anderer Parteien angehörten, arbeitete ein konkretes Programm für die demokratische Nachkriegsregelung in China aus. Aber:

„Tschiangkaischek, der wiederholt mit Pathos erklärt hatte, man könne ohne die Verwirklichung der vom Politischen Konsultativrat gefaßten Beschlüsse nicht auskommen“, setzte sich im Kreise seiner nahen Freunde offen und ungeniert über diese Beschlüsse hinweg und gab schließlich den Befehl, überall die Offensive gegen die 8. und die Neue 4. Armee zu beginnen.“ (S. 182.)

Der Verfasser schildert eindrucksvoll den wütenden Haß der reaktionären Spitzenclique der Kuomintang, vor allem aber Tschiangkaischeks, gegen alles Neue und Fortschrittliche. Er enthüllt das rücksichtslose Streben dieser Leute nach der Behauptung ihrer Kommandoposten um jeden Preis, er zeigt ihre Versuche, die politische und wirtschaftliche Entwicklung Chinas zu bremsen, es in der Lage eines halbkolonialen, vom Auslandskapital abhängigen Staates zu erhalten. Föngjuisang schreibt:

„Ein verschwindend kleines Häuflein von Usurpatoren will nicht nur das viele Millionen zählende chinesische Volk zu seinem Sklaven machen, sondern auch einen bedeutenden Teil Chinas an den amerikanischen Imperialismus verpachten.“ (S. 9.)

Föngjuisang zeigt in seinem Buch auch das andere Lager, das an der Entfackung des Bürger-

kriegs schuld ist, das Lager der „amerikanischen Freunde“ Kuomintangchinas. Sie zogen aus diesem Krieg ganz offen einen Nutzen, machten ihn, wie der Verfasser schreibt (S. 241), für sich zu einem „guten Geschäft“. Washington gab Tschiangkaischek Dollars und Waffen in der Hoffnung, daß sich diese Dollars künftig in goldenem Strom aus China in die USA ergießen würden. Tschiangkaischek schloß Geheimabkommen über den Ankauf von Heeresgut, er verkaufte China an die Wall Street. Der Inhalt dieser Abkommen war nur einem sehr engen Kreis bekannt, daß sie aber bestanden, unterlag keinem Zweifel.

Föngjuisang zeigt in seinem Buch mit großer Überzeugungskraft den volksfeindlichen Charakter des Kuomintangregimes. Es fragt sich, mit welchen Kräften sich dieses Regime an der Macht hielt. Der Verfasser gibt die Antwort: durch amerikanische Unterstützung und zügellosen Terror. Er schildert das raffinierte System der Kuomintang-Geheimpolizei und nennt sie eine faschistische Gestapo. Spionagemethoden, geheime Bespitzelung, Einschüchterung, Morde waren bei den Hitlerhenkern entlehnt:

„Da die ganze Macht in Tschiangkaischeks Händen liegt und er zudem eine starke Geheimpolizei hat, wird derjenige, den Tschiangkaischek zu prügeln wünscht, geprügelt, derjenige, den er zu morden wünscht, gemordet.“ (S. 20.)

Als Beispiel führt Föngjuisang die Morde an zwei bekannten chinesischen Demokraten, den Professoren Litsungpo und Wenjito, an, die auf Befehl Tschiangkaischeks von der Geheimpolizei getötet wurden.

„Sie wurden ermordet, weil sie mutig Tschiangkaischek die Forderungen gestellt hatten, auf denen das chinesische Volk bestand... Diese Professoren sagten das, was ihre Landsleute im ganzen Lande aussprechen wollten: warum man ihnen keine Freiheit gewähre, warum nach dem Sieg über die japanischen Landräuber noch immer nicht die Demokratie eingeführt werde, warum im Lande Mord und Gewalt herrschten, warum die Kuomintangreaktion den brudermordenden Bürgerkrieg entfesselt habe.“ (S. 147.)

In Kuomintangchina ist der öffentlichen Meinung ein Maulkorb angelegt. Keiner einzigen Zeitung wird erlaubt, die Wahrheit zu schreiben. Alle Propagandamittel — Presse, Film, Rundfunk — sind in Händen Tschiangkaischeks und seines engsten Kreises. Die fortschrittlichen Zeitungen und Verlagshäuser sind vernichtet oder geschlossen.

Die vom Verfasser angeführten Dokumente und Tatsachen zeigen das Lager der Kuomintangreaktion sehr vollständig und aufschlußreich. Das Buch hilft dem Leser, die lebendige Wirklichkeit im heutigen China zu verstehen, wo die Kräfte der Demokratie, des Fortschritts und der Freiheit mit den Kräften der Reaktion und der Finsternis einen Kampf auf Leben und Tod führen.

LESERBRIEFE

Rassistische Wahnideen der türkischen Chauvinisten

Als Wissenschaftler habe ich mich letzthin ausgiebig mit Fragen der neuzeitlichen Geschichte der Türkei befaßt. Es setzte mich in Erstaunen, welch großen Raum im heutigen türkischen Leben die Propagierung vergifteter nationalistischer und rassistischer Anschauungen einnimmt, die von den Behörden restlos unterstützt wird. Ich denke, daß die von mir gesammelten Tatsachen für die Leser der „Neuen Zeit“ von einigem Interesse sind.

Vor allem läßt die Hartnäckigkeit aufmerken, mit der die türkischen reaktionären Historiker zu beweisen suchen, daß die Türken das älteste Volk des Erdballs seien, daß sie die „höchste Rasse“ bilden, von der die menschliche Urkultur geschaffen worden sei. Diese erstaunliche Annahme zeigte bereits 1930 auf dem VI. Kongreß der

„türkischen Pflanzstätten“ die Historikerin Afet Inan, die ihre Rede mit folgender Behauptung schloß:

„Die Türken, deren Heimat der Altai und Mittelasien sind, waren das erste und das kulturell höchststehende Volk der Menschheit. Türke — das ist Kultur, Türke — das ist Geschichte.“

Sadri Maksudi, ein anderer Referent, behauptete auf dem gleichen Kongreß, die Sumerer, Churri, Etrusker und Hethiter, diese Schöpfer antiker Kultur, seien Türken gewesen, und überhaupt hätten die Türken, wo sie sich auch befinden mochten, „eine absolut selbständige Kultur geschaffen“.

Der Archäolog Hamit Zübeyr Koşay, der 1936 in Alaca Höyük (unweit von Ankara) Ausgrabungen vornahm, teilte

frohlockend mit, er habe in 13,81 Meter Tiefe „Heimatsboden gefunden“. Remzi Oğuz Arık, ein anderer Archäolog, der in dem gleichen Bezirk Ausgrabungen vorgenommen hat, behauptet, bis zu einem Meter Tiefe habe sich osmanische Kultur abgelagert, von 2 bis 2,5 Meter komme nacheinander byzantinische, römische und thrasische Kultur, in 3 bis 4 Meter Tiefe hethitische, von 4 bis 9,8 Meter aber protohethitische Kultur, d. h. abermals türkische.

Man braucht nicht zu beweisen, daß derlei Ansprüche auf eine seit prähistorischen Zeiten vorhandene Kulturträgerrolle der Türken keiner Kritik standhalten. Träger der antiken orientalischen und anatolischen Kultur konnten die Türken schon aus dem einfachen Grunde nicht sein, weil sie erst im 11. Jahrhundert unserer Zeitrechnung nach Anatolien kamen. Man kann die hethitische Kultur nicht als türkisch ansehen, da laut Feststellung des weltbekannten Hethitologen Bedřich Hrozný, eines tschechischen Gelehrten, die Hethiter ein Konglomerat indoeuropäischer Völker waren.

Nichtsdestoweniger halten die Wortführer der Türkischen Historischen Gesellschaft es für bewiesen, daß die Hethiter Türken gewesen seien. In Ermangelung historischer wie linguistischer Angaben klammern sie sich krampfhaft an die Anthropologie.

Während der Ausgrabungen in Alaca Höyük haben die türkischen Archäologen Skelette augenscheinlich alter Hethiter entdeckt. Diese Skelette wurden anthropometrischen Messungen unterzogen. Die solchermaßen empfangenen Angaben erachteten die türkischen Rassisten als hinreichend für die Behauptung, die Türken seien „ein Volk der weißen Alpenrasse“. Diese „Entdeckung“ wurde gemacht, nachdem man die anthropometrischen Messungen an den gefundenen Skeletten mit ebensolchen Messungen an 64 000 (!) heutigen Türken und Türkinnen verglichen hatte. Es ist charakteristisch, daß alle diese pseudowissenschaftlichen Untersuchungen von der türkischen Regierung angestellt wurden. Zu der Arbeit wurden das Ministerium für Landesverteidigung (!), das Ministerium für Gesundheitsschutz, das Statistische Amt und andere Instanzen herangezogen.

Gestützt auf eine solche Basis, setzt die Türkische Historische Gesellschaft, die Anspruch darauf erhebt, als türkische Akademie der Wissenschaften bezeichnet zu werden, die Ausarbeitung und Propagierung der faschistischen Rassen„theorie“ fort. Bis vor ganz kurzer Zeit war der gegenwärtige Ministerpräsident Şemsettin Günaltay Präsident dieser Gesellschaft. Der Bildungsminister ist ihr Ehrenpräsident, während der Präsident der Republik ihr Pate ist und die Gesellschaft ihm alle drei Monate Rechenschaft ablegt. Die Propagierung des Rassenhasses wird also unter unmittelbarer Kontrolle der türkischen Regierung in Gesamtstaatlichem Maßstab betrieben.

Um die angebliche „Überlegenheit“ der türkischen Rasse zu erweisen, werden von den Mitgliedern der Historischen Gesellschaft systematisch öffentliche Vorlesungen gehalten sowie arabische, persische, chinesische, altarmenische, byzantinische und griechisch-römische Quellen gefälscht.

Geschichtslehrbücher werden neu verfaßt, Serien historischer Bücher gedruckt, Kongresse veranstaltet, und in den Archiven verschiedener Länder wird nach Angaben über die „Kulturträgerrolle“ der Türken gefahndet.

Im Jahre 1931 stellte die Türkische Historische Gesellschaft ein vierbändiges Lehrbuch zusammen, das seither in mehreren Auflagen erschienen ist und das offizielle Geschichtsbuch der Türkei darstellt. Sein Hauptzweck ist es, der Jugend die faschistische „Theorie“ einzuhämmern, die Türken seien eine „ausgewählte Rasse“, die ihre Reinheit bewahrt habe und seit prähistorischen Zeiten in der Geschichte der Menschheit eine führende Rolle spielte. Wir lesen in dem Lehrbuch:

„Die türkische Rasse, die die bedeutendsten Ereignisse der Geschichte zuwege brachte, ist eine Rasse, die mehr als alle andern ihre Selbständigkeit bewahrt hat. In prähistorischer und historischer Epoche hat sich diese Rasse mit andern Rassen jener umfangreichen Gebiete, die sie innehatte, sowie der benachbarten Lande vermischt. Aber da die türkische Rasse von ihren unstreitigen organischen Eigenschaften gelenkt wurde, haben diese Mischprozesse in den meisten Fällen die türkische Rasse nicht ihrer charakteristischen Besonderheiten beraubt.“ (S. 20.)

Des weiteren wird gesagt, die „Menschen, die zu dieser großen Rasse gehörten“, seien seit undenklichen Zeiten Schöpfer verschiedener Kulturen, Gesellschaftsformationen und Staaten gewesen. Es machte ihnen nichts aus, sich mit dieser mühevollen Angelegenheit zu befassen, da sie über einen ungewöhnlichen, „höchst machtvollen Verstand“ verfügten.

Die Albernheit derartiger Behauptungen liegt für jeden leidlich Vernünftigen auf der Hand. Es ist allgemein bekannt, welches Schicksal vor nicht allzu langer Zeit die hitlerfaschistische Theorie der Rassenexklusivität ereilte und welches Ende deren Träger nahmen. Die heutigen türkischen Historiker, die sich in den Staub der Jahrhunderte vergraben haben, schlagen ganz frische geschichtliche Lehren offenbar in den Wind.

Auf dem II. Kongreß der türkischen Historiker in den Jahren des zweiten Weltkriegs hielt ein gewisser Sadi İrmak einen Vortrag über das Thema „Forschungen zur Biologie der türkischen Rasse“. In den Fußstapfen der grausamen hitlerfaschistischen Fanatiker wandelnd, behauptete er, die Blutzusammensetzung sei ein wichtiges Kriterium bei der Bestimmung der Rasse und die Türken stünden ihrer Blutzusammensetzung nach neben — den Deutschen und den Engländern! Ein anderer Referent, Nureddin Onur, erklärte in seinem Vortrag „Über die Herkunft der türkischen Rasse vom Standpunkt der Blutzusammensetzung“, die „türkische Rasse“ sei „das Grundsubstrat, das in Europa den Typus ‚A‘ hervorgebracht“ habe. (Zu diesem Typus rechnet er Türken, Deutsche und Engländer. — A.R.) Der türkische Professor R. Özdemir ging noch weiter, er behauptete, in den Adern der Deutschen liege türkisches Blut!

Überall und in allen Dingen schritten und schreiten die türkischen Rassisten in den Fußstapfen der Hitlerfaschisten.

Voll Bereitschaft zur Teilnahme am Krieg gegen die Sowjetunion auf seiten Hitlerdeutschlands, versuchten sie mittels einer Pseudowissenschaft ihre „blutsmäßige“ und „seelische“ Verbundenheit mit dem Hitlerfaschismus zu fundieren. Im Jahre 1937, auf dem Internationalen Archäologenkongreß in Bukarest, hat die schon erwähnte Afet Inan ehrfürchtig ein angeblich bei den Ausgrabungen in Anatolien gefundenes faschistisches Hakenkreuz vorgewiesen und geäußert:

„Dieses goldene Kreuz ist eine genaue Kopie des Abzeichens der Nationalsozialisten in Deutschland, während es seit alters das Symbol der Türken und ihrer Ahnen war.“

Man braucht sich nicht zu wundern, daß nach der Zerschmetterung des faschistischen Deutschland Dutzende hitlerfaschistischer „Theoretiker“ des kannibalen Rassismus in der Türkei einen Unterschlupf fanden. Sie wurden Lehrmeister der türkischen Faschisten, die es für günstig hielten, sich zu stellen, als hätten sie nie vernommen, wie die Hitlerfaschisten seinerzeit die Türken für Untermenschen und Affen erklärten!

An Frechheit übertreffen die türkischen Fälscher selbst ihre Lehrmeister; die Panturkisten, die ihre heutigen aggressiven Wahnsinnspläne mit albernen Hinweisen auf die Geschichte motivieren, versteigen sich zu wüsten Behauptungen, wonach die Türken, außer allem übrigen, auch noch die — Gründer des russischen Staats gewesen seien! Schon das Wort „Russ“ an und für sich wird, den längst wissenschaftlich erwiesenen Tatsachen zum Trotz, von ihnen als Name eines unbekannten, wer weiß woher genommenen Türkenstamms behandelt, der angeblich im Dnjeprbecken gewohnt haben soll. Den Worten Afet Inans, der Präsidentin der Historischen Gesellschaft, zufolge „gibt es fundamentale Gründe dafür, warum schwedische Kaufleute die Türken als Krieger und Heerführer heranzogen, besonders in den Zentren des Dnjeprgebiets“. Offenbar haben diese geschäftstüchtige Person und ihre Kollegen sich schon gänzlich an den Gedanken gewöhnt, daß die Türken ständig irgendwessen Landsknechte waren.

Man braucht nicht ausführlich auf dieses Fiebergestammel faschistischer Historiker einzugehen. Jeder in der Geschichte irgendwie bewanderte Mensch kann über sie nur lachen. Empörend jedoch ist, daß die türkische Reaktion solche Fieberträume zur geistigen Vergiftung des Volkes, zu dessen Vorbereitung für aggressive Abenteuer auszuschlachten sucht, die ihren Anstiftern teuer zu stehen können.

Die Panturkisten aus der Historischen Gesellschaft versuchen in unverschämter Weise die große Vergangenheit der mittelasiatischen Völker — der Usbeken, Tadshiken, Kasachen, Turkmenen u. a. einzusackern, die im tiefen Altertum eine hohe Kultur geschaffen haben, welche sich auf eigener Bahn entwickelte. Die hervorragenden

Entdeckungen sowjetischer Archäologen in Mittelasien beweisen unwiderleglich, daß die Völker Mittelasiens in der Kulturgeschichte eine glorreiche Rolle gespielt haben. Die türkischen Panturkisten indes sind drauf und dran, alle Errungenschaften der Menschheit sich selbst zuzuschreiben.

„Die Kultur Zentralasiens bezeichnen wir als türkische Kultur“, schrieb Hamit Zübeyr Koşay, obwohl er mit gleichem Recht die Kultur der Mars- oder Mondbewohner türkisch nennen könnte. Als Träger türkischer Kultur erwähnt dieser Herr die Horden Attilas, die Petschenegen, die Khane der Mongolei und der Goldenen Horde. Die Türken haben, wie sich herausstellt, nicht nur den Islam unter ihre Fittiche genommen, sondern auch „die Grundlagen des Handwerks vom Orient zum Okzident und vom Okzident zum Orient hinübergetragen, vor allem schufen sie die berühmte Urkultur“.

Sadri Maksudi, dem erwähnten Redner des II. Kongresses der türkischen Historiker, deuchte auch dies noch zu wenig. Er äußerte bereits:

„...in der Menschheitsgeschichte hat keine einzige Rasse solche Fähigkeit zur Staatsgründung gehabt wie die türkische Rasse. In Asien gibt es keinen Punkt, wo die Türken nicht in einer bestimmten Geschichtsepoche geheerrscht hätten. Außerhalb Asiens, in Europa und Afrika (!), sind die von Türken geschaffenen Staaten unzählbar“... „In China, Indien, Ägypten, Deutschland, Rußland, Italien, im Hoheitsgebiet des Oströmischen Reiches und auf dem ganzen Balkan war die türkische Rasse zu allen Zeiten der Geschichte die herrschende Nation.“

Dem läßt sich schwerlich etwas hinzufügen. Der maniakalische, wir möchten sagen, krankhafte Charakter des türkischen Chauvinismus tritt in diesen Worten außerordentlich plastisch zutage.

Der Nationalismus der türkischen Reaktionäre setzt sich das Ziel, das Volk im Geiste der Verachtung, des Hasses und der Feindschaft für die anderen Völker zu erziehen. Die vergiftete Ideologie des Rassismus soll in der heutigen Situation aus den Türken billiges Kanonenfutter für die englisch-amerikanischen Imperialisten machen. Die Politik der regierenden Clique hat bereits zur Umwandlung der Türkei in einen Vasallen des amerikanischen Imperialismus geführt. In dieser für das türkische Volk so tragischen Tatsache liegt der wirkliche Sinn des türkischen Rassismus.

Mich als Sowjetmenschen muß unbedingt die Frage interessieren: begreifen die türkischen Machthaber die ganze Verderblichkeit und Gefährlichkeit der von ihnen unterstützten Ideologie des Panturkismus?

A. Rafikow,

Mitarbeiter des Instituts für Orientalistik
der Akademie der Wissenschaften der UdSSR

Leningrad, August 1949

25. August

Verbot der Kommunistischen Partei in Salvador.

27. August

Sechzehntausend Arbeiter der Gummiindustrie der USA, die dem Kongreß der Industrieverbände angehören, treten in Streik. Die Ausständigen fordern Lohnhöhung und Pensionszahlungen.

In Wien findet die erste gemeinsame Massenkundgebung der Kommunisten und der Linksozialisten statt.

28. August

Der Mandschurische Volkskongreß wird in Mukden geschlossen. Auf dem Kongreß wurde die Volksregierung der Mandschurei konstituiert.

In Sydney (Australien) findet eine Konferenz ehemaliger, ausgeschlossener wie freiwillig ausgetretener, Mitglieder der Labourpartei statt. Von der Konferenz wird die zur Spaltung der Gewerkschaften führende Politik der Regierung sowie ihr Vorgehen während des Bergarbeiterstreiks verurteilt; ferner wird die Aufhebung aller arbeiterfeindlichen Gesetze gefordert.

29. August

Die Sowjetregierung beantwortet die Note der jugoslawischen Regierung vom 20. August.

Der Maurer- und Betonarbeiterverband Norwegens beschließt, am Bau von Rüstungsanlagen nicht teilzunehmen.

In Turku (Finnland) treten die Arbeiter der metallverarbeitenden

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

August—September 1949

Industrie und des Schiffbaus in einen Lohnstreik.

30. August

Das Ständige Komitee des Weltkongresses der Friedensanhänger veröffentlicht einen Aufruf zu dem am 2. Oktober bevorstehenden Internationalen Tag des Kampfes für den Frieden.

In New York tagt eine Konferenz von 1500 linken Gewerkschaftsfunktionären des Kongresses der Industrieverbände, die 12 Gewerkschaften vertreten. In einer von der Konferenz beschlossenen Resolution wird die Spaltungspolitik verurteilt, die die rechte Führung des Kongresses in der Gewerkschaftsbewegung treibt.

In den USA konstituiert sich ein parteiloses Landeskomitee (National Non-Partisan Committee) zum Rechtsschutz für die 12 kommunistischen Parteiführer. An der Spitze des Komitees stehen der Negerführer Paul Robeson und Richter Norval K. Harris von einem Kreisgericht des Staates Indiana.

31. August

Der englische Außenminister E. Bevin und Finanzminister S. Cripps reisen von London nach Washington, um an Verhandlungen von Vertretern der USA, Englands und Kanadas über Finanzfragen teilzunehmen.

Der Generalstab der Republik Vietnam veröffentlicht eine Mitteilung über die Kampfsergebnisse von 8 Monaten des Jahres 1949. Die französischen Truppen verloren an Toten 10 200, an Verwundeten 3250 und an Gefangenen 1600 Mann.

1. September

In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wird ein „Friedenstag“ durchgeführt.

Aufhebung der Brotrationierung in Ungarn. Alle Lebensmittel werden nunmehr ohne Marken verkauft.

Der UNO-Generalsekretär Trygve Lie erhält vom Hilfen des albanischen Außenministers, Vasil Nathanaili, eine neue Protestnote gegen die fortgesetzten Verletzungen der albanischen Grenzen durch Athener Regierungstruppen.

2. September

In Budapest wird der 2. Weltjugendkongreß unter Teilnahme von 600 Delegierten aus über 60 Ländern eröffnet.

3. September

In Paris findet ein vieltausendköpfiges französisches Landestreffen ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegsgefangener zum Kampf für den Frieden statt.

4. September

Eröffnung der 13. Internationalen Industriemesse in Plowdiw (Bulgarien). Auf der Messe sind vertreten: die Sowjetunion, die volksdemokratischen Länder, die USA, Frankreich, die Schweiz und andere Länder.

VERLAGS ANZEIGEN

STAATSVERLAG FÜR GEOGRAPHISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

- W. K. ARSENEW — *In den Urwäldern des Ussuri-gebiets*. 550 S., Rbl. 16,10
- L. S. BERG — *Die russischen Entdeckungen in der Antarktis und was gegenwärtig an ihnen interessiert*. 32 S., Rbl. —,60
- W. I. WLODAWEZ — *Die Vulkane der Sowjetunion*. (Serie „Naturerscheinungen“.) 164 S., Rbl. 2,50
- A. I. WOJEJKOW — *Die Einwirkung des Menschen auf die Natur*. Ausgewählte Aufsätze. Mit einer Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von W. W. Pokschischewski. 256 S., Rbl. 10,—
- GEOGRAPHISCHE PROBLEME. Wissenschaftliche Hefte der Geographischen Gesellschaft der Sowjetunion, Moskauer Zweiggruppe.
- Elftes Sammelheft. 1949. *Kartographie*. 210 S., Rbl. 7,50
- Zwölftes Sammelheft. 1949. *Historische Bodenkunde*. 248 S., Rbl. 8,75
- Dreizehntes Sammelheft. 1949. *Die Umbildung von Steppen und Waldsteppen*. 238 S., Rbl. 9,50
- N. G. GARIN — *Aus Tagebüchern von einer Reise um die Welt*. (Durch Korea, die Mandchurei und die Halbinsel Liautung.) Mit einer Einleitung und mit Kommentaren herausgegeben von W. T. Saitschikow. 404 S., Rbl. 10,25
- W. A. DIWIN — *A. I. Tschirikow, ein großer russischer Seefahrer*. (Serie „Russische Reisende“.) 114 S., Rbl. 1,90
- N. J. DICK, W. G. LEBEDJEW, A. I. SOLOWJOW, A. I. SPIRIDONOW — *Relief von Moskau und seiner Umgegend*. Herausgegeben von A. I. Solowjow. 196 S., Rbl. 5,75
- L. J. IOFA — *I. K. Kirilow und W. N. Tatischtschew. Zeitgenossen Lomonossows. Geographen der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts*. 92 S., Rbl. 1,50
- ZU DEN GIPFELN DES SOWJETLANDES. Ein Sammelband, gewidmet der Fünfundzwanzigjahrfeier des sowjetischen Alpinismus. Herausgegeben von D. M. Satulowski. 578 S., Rbl. 16,50
- P. K. KOSLOW — *Reise in die Mongolei. 1923—1926*. Von J. W. Koslowa für den Druck bearbeitete Tagebücher. (Aufzeichnungen der Geographischen Gesellschaft der Sowjetunion. Neue Serie. Band 7.) Mit einer Einleitung herausgegeben von E. M. Mursajew. 234 S., Rbl. 7,15
- M. W. PEWZOW — *Reise nach Kaschgarien und Kwenlun*. Mit einer Einleitung und mit Kommentaren herausgegeben von J. A. Margolin. 326 S., Rbl. 13,75
- EROBETERE GIPFEL. *Jahrbuch des Sowjetalpinismus für 1949*. Herausgegeben von J. D. Simonow. 534 S., Rbl. 13,50
- W. I. ROBOROWSKI — *Reise nach dem östlichen Tienschan und nach Nanschan*. Arbeiten einer Expedition der Russischen Geographischen Gesellschaft nach Zentralasien 1855—1895. Mit einer Einleitung und mit Kommentaren herausgegeben von B. W. Jussow. 492 S., Rbl. 19,—
- N. A. SOLNZEW — *Schneesichten als geomorphologischer Faktor*. 92 S., Rbl. 2,50
- ARBEITEN DES ZWEITEN GEOGRAPHISCHEN UNIONS-KONGRESSES. Band III. 552 S., Rbl. 18,25
- Referate, die auf den Plenarsitzungen der einzelnen Sektionen gelesen wurden, und zwar für mathematische Geographie und Kartographie; Biogeographie; historische Geographie und Geschichte des geographischen Wissens; Ethnographie, Anthropologie und Folklore; methodische und organisatorische Probleme der Geographie.
- G. K. TUSCHINSKI — *Lawinen. Ihre Entstehung und der Schutz vor ihnen*. Herausgegeben von Dr. der geographischen Wissenschaften, Professor K. K. Markow. 214 S., Rbl. 8,—
- A. W. CHABAKOW — *Über Grundprobleme der Entwicklungsgeschichte der Mondoerfläche*. (Aufzeichnungen der Geographischen Gesellschaft der Sowjetunion. Neue Serie. Band 6.) Herausgegeben von S. W. Kalesnik. 194 S., Rbl. 8,—

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.